



Sächsischer Landtag

18. Sitzung

6. Wahlperiode

Beginn: 10:01 Uhr

Dienstag, 1. September 2015, Plenarsaal

Schluss: 14:28 Uhr

Inhaltsverzeichnis

0	Eröffnung	1379	Albrecht Pallas, SPD	1403
			Jörg Urban, AfD	1406
	Erklärung außerhalb der Tagesordnung	1379	Petra Zais, GRÜNE	1408
	Stanislaw Tillich, Ministerpräsident	1379	Juliane Nagel, DIE LINKE	1409
	Rico Gebhardt, DIE LINKE	1381	Jens Michel, CDU	1411
	Frank Kupfer, CDU	1383	Henning Homann, SPD	1413
	Dirk Panter, SPD	1385	André Barth, AfD	1414
	Dr. Frauke Petry, AfD	1387	Valentin Lippmann, GRÜNE	1416
	Volkmar Zschocke, GRÜNE	1388	Christian Hartmann, CDU	1417
			Valentin Lippmann, GRÜNE	1417
			Enrico Stange, DIE LINKE	1418
			Jörg Urban, AfD	1420
1	– Fachregierungserklärung des Staatsministers des Innern und der Staatsministerin für Gleichstellung und Integration beim Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz zum Thema „Gesamtaufgabe Asyl – gemeinsam für Unterbringung, Sicherheit und Integration“		Jörg Kiesewetter, CDU	1420
			Juliane Pfeil, SPD	1421
			Geert Mackenroth, Sächsischer Ausländerbeauftragter	1421
			Entschließungsantrag der Fraktionen CDU und SPD, Drucksache 6/2581	1422
			Juliane Nagel, DIE LINKE	1422
			Petra Zais, GRÜNE	1423
2	– „Konzept der Staatsregierung zur Gewährleistung menschenwürdiger Aufnahme sowie verlässlicher Teilhabe-, Bleibe- und Zukunftsperspektiven für Flüchtlinge in Sachsen“ Drucksache 6/2500, Antrag der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	1391	Uwe Wurlitzer, AfD	1423
			Abstimmungen und Zustimmungen	1423
			Abstimmung und Ablehnung Drucksache 6/2500	1424
	Markus Ulbig, Staatsminister des Innern	1391	Nächste Landtagssitzung	1424
	Petra Köpping, Staatsministerin für Gleichstellung und Integration	1395		
	Rico Gebhardt, DIE LINKE	1398		
	Christian Hartmann, CDU	1400		

Eröffnung

(Beginn der Sitzung: 10:01 Uhr)

Präsident Dr. Matthias Röbler: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 18. Sitzung des 6. Sächsischen Landtags.

Folgende Abgeordnete haben sich für die heutige Sitzung entschuldigt: Herr Lehmann und Frau Raether-Lordieck.

Meine Damen und Herren! Gemäß § 77 Abs. 5 der Geschäftsordnung des Sächsischen Landtags habe ich die 18. Sitzung für den heutigen Tag einberufen. Anlass dazu ist zum einen der als erster eingegangene Antrag der Staatsregierung zu einer gemeinsamen Regierungserklärung des Staatsministers des Innern und der Staatsministerin für Gleichstellung und Integration beim Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz zu dem Thema „Gesamtaufgabe Asyl – gemeinsam für Unterbringung, Sicherheit und Integration“.

Weiterhin liegt mir ein Antrag von Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion GRÜNE auf Einberufung einer Sondersitzung nach § 77 Abs. 5 der Geschäftsordnung vor. Der Antrag trägt die nach dieser Vorschrift erforderliche Anzahl an Unterschriften. Beratungsgegenstand ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion GRÜNE in der Drucksache 6/2500 zu dem Thema „Konzept der Staatsregierung zur Gewährleistung menschenwürdiger Aufnahme sowie verlässlicher Teilhabe-, Bleibe- und Zukunftsperspektiven für Flüchtlinge in Sachsen“.

Meine Damen und Herren! Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, wünscht der Ministerpräsident das Wort zu einer Erklärung außerhalb der Tagesordnung. Nach § 86 Abs. 1 und 4 unserer Geschäftsordnung ist dies ohne Weiteres möglich. Ich erteile daher zunächst dem Ministerpräsidenten, Stanislaw Tillich, das Wort zu dieser Erklärung.

Stanislaw Tillich, Ministerpräsident: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich mich mit dieser Erklärung an Sie, an die Bürger im Land und alle Menschen, die auf Sachsen schauen, wenden.

„Ein Willkommen ist nicht zu viel verlangt“ – mit diesen Worten drückt Jürgen Opitz aus, was doch eigentlich selbstverständlich sein sollte: ein Mindestmaß an Menschlichkeit.

Menschlichkeit zeichnet die überragende Mehrheit der Sachsen aus. Aber eine enthemmte Minderheit besudelt und beschämt unser ganzes Land in einer Art und in einem Ausmaß, die ich mir nicht habe vorstellen können. Sie haben Mitmenschen angegriffen, terrorisiert und verängstigt. Hier erheben sich Menschen über Menschen, ohne sich auch nur irgendwie für deren Leben und deren Schicksale zu interessieren. Gewalttätige Extremisten und alle, die sie haben gewähren lassen, die sie unterstützt haben, die – ich kann das nicht verstehen – auch mit

Kindern hinter ihnen hergezogen sind, haben vor der Unterkunft in Freital und an dem Wochenende von Heidenau unsere Grundordnung verlassen und unseren gesellschaftlichen Frieden bedroht.

(Beifall bei der CDU, den LINKEN, der SPD, den GRÜNEN und der Staatsregierung)

Diese Personen haben sich außerhalb der sächsischen Bürgerschaft gestellt. Sie haben ihre hasserfüllten Gedanken durch konkrete Gewalt ausgelebt. Das macht mich sprachlos. Sie haben einen gefährlichen Schatten auf die Weltoffenheit Sachsens geworfen, die Weltoffenheit, von der unser aller Zukunft abhängt. Dafür gibt es kein Verständnis, keine Toleranz. Dagegen muss es den Aufstand aller in unserem Land geben.

(Beifall bei der CDU, den LINKEN, der SPD, den GRÜNEN und der Staatsregierung)

Ich selbst werde gesellschaftliche Gruppen einladen, um die Stärke der sächsischen Demokratie mit ihnen zu besprechen. Gemeinsam mit Arbeitnehmervertretern, dem Kultursenat bis hin zum Landessportbund und der Wohlfahrt will ich für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft nicht nur werben, sondern auch arbeiten. Das liegt mir am Herzen.

Was mir ein besonderes Anliegen ist: Ich möchte Lehrer einladen, um mit ihnen zu diskutieren: Wie gut bilden unsere Schulen in Demokratie und gesellschaftlichem Zusammenhalt aus? Unser Ziel muss es doch sein, dass alle Schüler überzeugte sächsische Staats- und Weltbürger werden.

(Beifall bei der CDU, der SPD, den GRÜNEN und vereinzelt bei den LINKEN sowie Beifall bei der Staatsregierung)

Feinde der Demokratie und Rassisten haben das Fundament des zivilisierten Miteinanders in Deutschland verlassen. Sie haben versucht zu zerstören, was Tausende Sachsen Tag für Tag verteidigen und mit Leben erfüllen: unsere Werte von Humanismus und Nächstenliebe, Toleranz und Gewaltfreiheit. Diese Werte sollten von allen eingehalten werden und müssen gegenüber allen Menschen gelten, auch gegenüber Kommunalpolitikern und gegenüber Mitgliedern der Staatsregierung. Man kann Politik kritisieren, man kann anderer Meinung sein. Aber das Minimum ist doch Respekt – vor dem Amt, aber auch vor der Person im Amt.

(Beifall bei der CDU, der SPD, den GRÜNEN, vereinzelt bei den LINKEN und der AfD sowie Beifall bei der Staatsregierung)

Ich möchte Jürgen Opitz, dem Bürgermeister von Heidenau, auch hier, im Sächsischen Landtag, nochmals danken – für seinen Mut, seine Courage, seine klare Haltung. Er hat nach den unerträglichen und verstörenden Ereignissen in seiner Stadt Stellung bezogen und deutlich gemacht: Es wurden nicht verhandelbare Grenzen überschritten. Eine

Minderheit beschädigt einen Ort, der doch anders ist. Viele Heidenauer helfen den Flüchtlingen. Sie leben unsere Werte – wie Mitmenschlichkeit – durch ganz praktisches Handeln. Jürgen Opitz und sein Handeln – das ist unser Sachsen. Das ist ein Maßstab für Sachsen. Er steht für viele Bürgermeister in unserem Land. Er ist Vorbild für diejenigen, die künftig Asylbewerber in ihrer Stadt willkommen heißen werden. Das ist Jürgen Opitz.

(Beifall bei der CDU, den LINKEN, der SPD, den GRÜNEN und der Staatsregierung)

Meine Damen und Herren! Heute ist Weltfriedenstag. Hass zerstört Frieden. Hass zerstört Freiheit. Hass zerstört Demokratie und Gemeinschaft. Hass zerstört Wohlstand. Hass macht einsam und arm. Die „geballte Wut“, wie es die Protestierer selbst nennen, schlägt der Politik in unserem Staat entgegen zu einer Zeit, in der es unserem Land und dem Durchschnitt der Menschen gut geht. Wir haben in Sachsen 40 Jahre SED-Diktatur hinter uns gelassen. Wir begehen den 70. Jahrestag des Kriegsendes. Sollte es uns nicht auch heute noch glücklich machen, in Freiheit, Frieden und Selbstbestimmung zu leben?

Wir Sachsen haben seit 1989 viel Hilfe durch Westdeutsche erfahren. Wir können doch nicht vergessen haben, dass wir unseren Wohlstand gerade auch der Unterstützung und Solidarität anderer verdanken, einer Solidarität, die uns auch in schweren Stunden – wie in den Fluten – nie alleingelassen hat.

(Beifall bei der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der Staatsregierung)

Ich rufe uns alle hier im Parlament, aber auch Kirchen, Arbeitgeber, Gewerkschaften, Vereine und Verbände – alle Bürger unseres Freistaates – auf: Schauen wir auf unser Land und bekennen wir uns noch deutlicher zu einem Sachsen mit Herz! Der Herzschlag ist da. Leipzig wehrt sich gegen dumpfe Demonstrationen. Annaberg-Buchholz freut sich über Flüchtlinge. An vielen Orten werden sie willkommen geheißen. Abertausende Sachsen spenden, helfen, engagieren sich. Ich möchte, dass dieser Herzschlag stärker zu spüren ist. Er soll nicht zu überhören sein.

Flüchtlinge sind Menschen, die zu uns kommen, denen wir helfen müssen. Wenn sie bleiben dürfen, sollten wir in ihnen noch mehr sehen. Machen wir aus den Flüchtlingen unseren Nachbarn, unseren Kollegen, unseren Sportkameraden. Jedem Flüchtling, der nach einem Asylverfahren bei uns bleiben darf, sage ich: Lernen Sie unsere Sprache, finden Sie eine auskömmliche Arbeit bei uns, erleben Sie unsere Kultur und bereichern sie diese. Teilen Sie unsere Werte und werden Sie ein Bürger im Freistaat Sachsen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Um diese Herausforderung der vielen Asylbewerber zu bewältigen, braucht es in unserem Land einen spürbaren Ruck der Barmherzigkeit, wie es der neue Landesbischof, Dr. Rentzing, am Samstag von uns gefordert hat. Es ist unsere humanitäre Pflicht, den Menschen zunächst ein

Dach über dem Kopf zu geben, und das ist nicht die Pflicht der Regierung und des Staates allein. Es geht uns alle an, wenn Menschen in unser Land kommen und Hilfe brauchen.

Die Staatsregierung ist zunächst auf die Zusammenarbeit mit unserer kommunalen Familie angewiesen, denn dort leben dann die Asylbewerber. Morgen werden Martin Dulig und ich uns wieder mit Landräten und Bürgermeistern zusammensetzen und den weiteren Weg besprechen. Die Städte und Gemeinden können sich auf unsere Unterstützung verlassen.

Ich danke ausdrücklich der Stadt Chemnitz und ihren Bürgern. In dieser sächsischen Großstadt wird seit Jahren Großartiges für die Aufnahme von Flüchtlingen geleistet. Ich danke auch der Stadt Schneeberg, in der es nach den schweren Protesten von 2013 eine breite Welle der Solidarität und Unterstützung gibt. Ich danke Böhlen, Görlitz, Meißen, Perba – allen Orten in Sachsen und allen Bürgern, die sich der Verantwortung stellen.

Ich bitte darum, dass sich alle der Verantwortung stellen: Eigentümer möglicher Immobilien, wenn wir um Unterkunft bitten, und auch die Nutzer von Turnhallen, Nachbarn einer Asylunterkunft, die Gesellschaft der Stadt, in der wir Flüchtlinge unterbringen müssen. Die neuen Zahlen des BAMF haben eines ganz deutlich gemacht: Wir stehen vor einer ungeahnt großen Aufgabe. Wir stehen vor einer Aufgabe, die Land und Kommunen nur im gemeinsamen Schulterschluss auch mit dem Bund schaffen können.

Aber wir werden das schaffen, meine Damen und Herren. Davon bin ich überzeugt. Wir werden an dieser Herausforderung wachsen müssen. Auch da sage ich: Auch das schaffen wir. Dafür sind aus meiner Sicht drei Dinge wichtig:

Erstens. Es ist jetzt die Zeit, in der wir uns um die beste Lösung kümmern müssen. Aber gewinnen wir bitte mehr Verständnis füreinander! Ich wünsche mir weniger Vorwürfe und mehr Zusammenhalt. Kommunikationszeiten, Entscheidungswege werden sich ständig den neuen Bedingungen anpassen müssen. Es ist – das haben die Bundeskanzlerin und auch ich mehrfach gesagt – kein Normalbetrieb, in dem wir uns gegenwärtig befinden. Menschen brauchen schnelle Hilfe. Wir brauchen schnelle Entscheidungen, ob die Menschen bleiben dürfen oder nicht, und schnelle Entscheidungen, wo wir die Menschen unterbringen.

Zweitens. Wir können diese Herausforderungen nur bestehen, wenn wir die Stärken unseres Landes erhalten. Zu diesen Stärken gehört die Rechtsstaatlichkeit. Daher: Neben der Demokratie gilt es auch, unseren Rechtsstaat zu verteidigen. Extremisten und Gewalttäter müssen verfolgt werden. Straftaten vor, aber auch in Asylbewerberheimen müssen konsequent geahndet und Asylverfahren schneller entschieden werden, und die Entscheidung muss konsequent und zügig umgesetzt werden. Nicht jeder, der zu uns kommt, hat ein Recht, auch hier zu bleiben.

(Beifall bei der CDU, der SPD, der AfD,
den GRÜNEN und der Staatsregierung)

Zum Erhalt der Stärken gehört auch: Es sind wegen der Kosten für Unterbringung und Betreuung keine Abstriche in anderen Politikbereichen geplant.

Drittens. Die Flüchtlinge aufzunehmen heißt auch, dass sie nicht nur ein Dach über dem Kopf haben, sondern sie werden auch Teil unserer Gesellschaft. Deshalb müssen wir zum einen die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger ernstnehmen und Antworten geben. Ich erhalte viele Briefe. Viele Bürger erklären mir in ganz ruhiger und sachlicher Art, womit sie gerade hadern. Das respektiere ich, und wir müssen es in unserer Politik beachten. Ich will eine Gesellschaft, die zusammenhält, nicht nur in Hochwasserkatastrophen, sondern immer.

Meine Damen und Herren! Ich schaue besonders auch auf die Menschen, die in diesen Wochen enorm gefordert sind, weil sie bei der Aufnahme, der medizinischen Betreuung, der Bearbeitung von Anträgen, der Unterbringung oder der allgemeinen Unterstützung ihren Dienst verrichten. Das alles schaffen wir heute, das schaffen wir morgen, das schaffen wir noch im kommenden Jahr. Aber auf Dauer werden wir es kaum in dieser Größenordnung schaffen. Dabei geht es nicht um das Geld in unserem relativ reichen Land. Es geht auch nicht allein darum, wie viele Ausländer wir aufnehmen können. Die Herausforderung ist, dass die vielen Menschen, die zu uns kommen, viele helfende Hände brauchen. Die Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern wird uns an die Grenzen führen, Grenzen der Einsatzfähigkeit von Menschen, an Grenzen der Beschaffung von Materialien, wie Containern und Sanitäreinrichtungen.

Ich sage Ihnen das nach Gesprächen mit Einsatzleitern, die 30-Stunden-Schichten haben, Mitarbeitern, die Tag für Tag von 6 bis 23 Uhr Flüchtlinge aufnehmen, Ärzten, die zusammen 200 Untersuchungen am Tag bearbeiten, Polizisten, die für den Schutz ihren Kopf hinhalten und verletzt werden, Kommunalpolitikern, die bedroht werden, und Ehrenamtlichen, die sich jede freie Minute für Flüchtlinge und deren Zusammenhalt in unserem Land engagieren. Diese Menschen haben ein großes Herz, eine unglaubliche Leistungskraft und einen unbändigen Willen zu helfen. Ich denke, ich spreche auch in Ihrem Namen, wenn ich diesen Menschen an dieser Stelle herzlich danke.

(Beifall bei allen Fraktionen
und der Staatsregierung)

Ich fühle mich auch für diese Menschen verantwortlich, die mir deutlich sagen: Irgendwann können wir nicht mehr. Ich begrüße daher, dass wir heute diese Sondersitzung haben und der Landtag eine Debatte über die Zukunft unserer Asylpolitik begonnen hat. Führen wir sie sachlich und mit humanitärer Perspektive! Führen wir sie mit Herz! Wir brauchen diese Debatte, und wir müssen mit Sicherheit noch weitere Schritte gehen, Schritte hin zu

einer wirklichen europäischen Asylpolitik mit sicheren Grenzen, fairer Verteilung und effizienten Verfahren.

Das Verhalten Ungarns hat es deutlich gemacht: Wir müssen schneller an Lösungen arbeiten, die die Situation für alle entspannen und Schritte hin zu einer erfolgreichen Integration der Menschen, die bei uns in Sachsen bleiben, gehen. Aber es gilt: ein Schritt nach dem anderen. Zuerst müssen wir die Würde aller Menschen sichern, die zu uns kommen, und ihnen ein Dach über dem Kopf sichern.

Meine Damen und Herren! Es gibt hasserfüllte Menschen, aber es gibt so viel mehr Bürger, die uneigennützig anpacken und Menschlichkeit ganz konkret werden lassen.

(Beifall bei der CDU, den LINKEN, der SPD,
den Grünen und der Staatsregierung)

Dazu gehören Sachsen in den Erstaufnahmeeinrichtungen, die in unseren Städten und Gemeinden zu ihrer Verantwortung stehen. Dazu gehören Sachsen, die ihren Dienst beim DRK, den Maltesern, den Johannitern, dem THW und anderen Hilfsorganisationen leisten. Und es sind die vielen ehrenamtlichen Sachsen, die hinsehen, die helfen, sich für eine menschliche Gesellschaft einzusetzen. Sie alle machen unser Sachsen zu einem Sachsen mit Herz.

In diesem Sinne wünsche ich mir: Führen wir heute und zukünftig die Debatte um die richtige Asylpolitik.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, den LINKEN, der SPD,
den Grünen und der Staatsregierung)

Präsident Dr. Matthias Röbber: Ich danke dem Herrn Ministerpräsidenten. Von den Fraktionen wurde nach § 86 Abs. 4 der Geschäftsordnung eine Aussprache über die Erklärung des Ministerpräsidenten gewünscht. Ich schlage dafür die von den PGFs abgesprochene Redezeit von 10 Minuten je Fraktion in der Reihenfolge vor: DIE LINKE, CDU, SPD, AfD, GRÜNE. Da ich keinen Widerspruch sehe, verfahren wir so. Die Rednerrunde eröffnet die Fraktion DIE LINKE. Das Wort ergreift Herr Kollege Gebhardt.

Rico Gebhardt, DIE LINKE: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Vielen Dank für die ehrlichen und zum Teil auch klaren Worte. Sie kommen aus tiefstem Herzen, und ich höre neue Töne an Nachdenklichkeit in einer Zeit, die vor allen Dingen von Verantwortungsträgern täglich neue Lageeinschätzungen, Schlussfolgerungen und Entscheidungen abverlangt.

Herr Ministerpräsident, das ist eine Grundlage, die gemeinsames Handeln ermöglicht.

Wahrscheinlich glaubten Sie nach Ihrer letzten Rede nicht, dass es Steigerungen gibt. Doch dann kam der Sommer und die Zeltstadt in Dresden, und wir mussten Heidenau erleben. In Dresden wurden erstmalig Helferinnen und Helfer von Hilfsorganisationen attackiert. Menschen, die Menschen in Not helfen – egal, welche Hautfarbe sie haben, welcher Nationalität sie angehören,

welchem Gott sie sich anvertrauen oder welchen politischen Schattierungen man sich zugehörig fühlt –, solche Helferinnen und Helfer zu attackieren, ist eine Schande.

(Beifall bei allen Fraktionen
und der Staatsregierung)

Dann die fremdenfeindlichen Angriffe der Rechtsextremen in Heidenau, erst auf die Unterkunft und die Busse und dann die direkte Auseinandersetzung mit dem Staat, in dem Falle der Polizei. Deutschland und ein Teil der Welt blickte nach Heidenau und sprach vom „Tal der Anfälligen“, wie der „Tagesspiegel“. Für sächsische Verhältnisse hat die Staatsregierung schnell reagiert, erstmalig gemeinsam als Regierungskoalition. Das nenne ich Fortschritt. Jedoch sollten wir beim Kampf gegen Rechtsextremismus Grenzen überschreiten. Ich habe mit der CDU und insbesondere mit der sächsischen CDU ganz viele Meinungsverschiedenheiten. Aber bei diesem Thema müssen wir gemeinsam etwas dagegen tun.

(Beifall bei den LINKEN)

Herr Ministerpräsident, dann haben Sie wieder so einen Satz gesagt – Zitat –: „Das ist nicht unser Sachsen.“ Herr Ministerpräsident, leider ist das auch Sachsen – nicht nur, aber eben auch. Die Mischung aus einem organisierten Nazikern und bürgerlichen Mitläufern mit ganz viel Hang zu rassistischen Äußerungen und Denkansätzen haben wir ja nicht erst seit Freital oder Heidenau. Das Muster erschütterte uns ja schon vor Jahren, unter anderem in Schneeberg. Es brachte uns – Herr Tillich, Sie wissen das – selbst in Phasen des heißen Wahlkampfes zu parteiübergreifenden praktischen Gemeinsamkeiten.

Ich denke, bei Ihnen und auch bei vielen Mitgliedern der Regierung sowie der CDU-Landtagsfraktion ist der Wunsch nach den lieben, dankbaren Landeskindern stark ausgeprägt. Nur so kann ich mir erklären, warum Sie so lange an der Imagekampagne „So geht Sächsisch“ festgehalten haben. Sie und die Kanzlerin haben am Mittwoch in Heidenau selbst erleben müssen, wie es um die politische Kommunikationskultur in unserem Freistaat bestellt ist. Meine Kolleginnen und Kollegen und ich erleben das seit vielen Monaten, einige schon seit vielen Jahren.

Eine Kollegin aus meiner Fraktion, die im März einen Tag auf dem Theaterplatz bei dem von vielen hier im Hohen Haus kritisierten Flüchtlingscamp stand, schickte mir am frühen Nachmittag eine SMS, in der stand: „Mir bluten die Ohren, hol mich hier raus!“

Ich bleibe dabei: Wir schaffen den Neustart für Sachsen nur gemeinsam oder gar nicht. Sachsen ist immer noch eine starke Marke für technologische Innovation. Umso bedauerlicher ist, dass wir beim sozialen Zukunftsmodell als Freistaat so kläglich versagen.

Im Moment erweckt Sachsen den fatalen Eindruck, es steuere auf einen Bürgerkrieg im Kampf der Kulturen zu, und das nicht erst in den letzten Tagen und Wochen. An dessen Ende werden alle Menschen in Sachsen Verlierer sein. Suchen wir stattdessen gemeinsam einen Weg, der

alle zu Gewinnern macht. Dazu gehört als Basis strikte Gewaltfreiheit – logisch –, übrigens auch verbal. Dieses hysterische Niederschreien von Gesprächspartnern, deren vermeintlich fehlende Gesprächsbereitschaft vorher beklagt worden ist, kann keine Basis für die Kommunikation sein,

(Frank Kupfer, CDU: Merkt es euch nur!)

egal, ob gegenüber der Kanzlerin, dem Ministerpräsidenten, einem Minister, den Abgeordneten, einer Bürgermeisterin oder einem Kreis-, Stadt- oder Gemeinderat, auch nicht gegenüber Menschen, die sich für Geflüchtete einsetzen.

Was wir auch nicht brauchen, sind Brandanschläge und Sachbeschädigungen gegenüber Flüchtlingsunterkünften oder Zerstörungswut an politischen Büros, egal welcher politischer Couleur. Was wir auch nicht brauchen, sind die ungezügelten Hasstiraden in sozialen Netzwerken, in Blogbeiträgen, bei den Medien. Auch sie vergiften das Klima ins Unerträgliche.

(Frank Kupfer, CDU: Merkt es euch nur!)

Wir bieten Ihnen an: Lassen Sie uns gemeinsam einen Asylgipfel der Zivilgesellschaft machen. Lassen Sie uns gemeinsam vor Ort Runde Tische zum Thema Integration und Flüchtlinge organisieren. Wir brauchen einen Krisenstab in der Staatskanzlei, der bürokratische Hindernisse aus dem Weg schafft, an denen viele ehrenamtliche Helferinnen und Helfer derzeit zu verzweifeln drohen.

Ich sage es Ihnen hier noch einmal öffentlich: Wir werden nicht kleinkariert nach irgendwelchen Verwaltungsfehlern suchen. Jedoch ist das kein Persilschein oder Freibrief für Politik- oder Behördenversagen.

Ich habe im aktuellen „Spiegel“ gelesen: „Die Ankunft der Flüchtlinge wird pragmatische, unkonventionelle, schnelle Lösungen unausweichlich machen.“ Bisher gilt: Es muss alles seine deutsche Ordnung und Regel haben. Der „Spiegel“ schreibt weiter: „Sie“ – gemeint sind die Geflüchteten – „zwingen das Land, weltoffener zu werden, großzügiger und ein bisschen chaotischer.“ Ich sage: Es ist egal, ob das Elfriede, Paul, Mandy oder Mike gefällt.

(Beifall bei den LINKEN)

1990 wurde die Bundesrepublik um das Territorium der DDR größer. Für die Menschen im Osten des Landes änderte sich von einem auf den anderen Tag alles. Das Erfolgsmodell Bundesrepublik wurde übernommen. Die Menschen in den alten Ländern fremdeln bis zum heutigen Tag mit der für sie dramatischen Veränderung der Einführung des grünen Pfeils an wenigen Ampeln.

(Heiterkeit bei den LINKEN)

Jetzt, mit der wachsenden Zahl der bei uns Zuflucht Suchenden, wird sich die gesamte Bundesrepublik verändern. Keiner hat dafür ein fertiges Rezept oder einen fertigen Plan. Wir müssen ausprobieren. Wir werden Erfolge und Misserfolge haben. Die Geflüchteten sind

keine Belastung, sondern eine Herausforderung für unsere Gesellschaft. Sie sind in erster Linie eine Anfrage an unsere Menschlichkeit, aber auch an unseren Mut.

Wir haben jetzt die Chance, uns als Sachsen an die Spitze dieser Bewegung zu setzen. Leisten wir uns also die Kühnheit – ganz in der Tradition eines jahrhundertealten sächsischen Pioniergeistes –, beim Umgang und der Integration mit Geflüchteten bundes- und europaweit die Unbürokratischsten und Pragmatischsten zu sein! Ich habe die Hoffnung, dass wir das gemeinsam hinkommen. Setzen wir einfach einmal unsere eigenen Rituale eine Weile außer Kraft!

Ich habe Ihnen angeboten, in meiner alten Heimat dafür zu werben, dass in Schneeberg mehr Menschen in Erstaufnahmeeinrichtungen untergebracht werden, als versprochen wurde oder in dem neuen Unterbringungskonzept stehen. Diese Menschen sollen nicht in Zelten hausen. Es nützt nichts, dass wir uns an jedem Standort wechselseitig vorrechnen, welche Zahl verkraftbar sei oder nicht.

Eines muss klar sein, liebe Staatsregierung und liebe CDU-Fraktion: Wir als Fraktion sind nur bereit, mit Profis zusammenzuarbeiten.

(Lachen bei der CDU)

Ein irrsinniges dreitägiges Totalverbot aller Versammlungen, dem beinahe ein Willkommensfest für Flüchtlinge in Heidenau zum Opfer gefallen wäre, gehört nicht dazu.

(Beifall bei den LINKEN und den GRÜNEN)

Es bescherte Sachsen eine fürchterliche Blamage, wie eine Zeitungskommentatorin zutreffend feststellte. Die Gerichte, einschließlich Bundesverfassungsgericht, haben Schadensbegrenzung betrieben, die wir ausdrücklich begrüßen. Ich weiß, dass sich der Innenminister im Vorfeld der Verwaltungsgerichtsentscheidung am Freitag persönlich darum bemüht hat, dass das Willkommensfest noch stattfinden kann. Ich finde es auch persönlich nicht richtig, wie einige wenige Demonstranten mit Herrn Ulbig in Heidenau umgegangen sind.

(Beifall bei allen Fraktionen
und der Staatsregierung)

Wir wollen Integration in allen Richtungen. Das ist in erster Linie eine Frage der Kultur und des Umgangs miteinander.

Herr Ministerpräsident, es war richtig und wichtig, dass Sie heute hier bei der Sondersitzung des Sächsischen Landtags als Erster das Wort ergriffen haben. Sie, Herr Ministerpräsident, müssen die lauteste und deutlichste Stimme sein, wenn es um die Würde der Menschen in unserem Land geht. Dafür haben Sie meine volle Unterstützung.

Glück auf!

(Beifall bei den LINKEN, den
GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Dr. Matthias Röbler: Kollege Gebhardt sprach für die Fraktion DIE LINKE. Für die CDU-Fraktion folgt jetzt Herr Kollege Kupfer.

Frank Kupfer, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir stehen spätestens seit Juli dieses Jahres vor einer großen Herausforderung. Wenn Sie sich die Zahlen der ankommenden Bürgerkriegsflüchtlinge und Asylbewerber anschauen, so lagen wir im ersten Halbjahr noch weit unter 2 000 pro Monat. Im Juli waren es 4 000 und im August sogar 5 200. Wir müssen davon ausgehen, dass die Zahl mindestens in dieser Höhe bleibt.

Die größte Herausforderung ist, für diese Menschen eine ordentliche Unterkunft zu finden. Erstaufnahmeeinrichtungen sind zu schaffen. Der Freistaat Sachsen, das Kabinett, die Staatsregierung haben sich als Aufgabe gestellt, 13 500 Erstaufnahmeplätze zu schaffen. Das ist eine gewaltige Herausforderung für die Staatsregierung, für die Verwaltung, aber auch eine Herausforderung für die Menschen in den betroffenen Orten.

Wir wissen, dass sich die Begeisterung in Grenzen hält, wenn die SIB kommt und sich Gebäude anschaut, in denen eine Erstaufnahmeeinrichtung etabliert werden soll. Warum hält sich die Begeisterung in Grenzen? Sind das alles Rechtsextreme? – Nein, das sind sie nicht. Es sind ganz normale Bürger, die eigene Probleme, aber auch Fragen haben: Was sind das für Menschen? Wo kommen die her? Warum kommen die zu uns? Es sind Menschen, die auch Fragen zur Religion dieser Flüchtlinge haben, die zu uns kommen. Die muslimische Religion ist keine Religion, die hier in Sachsen ihre Heimat hat. Es ist eine Religion, die vieles anders betrachtet, als wir das mit unserer christlichen Tradition tun. Dass sie kein Schweinefleisch essen und keinen Alkohol trinken, kann man ja noch tolerieren, das ist ja sogar gesund.

(Valentin Lippmann, GRÜNE: Oh, Mann!)

Aber dass die Töchter oft nicht freiwillig ihren Lebenspartner suchen können, sondern zwangsverheiratet werden, das sind Fragen, und diese muss man beantworten.

(Zuruf des Abg. Valentin Lippmann, GRÜNE)

– Ja, Entschuldigung! Sie haben sicherlich Ihre Erfahrungen. Bei Ihnen ist alles in Ordnung. Ich habe meine Erfahrungen, diese gebe ich hier wieder, und das müssen Sie mir bitte gestatten. Wenn Sie sich einmal mit dem muslimischen Glauben beschäftigen, dann werden Sie genau das bestätigt finden, was ich Ihnen jetzt gerade gesagt habe.

(Zuruf von den LINKEN)

Es gibt also Fragen von ganz normalen Bürgern. Das sind keine Rechtsextremen, sondern ganz normale Bürger, die ganz normale Fragen haben; und diese Fragen gilt es zu beantworten.

Meine Damen und Herren, wer kommt zu uns? Das sind Bürgerkriegsflüchtlinge, Asylsuchende und auch Men-

schen, die keinen Anspruch darauf haben, auf Dauer in Deutschland zu bleiben. Auch das ist eine Wahrheit, über die man sprechen muss, und das unterscheidet uns von den LINKEN und vielen anderen.

(Zuruf von den LINKEN: Gott sei Dank!)

Ihr sagt: die Türen auf, kommt alle nach Deutschland, wir kümmern uns um euch! – Das, meine Damen und Herren, akzeptiert der Bürger nicht.

(Beifall bei der CDU und der Staatsregierung –
Zuruf von den LINKEN: Das nennt man Menschlichkeit!)

Unser Ansatz ist, die Bürger mit ihren Sorgen ernst zu nehmen und nicht zu versuchen, sie zu erziehen.

(Klaus Bartl, DIE LINKE: Was? –
Weiterer Zuruf von den LINKEN)

Daneben gibt es nicht nur die einfachen Bürger, die Fragen haben, sondern es gibt auch die Rechtsextremen; auch das will ich nicht beschönigen. Es gibt ein rechtsex-
tremes Problem, und der Staat muss mit aller Gewalt gegen diese rechtsextremen Ausschreitungen vorgehen.

(Beifall bei der CDU und der AfD)

Wir können feststellen, dass diese rechtsextremen Ausschreitungen eine neue Qualität gewonnen haben. Das, was man sonst von den Linksextremen kennt, dass sie gegen den Staat und gegen

(Beifall bei der CDU und der AfD –
Klaus Bartl, DIE LINKE: Was? –
Uwe Wurlitzer, AfD: Jawohl! Genau! –
Empörung bei den LINKEN)

die Polizei vorgehen, findet man jetzt auch zunehmend bei den Rechtsextremen. Auch das, meine Damen und Herren von den LINKEN, ist eine Wahrheit. Ich stelle mich nicht hierhin und sage: Das, was die Rechten gemacht haben, ist suboptimal, so wie Sie von den LINKEN das getan haben.

(Empörung bei den LINKEN –
Rico Gebhardt, DIE LINKE: Hä?)

Ich verurteile das, ich verurteile sowohl Links- als auch Rechtsextremismus.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Der Bürger möchte, dass die Politik handelt; und die Politik wird handeln. Die Politik muss auf den verschiedenen Ebenen handeln. Sowohl wir im Freistaat als auch die Europäische Union und der Bund müssen handeln. Wir brauchen eine europäische Verantwortung, wenn die Flüchtlingsströme in dieser hohen Zahl weiter auf Europa zukommen. Es kann nicht sein, dass Deutschland und Schweden die Hauptlast tragen. Wir brauchen eine gemeinsameuropäische Verantwortung.

(Zuruf des Abg. Klaus Tischendorf, DIE LINKE)

Das heißt für mich auch, dass wir europäische Standards definieren müssen, sowohl was die Unterbringung als auch was die Versorgung betrifft. Das ist ebenfalls eine Wahrheit, die die Menschen erkennen; sie sind doch nicht dumm. Sie sehen doch, dass die Sozialstandards in Deutschland im Vergleich zu den anderen europäischen Ländern am höchsten sind,

(Zuruf der Abg. Susanne Schaper, DIE LINKE)

und natürlich kommen dann die Flüchtlinge lieber nach Deutschland, als dass sie woandershin gehen. Dort eine Gerechtigkeit herzustellen ist eine Aufgabe, der sich die Europäische Union stellen muss.

(Beifall bei der CDU)

Eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge wird keinen Staat überfordern. Wir brauchen aus meiner Sicht auch eine gemeinsame europäische Definition der sicheren Herkunftsländer. Auch dort darf es keine Unterschiede geben, und jene, die aus sicheren Herkunftsländern kommen, müssen auch sofort und schnell wieder in diese zurückgeführt werden.

(Beifall bei der CDU und der AfD)

Zur bundespolitischen Verantwortung: Die Länder und Kommunen dürfen vom Bund nicht alleingelassen werden. Wir haben es letztlich auszubaden. Die Außenpolitik macht der Bund, nicht der Freistaat Sachsen.

Auch der Abbau von Abschiebehindernissen ist eine Forderung, die ich an den Bund stelle. Die Beschleunigung von Asylverfahren ist ein weiteres Thema, und Außenstellen der BAMF in Dresden und Leipzig zu schaffen ist eine Forderung. Wir müssen auch Integrationshemmnisse beseitigen. Ich kenne Asylsuchende, die hier die deutsche Sprache lernen, aber ihrer noch nicht mächtig sind; und ich kenne Arbeitgeber, die sagen: Wir würden Sie ja gern einstellen, aber mit diesen geringen Sprachkenntnissen kann ich Ihnen keine 8,50 Euro Mindestlohn zahlen.

(Susanne Schaper, DIE LINKE: Also nein!)

Auch das ist ein Integrationshemmnis, über das wir sprechen müssen. Aber auch wir im Freistaat Sachsen haben unsere Verantwortung.

(Unruhe bei der Fraktion DIE LINKE)

– Leute, ihr müsst euch einmal ein wenig an der Realität orientieren und aufhören zu träumen.

Die Schaffung der Erstaufnahmeeinrichtungen ist eine Riesenherausforderung, sowohl für die Exekutive als auch für die Legislative. Wir wollen Maßnahmen zur schnellen Integration treffen. Das ist ein wichtiger Bestandteil, deshalb ist es mir auch wichtig, dass jene, die hier ein Bleiberecht haben, schnell integriert werden und jene, die kein Bleiberecht haben, eben schnell wieder zurückgehen, damit wir uns auf diejenigen konzentrieren können, die in Deutschland langfristig ihre Heimat finden und hier

arbeiten können, an unserem Wohlstand partizipieren können und

(Beifall bei der CDU und der AfD)

diesen auch über die nächsten Jahre weiter mit aufbauen. Das fordere ich auch von Asylbewerbern, die hier ein langes Bleiberecht haben.

Das Erlernen der deutschen Sprache und eines Berufes ist das Wichtigste. Ich bin der Initiative der Handwerkskammern in Sachsen außerordentlich dankbar, die sich ganz bewusst um Flüchtlinge kümmern wollen und ihnen Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen wollen, um sie hier zu integrieren. Es gibt also auf den verschiedenen politischen Ebenen genug, was wir tun können. Wir werden das in unserer Verantwortung auch tun – mit einem realistischen Blick.

(Beifall bei der CDU und der AfD)

Präsident Dr. Matthias Rößler: Nach der CDU-Fraktion, für die Kollege Kupfer sprach, kommt nun die SPD-Fraktion zu Wort. Bitte, Herr Kollege Panter.

Dirk Panter, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wäre die Welt ein besserer Ort, dann müssten wir heute nicht zu einer Sondersitzung dieses Plenums zusammenkommen, dann gäbe es keine Kriege, keine Not und keine Flucht.

(Beifall des Abg. Klaus Bartl, DIE LINKE)

So ist es aber nicht, und wenn die Zustände im Sächsischen Landtag etwas einfacher wären, dann würde ich jetzt am Beginn meiner Rede nicht nur dafür danken, dass wir dieses Sonderplenum im Konsens aller Fraktionen einberufen haben. Dann würde ich mich vielleicht auch darüber freuen, dass wir gemeinsam einen Maßnahmenkatalog auf den Weg bringen würden, darüber, dass wir vielleicht in den letzten Wochen die üblichen ritualisierten Spielchen gelassen hätten und uns den Aufgaben, die vor uns stehen bzw. in denen wir uns mittendrin befinden, gemeinsam widmen würden. Ich würde auch dafür danken, dass wir einen an der Sache orientierten Konsens gesucht hätten. Die Dinge, bei denen wir keinen Konsens herstellen könnten, hätten wir beiseitegeschoben; die klären sich später. Wir hätten erst einmal das Gemeinsame gesucht. Wir hätten es auch gefunden und würden es dann gemeinsam umsetzen.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weiß, dass es so nicht ist. Ich wünsche mir, dass sich unsere Zusammenarbeit im Landtag stetig verbessert. Ich bin Realist, aber ich möchte an dieser Stelle nicht aufhören zu träumen. Wir müssen uns alle der Verantwortung bewusst werden, die wir als Sächsischer Landtag haben. Dafür lohnt es auch, dass wir ideologische Scheuklappen ablegen und am Gemeinsamen arbeiten. Ich hoffe, dass wir das in zwei, drei Jahren besser hinbekommen werden. Dafür werde ich mich mit ganzer Kraft einsetzen.

(Beifall bei der SPD, den LINKEN und den GRÜNEN)

Aber ganz gleich, ob wir nun im Landtag besser oder schlechter zusammenarbeiten: Wir haben wirklich große Probleme gemeinsam zu lösen.

Seit langer Zeit nehmen Krisen und Konflikte in der Welt immer mehr zu und mittlerweile ist es so, dass wir in Sachsen, was die Weltpolitik angeht, nicht mehr nur Zuschauer sind, sondern wir sind mittlerweile auch ein Freistaat, der die Auswirkungen spürt.

Viele Menschen verlassen ihre Heimat, kommen zu uns und suchen Schutz. Dieser Herausforderung müssen wir uns stellen. Dabei sind für Deutschland Flucht und Vertreibung kein neues Thema. Vor 70 Jahren, am Ende des Zweiten Weltkrieges, hat unser Land 12 Millionen Menschen aufgenommen, und das in einer Zeit, in der alles in Trümmern lag, in einer Zeit, in der es nichts zu geben gab. Deshalb habe ich unglaublichen Respekt vor den Menschen, die das vor 70 Jahren geschafft haben.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Heute, 70 Jahre später, sind wir ein anderes Land. Wir leben in Frieden, und wir leben in Wohlstand. Ich wünsche mir, dass uns unsere Enkel in 70 Jahren Respekt zollen. Ich wünsche mir, dass sie uns Respekt zollen für die Art und Weise, wie wir mit Menschen, die geflüchtet sind, mit Menschen in Not in unserem Land umgegangen sind und wie wir sie integriert haben.

Unsere Verantwortung gegenüber unseren Großeltern, aber auch gegenüber unseren Enkeln ist es, Frieden und Wohlstand für die Menschen in unserem Land und für die Menschen, die zu uns kommen, zu bewahren. Das ist die Aufgabe unserer Generation.

Wir müssen uns aber auch eingestehen, dass wir die Herausforderungen unterschätzt haben. Punkt. Wir müssen für die Zukunft daraus lernen und müssen es besser machen. Für uns Sozialdemokraten gibt es diesbezüglich drei wichtige Punkte: Zum einen wollen wir, dass alle Menschen in diesem Land in Sicherheit leben können, zum Zweiten wollen wir, dass alle Menschen hier ein anständiges Leben führen können, und zum Dritten wollen wir ein zukunftsfähiges Sachsen. Wir wollen, dass Zuwanderung ein Gewinn für diesen Freistaat ist.

Wo sind wir heute in Sachsen beim Thema Sicherheit? Derzeit fühlen sich nicht alle Menschen in unserem Land sicher. Die Ereignisse in Heidenau, in Freital, in Dresden, in Döbeln, in Leipzig und an vielen anderen Orten in unserem Land sind beschämend. Wie muss sich jemand fühlen, der vor Bomben, vor Granaten, vor Schüssen und Hetzjagden geflohen ist und jetzt bei uns mit Sprengkörpern und Hasstiraden empfangen wird? Jeder, der nur einen Funken Anstand in sich trägt, muss wissen, dass das eine Schande für unser Land ist. Wir können das besser!

(Beifall bei der SPD, den LINKEN und den GRÜNEN)

Ich weiß, dass einige, die rechts von mir sitzen, jetzt denken: Na ja, bei den richtigen Kriegsflüchtlingen haben wir gar nichts dagegen, wir meinen nur die falschen

Wirtschaftsflüchtlinge, die vom Balkan oder aus Afrika. Tja, es ist richtig: Wer aus wirtschaftlichen Gründen zu uns kommt, hat kein Anrecht auf Asyl.

(Zuruf von der AfD: Genau!)

Er muss auch zügig zurückgeführt werden.

(Beifall bei der AfD)

Ich würde vorschlagen, nicht zu früh zu klatschen, weil: Wer sind wir, dass wir Richter spielen?

(Uwe Wurlitzer, AfD: Dafür haben wir ja Richter!
– Zuruf der Abg. Dr. Frauke Petry, AfD)

Wie können wir Menschen verbieten, das Beste für sich und ihre Kinder zu suchen? Ich denke, an dieser Stelle und in der heutigen Zeit wird klarer, dass wir in diesem Land ganz dringend ein ordentliches, ein transparentes Einwanderungsgesetz brauchen.

(Bravo! von der AfD – Beifall bei der SPD, den LINKEN, den GRÜNEN und der Staatsregierung)

Zurück zum Thema Sicherheit. Es sind nicht nur Flüchtlinge, die hier Angst haben. In unserem Land gab es in den letzten Monaten eine unglaubliche Welle der Hilfsbereitschaft. Viele Frauen und Männer, viele Jugendliche und viele Rentner haben sich intensiv in Willkommensinitiativen engagiert. Sie geben Sprachkurse, spenden Bekleidung, Spielzeug, Geld und spenden auch Trost. Dafür gilt ihnen an dieser Stelle ein ganz großer Dank.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und der Staatsregierung)

Aber auch viele dieser Menschen haben mittlerweile Angst. Sie haben Angst, dass sie als „Gutmenschen“ beschimpft werden, sie haben Angst, dass sie zur Zielscheibe von Neonnazis werden. Wo sind wir hingekommen in diesem Land, wenn das Wort „Gutmensch“, also guter Mensch, ein Schimpfwort ist?!

(Beifall bei der SPD, vereinzelt Beifall bei den LINKEN und den GRÜNEN)

Wir haben gemeinsam die Aufgabe, für mehr Sicherheit in unserem Land zu sorgen.

Ich möchte an dieser Stelle – es ist bereits angesprochen worden – ganz kurz auf die Ereignisse in Heidenau eingehen, die ich wirklich für unwürdig halte. Wenn eine Bundeskanzlerin von einem rechten Mob aufs Übelste beschimpft wird, dann geht das nicht, genauso wenig, wie ein Innenminister von der Antifa angepöbelt und vom Hof gejagt werden kann. Das ist für diesen Staat unwürdig.

(Beifall bei allen Fraktionen und der Staatsregierung)

Unsere gemeinsame Aufgabe ist es, die Dinge konkret zu verändern; und wir packen diese Aufgabe an. Wir haben den Einstellungskorridor bei der Polizei erhöht. Wir werden alsbald das Thema Wachpolizei angehen und mehr Stellen zur Verfügung stellen. Wir haben ehrenamtliches Engagement auf strukturell bessere Beine gestellt.

Wir werden uns um die Erstaufnahme kümmern, damit auch sicherer Wohnraum zur Verfügung steht.

Nun ist Sicherheit eine Grundvoraussetzung dafür, dass Menschen ein anständiges Leben führen können. Aber das allein reicht nicht. Damit bin ich bei meinem zweiten Punkt. Für ein anständiges, integriertes Leben braucht es mehr. Zu Integration gehören Sprache, Bildung, Arbeit, und es gehört auch Teilhabe dazu, also Teil unserer Gesellschaft zu werden.

Es sind viele unserer Ideen in der Koalitionsvereinbarung festgehalten, und wir haben dafür die Mittel im Haushalt gemeinsam eingestellt. Jetzt gibt es auch Mittel für Vereine für Sprachförderung, für ehrenamtliches Engagement und für Integration.

An der Stelle möchte ich noch einmal die Menschen in unserem Land bemühen, die in den Vereinen, in den Kommunen, in den Kammern, in den Unternehmen und in den Initiativen ganz wichtige Arbeit leisten. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir das als Staat nicht allein schaffen können, diese Aufgaben zu meistern.

Deshalb sind wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sehr froh, dass wir mit Petra Köpping eine Integrationsministerin haben, die diese Idee von Integration, die wir als Koalition haben, umsetzt. Dafür vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU und den LINKEN)

Der dritte Punkt ist mir auch sehr wichtig. Ich möchte ihn mal „Unser Sachsen für morgen“ nennen. Die Politik im Freistaat Sachsen hat sich nicht immer nur nach einer Linie gerichtet. Es mag auch sein, dass man manchmal nicht von der Wand bis zur Tapete gedacht hat, aber in einem Punkt macht uns niemand etwas vor: Das ist der Punkt Demografie. Wir haben zwei Jahrzehnte darüber gesprochen, wie wir möglichst ordentlich schrumpfen können. Jetzt müssen wir umdenken, weil wir mit der Ernsthaftigkeit, mit der wir langfristig Demografie als Schrumpfung definiert haben, jetzt akzeptieren müssen, dass Deutschland ein Zuwanderungsland und Sachsen Teil dieses Zuwanderungslandes ist.

(Beifall bei der SPD, bei den LINKEN und den GRÜNEN)

Präsident Dr. Matthias Röbner: Die Redezeit, Herr Kollege!

Dirk Panter, SPD: Ja. – Vieles von dem, was wir heute als Problem wahrnehmen, ist eigentlich eine Chance. Das, denke ich, müssen wir akzeptieren.

Ich komme zum Schluss. Es ist vorhin schon erwähnt worden: Heute ist der 1. September und Weltfriedenstag. Wäre die Welt ein besserer Ort, dann gäbe es keine Kriege, keine Not und keine Flucht. Aber so ist es eben nicht. Wir brauchen eine ganz andere Friedenspolitik in der Welt. Aber das beschäftigt uns nicht hier im Sächsischen Landtag. Wofür wir in Sachsen zuständig sind, das ist der kleine, der innere Frieden in unserem Land. Den

müssen wir herstellen, den müssen wir bewahren und jeden Tag erneuern: mit einer guten Politik, mit Sicherheit, mit Integration, mit Zukunftsfähigkeit und vor allem mit dem menschlichen Anstand, den wir alle in uns haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der CDU, den LINKEN, den GRÜNEN und der Staatsregierung)

Präsident Dr. Matthias Röbner: Kollege Panter sprach für die SPD-Fraktion. Jetzt schließt sich Frau Kollegin Dr. Petry für die AfD an.

Dr. Frauke Petry, AfD: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir treffen uns heute, am 1. September, zu einer Sondersitzung, und, Herr Ministerpräsident, Ihre Sandmannrede hat wieder einmal den Bürgern Sand in die Augen gestreut und nicht die wahren Probleme adressiert. Es ist eigentlich für eine Sondersitzung eine Schande, und ich möchte das Wort ganz bewusst benutzen, weil immer wieder so viel von „Schande“ gesprochen wird, wenn es um die Bürger geht, die sich angeblich oder tatsächlich falsch verhalten haben.

(Zuruf des Abg. Christian Piwarz, CDU)

Ja, wir befinden uns in einer brenzligen Situation, und ja, der gesellschaftliche Frieden gerät in Gefahr. Aber warum ist das der Fall, meine Damen und Herren? Das ist unter anderem deswegen der Fall, weil seit Monaten – genau genommen seit Jahren – außer Acht gelassen wird, dass Europa auf eine derartige Entwicklung zuläuft, weil man achtlos Gesetzes geändert, achtlos Anreize geschaffen und auch achtlos das abgebaut hat, was Rechtsstaaten, was Rechtsordnungen und, ja, auch die Möglichkeit für Selbstbestimmung geschützt hat. Ich rede unter anderem von kontrollierten Grenzen – nicht nur innerhalb der EU, sondern auch an den Außengrenzen der EU.

Wenn wir jetzt Symptombekämpfung betreiben müssen – und diese müssen wir betreiben, weil wir in der Tat menschlich gefordert sind, mit den Asylbewerbern, die bereits hier sind, menschlich umzugehen –, dann greift doch all dies viel zu kurz. Wir werden dieses politische Problem, diese politische Aufgabe nur dann in den Griff bekommen, wenn wir auf mehreren Ebenen agieren. Ja, ich habe die Verweise auf Europa gehört. Herr Kupfer hat es etwas deutlicher gemacht als andere. Dennoch bleibt bestehen, dass gerade auf der europäischen und der nationalen Ebene in den vergangenen Monaten und Jahren viel zu wenig passiert ist.

Es reicht nicht, Herrn Juncker dazu aufzufordern, eine gerechtere Verteilung vorzunehmen, wenn einige Länder von vornherein davon ausgeschlossen sind und wenn wir als Deutsche uns damit wieder einmal zufriedengeben. Nein, dann müssen auch härtere Gangarten gegangen werden. Es ist unverständlich, dass Herr de Maizière die Umsetzung von Schengen kritisiert, wir uns darüber im Klaren sind, dass die Dublin-Abkommen schon lange nicht mehr eingehalten werden, und wir dennoch nichts tun. Das schützt gerade nicht unser Recht auf Selbstbe-

stimmung, das schützt nicht den Rechtsstaat und das schützt auch nicht die deutschen Bürger. Das, meine Damen und Herren, ist auch zuallererst Ihre Aufgabe als Regierung.

(Beifall bei der AfD)

Es fängt meist mit der Sprache an, und ich habe es in diversen vorangegangenen Reden schon gesagt: Nein, wir reden nicht per se nur über Flüchtlinge. Über die müssen wir auch reden, aber sie machen laut offizieller BAMF-Statistik gerade einmal ein reichliches Drittel aus. Wir müssen darüber reden, dass unter dem Etikett eines völlig anders verstandenen und geschaffenen Asylrechts Asylbewerber differenziert werden müssen nach tatsächlich politisch Verfolgten – gerade einmal 1 % laut BAMF-Statistik –, Kriegsflüchtlingen und einer großen Anzahl von Migrantinnen, Einwanderungswilligen oder wie wir sie auch immer bezeichnen möchten. Deren Ansinnen ist zwar verständlich, aber unter dem Asylverfahren nicht mit unserer Gesetzeslage vereinbar. Deswegen kann das Asylrecht nicht dazu geeignet sein, Völkerwanderung zu bewältigen. Genau das scheint derzeit unsere Aufgabe zu sein.

(Beifall bei der AfD)

Falsche Anreize wurden bereits 2012 gesetzt, als das Bundesverfassungsgericht entschieden hat, dass es unmenschlich ist, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz dem Hartz-IV-Niveau anzupassen. Das war falsch. Das war ein falscher Anreiz und hat nicht allein, aber unter anderem zu der heutigen Situation geführt.

(Widerspruch von den LINKEN)

Einwanderung kann nur nach Regeln, nach Qualifikation erfolgen. Wenn anfangs immer davon geredet wurde, dass diese Art der – nach dem Asylrecht – erfolgten Einwanderung uns doch allen beim Fachkräftemangel hilft, dann wissen wir schon lange, dass es damals schon gelogen war und heute auch noch; denn die meisten der Asylbewerber, die zu uns kommen, sind eben keine Fachkräfte – wir können das gern statistisch erheben –, sie sprechen noch nicht einmal unsere Sprache. Wie sollen sie dann als Fachkräfte kurzfristig eingesetzt werden?

(Widerspruch von den LINKEN)

Herr Panter, ich bin ganz mit Ihnen einer Meinung, wenn Sie die Leistungen der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg im Rahmen von Flucht und Vertreibung würdigen. Aber bitte werfen Sie doch nicht Flucht und Vertreibung aus deutschen Gebieten nach dem Zweiten Weltkrieg in einen Topf mit der Völkerwanderung, die wir jetzt erleben.

(Beifall bei der AfD – Widerspruch von der SPD)

Noch ein Wort

(Unruhe im Saal)

zu den guten und den angeblich schlechten Menschen. Ja, es ist in der Tat kein Zeichen

(Zuruf des Abg. Mario Pecher, SPD)

von qualitativ hochwertiger Politik, wenn wir von guten Menschen und anderen reden. Das beweist aber nur, dass die Politik der letzten Monate und Jahre es völlig versäumt hat, sich mit Recht zu befassen. Man kann die Moral nicht über das Recht stellen und auch nicht umgekehrt. Sie sind zwei völlig unterschiedliche Kategorien, und wir als Politiker müssen in einem Rechtsstaat

(Zuruf der Abg. Eva Jähnigen, GRÜNE)

über die Einhaltung von Recht reden und dafür sorgen, dass es auch in der Praxis angewandt wird. Genau das tun all diejenigen nicht, die die Rechtskomponente immer wieder ausblenden.

(Beifall bei der AfD)

Deshalb müssen wir kurzfristig handeln. Wir müssen illegale Grenzübertritte verhindern. Das geht nur über eine permanente Kontrolle der Außengrenzen. Das heißt de facto, dass wir auf eine Aussetzung von Schengen zulaufen müssen, wenn sich unsere Vertragspartnerstaaten nicht an die Dublin-Verfahren halten. Wir müssen den Zustrom von Asylbewerbern in Europa begrenzen. Es ist nicht mit den 800 000 in diesem Jahr in Deutschland getan. Fragen Sie doch die Kollegen des EU-Parlamentes, wie viele Millionen Menschen, zum Beispiel in Libyen, auf gepackten Koffern sitzen. 20 Millionen!

(Zurufe von den LINKEN)

Erklären Sie den Bürgern, wie die in Europa unterzubringen sind!

(Beifall bei der AfD)

Es wird auch mittelfristig Gesetzesänderungen geben müssen, ob das die Umwandlung von Geldleistungen in Sachleistungen oder ob es weitere Anpassungen sind oder ob wir auch über eine Modifizierung der Asylgesetze insgesamt nachdenken müssen. Parallel dazu haben wir selbstverständlich die Aufgabe, uns um die Menschen zu kümmern, die bereits in Deutschland sind. Aber das kann nicht die alleinige Aufgabe sein; denn das verklärt den Blick darauf, dass das Problem in Europa noch lange nicht gelöst ist.

Herr Tillich, dass Sie dieses Problem endlich anpacken, zusammen mit der Bundesregierung, zusammen mit der EU-Kommission, dazu fordere ich Sie auf. Denn das haben Sie in Ihrer Rede leider überhaupt nicht erklären können.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsident Dr. Matthias Röbner: Frau Dr. Petry sprach für die AfD-Fraktion. Jetzt spricht für die Fraktion GRÜNE Herr Kollege Zschocke.

Volkmar Zschocke, GRÜNE: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Petry, ein Journalist hat diese Rhetorik, die Sie heute hier wieder gewählt

haben, einmal sehr treffend als „Lunte legen und abwarten“ beschrieben.

(Beifall bei den GRÜNEN,
der CDU, den LINKEN und der SPD –
Uwe Wurlitzer, AfD: Ist klar!)

Genau diese Rhetorik brauchen wir nicht in der Situation, in der sich Sachsen gerade befindet.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Menschen, die derzeit zu uns kommen und zu einem großen Prozentsatz auch hier bleiben werden, werden unser Land verändern. Sachsen steht jetzt am Scheideweg, Ja zu dieser großen Herausforderung zu sagen und diese gemeinsam offen und positiv zu gestalten, auch zu den Schwierigkeiten und Konflikten, die damit verbunden sind, oder mit Fremdenfeindlichkeit, Abwehr, „Nein-zum-Heim“-Initiativen und mit rassistischen Angriffen das Bundesland Sachsen so ins Abseits zu drängen, dass Migranten, Unternehmen, Fachkräfte oder Touristen am liebsten einen großen Bogen herum machen würden.

Herr Tillich, Ihr Appell an die Herzen der Sachsen, an das gemeinsame Helfen, an die Barmherzigkeit, an die gemeinsame Anstrengung für mehr Mitmenschlichkeit klingt richtig gut. Doch dieser Appell hat unmittelbare Konsequenzen für das Handeln der sächsischen Regierungskoalition in ihrer Gesamtheit.

Die erste Konsequenz, meine Damen und Herren, heißt Umschalten vom hektischen Reagieren, von Ad-hoc-Unterbringung ohne vorherige Ankündigung hin zu vorausschauendem, planvollem Handeln für eine menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen.

(Beifall bei den GRÜNEN und
der Abg. Sabine Friedel, SPD)

Seit Jahren ist sichtbar, dass weltweite Fluchtbewegungen zunehmen. Jeder wusste, dass die BAMF-Prognosen durch die Realität immer weit übertroffen wurden. Seit über einem Jahr mahnen wir an, dass sich Sachsen endlich darauf einstellt.

Aber mal ehrlich, die Staatsregierung hat noch immer keinen wirklichen Plan. Die kürzlich vorgestellten Kapazitäten zur Erstaufnahme enthalten zwar endlich eine Kapazitätsreserve, doch sie greifen frühestens 2017. Momentan befinden sich 80 % der Flüchtlinge zur Erstaufnahme in provisorischen Notunterkünften, zum Teil unter unwürdigen Bedingungen, und der Winter steht bevor.

An dieser Planlosigkeit haben Ihre wohlklingenden, richtigen und klaren Worte, Herr Tillich, zunächst wenig geändert. Ich hoffe wirklich, dass mancher Bürgermeister diese Worte in dieser Situation nicht als Hohn empfindet, und ich wünsche Ihnen, dass Sie morgen, wenn Sie mit den Kommunen sprechen, auch zuhören. Vor allem zuhören, denn alle Bemühungen der Kommunen um sensible Standortauswahl, um rechtzeitige Bürgerinformation werden mit einem Schlag zerstört, wenn nach wie vor Massenunterkünfte angemietet werden, ohne den Kom-

munen auch nur eine Chance zu geben, sich trotz des hohen Handlungsdruckes – das sehen wir alle ein – auf diese Situation vorzubereiten, wie erst jetzt wieder in Chemnitz und in Mittweida geschehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir alle können wirklich dankbar und heilfroh sein, dass die Bevölkerung in Sachsen die Folgen dieses kontraproduktiven Managements mit so großer spontaner Hilfsbereitschaft zu kompensieren versucht. Nicht viele Flüchtlinge, sondern Intransparenz und unabgestimmtes Vorgehen sind derzeit die größten Belastungen für die Kommunen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der
Abg. Annetrin Klepsch, DIE LINKE)

Die zweite Konsequenz heißt – das sage ich ganz deutlich –: Schluss mit Pegida-Verständnis und Schluss mit der Verharmlosung von Rechtsextremismus!

(Beifall bei den GRÜNEN, den LINKEN
und der Abg. Sabine Friedel, SPD)

Das vorletzte Wochenende in Heidenau war der Höhepunkt einer Serie von rassistischer Gewalt gegen Menschen. Da ist ein Damm gebrochen, völlig entgrenzter Hass hat sich dort Bahn gebrochen – regelrechte Sturmangriffe mit Flaschen, Böllern und Steinen.

Ich gebe Ihnen recht, Herr Tillich: Wer dabei immer noch von besorgten Bürgern oder Asylkritikern spricht, der hat die große Gefahr nicht verstanden. Da sind Menschen unterwegs, die keine Institution mehr akzeptieren, die sich auf ein Selbstverteidigungsrecht gegen Staat und Politik berufen, die den Bürgerkrieg ausrufen und auch zur Selbstbewaffnung schreiten. Eine regelrechte Pogromstimmung zieht da auf, und wir müssen alles dafür tun, Pogrome zu verhindern.

(Beifall bei den GRÜNEN und den LINKEN –
Uwe Wurlitzer, AfD: Wer heizt jetzt das Feuer an?)

Die Ursachen für diese Eskalation sind offensichtlich: zu lange Verständnis für Pegida, zu lange Schönreden relativieren oder ignorieren, zu lange Schweigen der Mehrheit. Wer rassistische Stimmung und entfesselten Hass nicht in seiner Stadt haben will, der muss sich jetzt laut und sichtbar dagegenstellen und Solidarität mit Flüchtlingen zeigen.

Herr Kupfer, ja, die vielen Fragen der Bürger müssen gestellt und beantwortet werden. Ja, die Kommunen sollten auch weiter darauf bestehen, eher und besser informiert zu werden. Aber niemand sollte Rassisten und Nazis in seiner Stadt gewähren lassen oder gar Beifall klatschen.

(Beifall bei den GRÜNEN, den
LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Alle, die 1989 mit auf der Straße waren, dürfen nicht länger hinnehmen, dass sich die rechten „Wir-sind-das-Volk!“-Schreihälse auf diesen zentralen Demoruf von

damals beziehen; denn mit jeder Grölparade vor einer Flüchtlingsunterkunft zerstören sie ein Stück der Gesellschaft, für die wir 1989 gekämpft haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN, den
LINKEN und vereinzelt bei der SPD –
Beifall des Abg. Geert Mackenroth, CDU,
und vereinzelt bei der Staatsregierung)

Die dritte Konsequenz heißt, die Ausgrenzungs- und Abschottungsrhetorik beenden; denn Willkommenskultur beginnt bei der Sprache der politisch Verantwortlichen. Alle Aussagen zum Asyl haben derzeit eine enorme öffentliche Wirkung.

Herr Kupfer hat heute wieder ein sehr einseitiges, negatives Bild vom Islam gezeichnet. Vorschläge wie Taschengeldkürzungen, Abschiebelager, Grenzkontrollen, Gefängnisaufenthalte für Menschen ohne Dokumente oder Sondereinheiten gegen kriminelle Asylbewerber, auch die Aussage, der Islam gehöre nicht zu Sachsen, wirken unabhängig von ihrem inhaltlichen Gehalt ab- und ausgrenzend. Sie verstärken Ressentiments und sie treiben die Menschen in die Arme von Pegida.

(Beifall bei den GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Alexander Krauß, CDU)

Herr Tillich, Sie sprechen zwar inzwischen eine Willkommenssprache, aber die CDU-Fraktion hier im Landtag sendet nach wie vor Signale, Flüchtlinge von Sachsen fernzuhalten, sie nicht länger mit hohen Standards nach Sachsen zu locken.

(Alexander Krauß, CDU: Sie sind willkommen!)

Ich frage Sie ganz klar, Herr Kupfer: Welche hohen Standards meinen Sie denn, wenn Sie sich die Zeltstadt in Dresden anschauen? Sie schrecken nicht einmal vor der Idee zurück, zum Zwecke der konsequenten Abschiebung Flüchtlingsfamilien auseinanderzureißen. Herr Tillich, Sie haben ein Glaubwürdigkeitsproblem,

(Zuruf von der CDU: Hat er nicht!)

wenn einige CDU-Funktionäre weiter kräftig in das Horn des Pegida-Populismus blasen.

(Beifall bei den GRÜNEN, den LINKEN und der
Abg. Sabine Friedel, SPD – Zurufe von der CDU)

Wir brauchen eine Sprache aller Verantwortlichen, die die enormen Herausforderungen ernst nimmt, aber dabei keine Ängste und Ablehnung schürt.

Die vierte Konsequenz heißt: keine Kapitulation vor Gewalttätern! Es ist schlimm genug, wenn Menschen, die vor brutalem islamistischem Terror fliehen, hier als Erstes von gewaltbereiten Nazis begrüßt werden. Unerträglich, wenn dann der Rechtsstaat vor diesen Gewalttätern kapituliert. Auch hier sind Ihre klaren Worte deutlich, Herr Tillich. Nach den Ausschreitungen in Heidenau kündigte die Staatsregierung ein starkes Zeichen des Rechtsstaates an. Kurz darauf den polizeilichen Notstand

auszurufen war das Gegenteil von einem starken Zeichen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN,
vereinzelt bei den LINKEN und
Beifall der Abg. Sabine Friedel, SPD)

Ich war bei den Ausschreitungen in Heidenau vor Ort und bin nach wie vor schockiert, wie so wenige Polizeibeamte dort regelrecht ins Feuer geschickt wurden. Im Einsatz sei aber alles gewesen, was zusammengekratzt werden konnte, sagt Polizeipräsident Kroll. Diese Sicherheitsgefährdung durch den fortgesetzten Stellenabbau bei der Polizei verantworten auch Sie, Herr Tillich. Ausbaden müssen es die Beamten, die angegriffen und verletzt wurden; und das sind wirklich alles andere als „verdächtig gute Jobs“. Der Versuch, im Zuge dieses verantwortungslosen Stellenabbaus jetzt auch noch die Versammlungsfreiheit zu opfern, ist völlig inakzeptabel. Herr Tillich, wenn Sie über die Stärke der sächsischen Demokratie reden wollen, dürfen Sie die fundamentale Schwächung eines zentralen Elements der Demokratie – und nichts anderes ist die Versammlungsfreiheit – nicht hinnehmen. Die Demokratie und ihre Grundwerte müssen stärker bleiben als gewaltbereite Neonazis, sonst haben wir verloren.

(Beifall bei den GRÜNEN,
den LINKEN und der SPD)

Herr Tillich, Sie sind als Regierungschef in der vollen Verantwortung für das Handeln Ihrer Staatsregierung. Deswegen möchte ich Ihnen zu Ihrem Innenminister noch etwas sagen.

Ich habe Herrn Ulbig vor vielen Jahren kennengelernt; er sprach damals als Bürgermeister auf unserem Parteitag in Pirna. Sein couragiertes Auftreten gegen die Neonaziszene in der Sächsischen Schweiz hat damals nicht nur mich sehr beeindruckt. Als Innenminister ist sein Ruf inzwischen erheblich ramponiert; seine öffentliche Akzeptanz ist gesunken. Beim Willkommensfest in Heidenau erlebte ich, wie er äußerst aggressiv beschimpft und beleidigt wurde, wie er ausgebrüllt und – das möchte ich in aller Deutlichkeit sagen – auf völlig inakzeptable Weise regelrecht vertrieben wurde.

(Patrick Schreiber, CDU: Haben Sie sich
dagegengestellt? – Weitere Zurufe von der CDU)

Diese Situation, meine Damen und Herren,

(Weitere Zurufe und
anhaltende Unruhe bei der CDU)

zeichnet aber auch ein bedenkliches Bild vom Zustand der Koalition.

(Ministerpräsident Stanislaw Tillich: Also bitte! –
Staatsminister Martin Dulig: Eine Frechheit!)

Die Regierung Tillich/Dulig übt den öffentlichen Schulterchluss –

Präsident Dr. Matthias Röbler: Ihre Redezeit geht zu Ende.

Volkmar Zschocke, GRÜNE: – und hält gleichzeitig einen Innenminister, der eigentlich nichts mehr zu sagen hat, auf den aber jedes neue Desaster abgeladen werden kann und dessen Scheitern alle Welt besichtigen kann.

Präsident Dr. Matthias Röbler: Die Redezeit ist zu Ende, Herr Kollege!

(Christian Piwarz, CDU:
Ganz schnell wieder hinsetzen!)

Volkmar Zschocke, GRÜNE: Herr Tillich und Herr Dulig, Sie müssen aufpassen, dass das Innenministerium nicht weiter zum Buhmann Sachsens verkommt.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und den LINKEN)

Präsident Dr. Matthias Röbler: Meine verehrten Damen und Herren! Die Rednerreihenfolge ist abgearbeitet; die Aussprache zur Erklärung des Ministerpräsidenten ist damit beendet.

Meine Damen und Herren, jetzt kommen wir zur Tagesordnung für unsere heutige Sitzung, die Ihnen vorliegt. Die parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktionen haben sich darauf verständigt, beide Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln. Dies ist nach § 79 Abs. 5 der Geschäftsordnung selbstverständlich möglich. – Ich sehe keinen Widerspruch, also verfahren wir so.

Für die gemeinsame Behandlung der Tagesordnungspunkte 1 und 2 stehen damit folgende Redezeiten zur Verfügung: CDU 48 Minuten, DIE LINKE 34 Minuten, SPD 24 Minuten, AfD 21 Minuten, GRÜNE 17 Minuten und die Staatsregierung hat 55 Minuten.

Ich sehe keine weiteren Änderungsvorschläge oder Widerspruch gegen die Tagesordnung; die Tagesordnung der 18. Sitzung ist damit bestätigt.

Meine Damen und Herren, ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 1

**– Fachregierungserklärung des Staatsministers des Innern und
der Staatsministerin für Gleichstellung und Integration beim
Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz
zum Thema „Gesamtaufgabe Asyl – gemeinsam
für Unterbringung, Sicherheit und Integration“**

Tagesordnungspunkt 2

**– „Konzept der Staatsregierung zur Gewährleistung
menschenswürdiger Aufnahme sowie verlässlicher Teilhabe-,
Bleibe- und Zukunftsperspektiven für Flüchtlinge in Sachsen“**

Drucksache 6/2500, Antrag der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wir beginnen mit der Fachregierungserklärung, und ich übergebe zunächst das Wort an den Staatsminister des Innern, Herrn Kollegen Markus Ulbig.

Markus Ulbig, Staatsminister des Innern: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Wie gerade gehört, teilen wir uns diese Fachregierungserklärung, und ich werde mit dem ersten Teil beginnen.

Zunächst möchte ich betonen, dass ich sehr froh bin, dass wir am vergangenen Wochenende Bilder gesehen haben, die ein anderes Sachsen zeigen. Es gab ein Willkommensfest, es gab friedliche Demonstrationen in Dresden, es gab viele Aktionen für Flüchtlinge, und es gab wieder Tausende Helfer, die tatkräftig angepackt haben. Gerade ihnen gilt unser Dank. Was wir derzeit in Sachsen an ehrenamtlichem Einsatz sehen, das ist wahrlich ermutigend.

(Beifall bei der CDU, den LINKEN, der SPD,
den GRÜNEN und der Staatsregierung)

Im Vorfeld des angesprochenen Willkommensfestes hat es ja viele Diskussionen gegeben. Ich habe persönlich sehr viele Gespräche geführt, unter anderem auch mit Herrn Gebhardt und Herrn Özdemir, weil für mich von Anfang an und zu jeder Zeit klar war:

Wir wollten Bilder, die dieses Fest letztendlich auch gezeigt hat – mit einer Ausnahme, darüber ist gerade gesprochen worden –, in jedem Fall ermöglichen. Bilder wie am 21. und 22. August galt es zu verhindern. So etwas ist nicht zu akzeptieren. Deshalb möchte ich an dieser Stelle den Einsatzbeamten ein herzliches Dankeschön sagen. Denjenigen, die verletzt worden sind, wünsche ich gute Genesung. Ich möchte klar und deutlich erklären: Die Strafverfolgung läuft auf Hochtouren. Wir werden konsequent gegen diesen braunen Mob vorgehen, und wir werden dieses auch zur Anklage bringen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU, den LINKEN, der SPD,
den GRÜNEN und der Staatsregierung –
Zuruf von der CDU: Bravo!)

Nun noch zum vergangenen Wochenende: Tatsache ist, am vergangenen Wochenende hatten wir in Sachsen 16 Hundertschaften im Einsatz. Bei 13 Hundertschaften handelte es sich um Kräfte aus Sachsen; diese waren teilweise mehrfach eingesetzt. Es waren Beamte dabei, die auf ihren freien Tag verzichtet haben, und sogar einige, die ihren Urlaub nicht antreten konnten. Was die Kollegen der sächsischen Polizei an diesem Wochenende wieder geleistet haben, mit wie viel Aufwand sie diese vielen Aufgaben bewältigt haben, das war wieder einmal ganz stark. Im Namen der gesamten Staatsregierung bedanke ich mich noch einmal dafür; denn unsere Polizei hat ein weiteres Mal für Ruhe und Ordnung im Freistaat gesorgt.

(Beifall bei der CDU, den LINKEN,
der SPD; der AfD und der Staatsregierung)

Es war im Vorfeld nicht ganz so abzusehen; denn neben den routinemäßigen Abfragen für andere Kräfte habe ich mich auch persönlich um Verstärkung bemüht. Eines ist dabei sichtbar geworden: Die Polizei ist momentan in ganz Deutschland über die Maßen gefordert.

Meine Damen und Herren! Ja, die Belastung für unsere Beamten ist nun schon sehr lange enorm hoch. Seit mehr als einem halben Jahr haben wir eine deutliche Zunahme der vielen Aufgaben im Freistaat. Denken Sie an die vielen Demonstrationen in Leipzig und Dresden. Zum Teil waren es sehr aufwendige Einsatzlagen. Hinzu kommen jetzt die stetig steigenden Flüchtlingszahlen, es müssen Demonstrationen abgesichert und auch Heime geschützt werden. All das erhöht das Pensum unserer Polizei, vor allem der Bereitschaftspolizei.

Deshalb gilt es auf der einen Seite, jetzt langfristig die richtigen Entscheidungen zu treffen. Die Expertenkommission zur Stellenüberprüfung, die eingesetzt worden ist, wird aus dieser Lage die richtigen Schlüsse ziehen. Ich habe persönlich mit den Mitgliedern dieser Expertenkommission gesprochen und ihnen die Sicht des Ministers aufgrund der veränderten Aufgabensituation deutlich gemacht. Ich werde der Expertenkommission nicht vorgreifen, aber ich habe deutlich gemacht, dass ich

kurzfristig Ergebnisse erwarte, damit die notwendigen Anpassungen in der sächsischen Polizei erfolgen können, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ein Stück dieses Weges sind wir bereits gegangen. Ich denke dabei an die Erhöhung des Einstellungskorridores. Gerade heute werden in Schneeberg wieder 100 zusätzliche Polizeianwärter am neuen Polizeischulstandort des Freistaates vereidigt. Ich denke an die Zulagen für die Bereitschaftspolizisten, die im Koalitionsvertrag verankert sind und die noch in diesem Jahr gelten werden. Auf der anderen Seite müssen wir kurzfristig Mittel in Betracht ziehen, um die Verfügbarkeit der Polizei zu erhöhen.

Viele Kolleginnen und Kollegen – gerade im Bereich der Bereitschaftspolizei, aber auch andere Kollegen – haben mittlerweile enorm viele Überstunden anhäufen müssen. Für sie gibt es derzeit kaum eine Möglichkeit, diesen Berg abzutragen. Die Auszahlung ist deshalb ein Ausweg, der schnell Erleichterung bringt und den Kolleginnen und Kollegen auch entgegenkommt. Ich weiß, Geld ersetzt nicht die verlorene Freizeit, aber es ist durchaus eine Anerkennung der Leistung.

Wir werden andererseits zügig ein Anreizsystem schaffen, welches Beamte dazu animiert, ihren Ruhestand, auf den sie sich eigentlich gefreut haben, hinauszuschieben. Natürlich ist die Freude auf den Ruhestand nach einem harten Polizeiberufsleben groß. Aber wenn wir es schaffen, dass die erfahrenen Beamten – beispielsweise durch Versorgungszuschläge oder andere finanzielle Anreize – bleiben, dann hätten wir auch dabei viel gewonnen.

Schlussendlich möchte ich noch die Einrichtung einer Wachpolizei ansprechen. Ohne dabei dem Gesetzgeber vorzugreifen, möchte ich sagen: Im Innenministerium bereiten wir uns darauf vor, dass der entsprechende Gesetzentwurf vorgelegt wird, und wir ergreifen parallel dazu die notwendigen Maßnahmen. Von einer solchen Wachpolizei erwarten wir uns kurzfristig Entlastungsmaßnahmen bzw. Entlastungseffekte für die Polizei.

Nun zur Entwicklung der Zahlen der Asylbewerber in diesem Jahr, meine sehr verehrten Damen und Herren. Vielleicht kann sich der eine oder andere von Ihnen noch erinnern: Am 18. Februar 2015 prognostizierten die Experten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge 250 000 Asylbewerber. Schon am 7. Mai sind es 400 000, am 19. August lagen wir schließlich bei 800 000. Dreimal innerhalb eines halben Jahres ist diese Prognose nach oben korrigiert worden. Diese Zahlen zeigen eine Entwicklung, die mittlerweile als wirklich größte nationale Herausforderung angesehen werden muss. Es ist eine Entwicklung, von der wir alle überholt worden sind: Europa, der Bund, das Land und auch die Kommunen.

Seit über einer Woche wissen wir nun – zumindest nach den derzeitigen Prognosen und bis zum Ende des Jahres –, dass etwa 40 000 Menschen zu uns nach Sachsen kommen, die untergebracht werden müssen. Wir haben es also mit einer Dimension zu tun, die alles – zumindest das, was wir nach der Wiedervereinigung kannten – übersteigt.

Noch im Februar sind wir von knapp 2 400 Unterkunftsplätzen in unseren Erstaufnahmeeinrichtungen ausgegangen. Inzwischen rechnen wir mit einem Bedarf von 10 000 plus 3 500 Plätzen als Reservekapazität, also mit 13 500 Plätzen. Das bedeutet, um die Dimensionen noch einmal deutlich zu machen, dass wir in unserem Land bis zum Erreichen dieser Zielzahl in jeder Woche eine Einrichtung in der Größenordnung von circa 500 Plätzen – wenn ich es etwas untechnisch sagen darf – „ans Netz bringen“ müssen und werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese dramatische Entwicklung ist der eigentliche Grund, weshalb die Planungen der Staatsregierung ständig angepasst werden mussten. Für uns ist es eine Situation, in der wir immer aufs Neue reagieren mussten und auch reagiert haben, indem wir unsere Konzepte ständig anpassen.

Das ist nur möglich, weil wir im Kabinett geschlossen und abgestimmt vorgehen, weil viele Kollegen in den Häusern – an dieser Stelle möchte ich auch den Kollegen in der Zentralen Ausländerbehörde und beim SIB herzlich Danke sagen – eine sehr gute Arbeit leisten.

(Beifall bei der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der Staatsregierung)

Für uns alle ist in dieser Situation klar: Niemand will in Sachsen Bilder wie in Calais oder Budapest sehen. Deshalb ist und bleibt es unser vorrangiges Ziel, die Menschen vernünftig unterzubringen. Kurzfristig heißt das: Bis Ende Oktober sollen alle heraus aus den Zelten und in der Erstaufnahmeeinrichtung bzw. an verschiedenen Interimsstandorten untergebracht sein – mit einem festen Dach über dem Kopf. An dieser Stelle will ich mich bei Kollegen Unland bedanken, der eine neue Struktur für die Verfügung der betreffenden Liegenschaften ermöglicht hat.

Langfristig gilt es, unser Drei-Standorte-Konzept auszubauen. In Chemnitz, Leipzig und Dresden sowie in den Außenstellen Schneeberg, Zwickau und gegebenenfalls Borna werden wir Platz für insgesamt 13 500 Menschen bereithalten. Unser Anspruch dabei ist eine menschenwürdige Unterbringung für alle, die in Sachsen Asyl beantragen. Und wir erwarten – das möchte ich an dieser Stelle noch einmal klar als Erwartungshaltung formulieren –, dass auch in Dresden und Leipzig zügig Außenstellen des BAMF eingerichtet werden, damit kurze Wege und kurze Bearbeitungszeiten sichergestellt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! An dieser Stelle möchte ich auch den Betreibern der Einrichtungen ein herzliches Dankeschön sagen, den Mitarbeitern von DRK, Maltesern, Johannitern, aber auch dem THW und vielen anderen Hilfsorganisationen. Ich sage ganz klar: Sie leisten großartige Arbeit. Ich sage auch: Wir werden sie in Zukunft weiter brauchen. Wie mir in der Besprechung mit allen Vertretern der entsprechenden Hilfsorganisationen bestätigt wurde, gibt es die Bereitschaft, auch die Aufgaben, die vor uns liegen, gemeinsam anzupacken. Ich habe

einen großen Schulterschluss bei den Hilfsorganisationen festgestellt. Dafür ein herzliches Dankeschön!

Auch beim Thema „Sicherheit in den Objekten“ sind wir auf gute Zusammenarbeit angewiesen. Unsere Polizei ist dort gemäß unserem Sicherheitskonzept eingebunden. Daneben braucht es natürlich gut ausgebildetes und zuverlässiges Sicherheitspersonal. Daher ist – auch im Hinblick auf die Erfahrungen in anderen Bundesländern – eine Zertifizierung der Mitarbeiter wichtig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vernünftige Unterbringung ist nur ein Teil unserer Anstrengungen. Was wir jetzt vor allem brauchen, ist Zusammenhalt – in der Gesellschaft, zwischen den behördlichen Ebenen, in EU, Bund, Land und Kommunen sowie zwischen den Entscheidungsträgern. Auch aus diesem Grund gehen meine Kabinettskollegen und alle Ressorts die Herausforderung „Asyl“ gemeinsam an. Es geht um Arbeit, Schule, Gesundheit, Integration; zu Letzterem wird Kollegin Köpping gleich etwas sagen.

Diese Sprache spricht auch unser Kabinettsbeschluss. Ich habe es bereits angesprochen: In einer Sondersitzung hat das Kabinett vor anderthalb Wochen – einen Tag, nachdem die neue BAMF-Prognose vorgelegt wurde – reagiert und ein umfassendes Maßnahmenkonzept vorgeschlagen. Wir bündeln darin Kompetenz und Manpower der zuständigen Stellen.

Ein Schwerpunkt ist natürlich die Stärkung der Personaldecke. Wenn die Aufgaben wachsen, braucht es Leute, die sie bewältigen. Das ist eine Grundvoraussetzung, um Asylverfahren zu beschleunigen – nicht nur beim BAMF.

Dringender Bedarf besteht vor allem bei der Zentralen Ausländerbehörde. Ursprünglich war die Behörde auf 10 000 ankommende Asylbewerber ausgelegt; jetzt werden es 40 000 sein. Hier werden wir deutlich aufstocken. Den ersten Schritt haben wir heute getan und die ZAB um fast 60 Mitarbeiter vergrößert; weitere werden zügig folgen. Alle Ressorts sind auf der Suche nach geeigneten Leuten. Alle Ressorts werden bei kürzlich in den Ruhestand getretenen Beschäftigten bzw. Angestellten für befristete Tätigkeiten werben.

Der Anstieg der Zahlen ist aber auch eine personelle Herausforderung für den Bereich, der sich um die Rückführung abgelehnter Asylbewerber zu kümmern hat. Auch hier braucht es mehr Manpower, weil klar ist: Je mehr Menschen zu uns kommen, desto größer werden auch die Anstrengungen, die Ausreisepflicht derer, die abgelehnt worden sind, durchzusetzen.

Wenn wir uns die Zahlen genauer anschauen, dann zeigt sich: Ein Großteil der Flüchtlinge kommt aus Kriegsgebieten. Die Anerkennungsquote bei Menschen aus Syrien liegt bei nahezu 100 %. Ein anderer Teil, vor allem aus den Balkanstaaten, wird jedoch in nahezu allen Fällen abgelehnt. Insgesamt liegt die Ablehnungsquote bei über 60 %. Meine sehr verehrten Damen und Herren, hier müssen wir unsere Anstrengungen weiter forcieren. Ein

gerechtes System braucht die Balance aus Humanität und Ordnungspolitik.

(Beifall bei der CDU und der
Abg. Dagmar Neukirch, SPD)

Geltendes Recht muss durchgesetzt werden, auch weil wir wissen: Solidarität für Flüchtlinge steht und fällt damit, dass am Ende der Staat, dass am Ende wir darüber entscheiden, wer die Hilfe in Anspruch nehmen kann und wie schnell mit abgelehnten Ersuchen verfahren wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein wichtiges Stichwort in diesem Zusammenhang ist das Thema „Information und Kommunikation“. Informationen sind die wichtigste Waffe gegen Vorurteile. Sie helfen, Diskussionen auf einer sachlichen Ebene zu führen. Nicht erst seit unserem Unterbringungs- und Kommunikationskonzept vor über einem Jahr haben wir ganz bewusst Anstrengungen unternommen, um Zahlen und Fakten rund um das Thema „Asyl“ für die Menschen im Lande bereitzustellen.

Klar ist: Es gibt nichts, was man nicht noch besser machen könnte. Aber mittlerweile haben wir auf vielen Kanälen unser Informationsangebot ausgebaut. Wir sind vielerorts aktiv und im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern. Hier bleiben wir nicht stehen. Auf unserer neuen Seite „Asylinfo der LDS“ auf „sachsen.de“ findet sich schon eine Vielzahl an relevanten Informationen zum Thema, zusammengetragen von allen Ressorts. Diese Informationen werden ständig aktualisiert und erweitert. Ich kann auch sagen: Dieses Angebot wird zunehmend genutzt.

Auf der anderen Seite ist gute Kommunikation auch ein wichtiges Stichwort in Sachen „Zusammenarbeit mit unseren Kommunen“. Zurzeit hört man überall den Vorwurf, der Freistaat kommuniziere nicht ausreichend und nicht schnell genug. Sicherlich gibt es auch insoweit noch Verbesserungspotenzial. Man muss dabei aber berücksichtigen, dass man mit Kommunikation nur diejenigen erreicht, die auch erreicht werden wollen; denn Fakt ist: Wir stehen jeden Tag vor Neuem, vor der Aufgabe, die vielen Neuankömmlinge schnell unterzubringen. Ich denke, wir sind uns alle einig: Wenn es darum geht, Obdachlosigkeit zu verhindern, ist schnelles Handeln gefragt. Dann ist manchmal die Zeitspanne im Vorfeld nicht allzu groß.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Unsere wichtigsten Partner in Sachen Asyl sind unsere Kommunen. Sie sorgen für die Unterbringung nach der Erstaufnahme und stemmen dafür eine große Last. Für uns ist klar: Ohne die tatkräftige Unterstützung des Landes ist das für die kommunale Ebene auf Dauer nicht machbar. Aus diesem Grunde stellen wir den Landkreisen und kreisfreien Städten in diesem und im nächsten Jahr zusätzlich zu dem, was vereinbart worden ist, pauschal jeweils 30 Millionen Euro zur Verfügung. Wir haben zudem die Anpassung der Unterbringungs-pauschale mit Wirkung für 2016 eingeplant. Außerdem werden wir den allgemeinen

Investitionsbedarf der Kommunen aktiv unterstützen. Wir haben auch unsere Städtebauförderrichtlinien angepasst.

Wie schon unser Ministerpräsident am vergangenen Donnerstag gesagt hat, wiederhole ich an dieser Stelle – dieses Wort gilt –: Die Erhöhung der Mittel geht nicht zulasten von Kitas, Schulen und anderen Dingen. Wir werden dafür keine fest eingeplanten Posten angreifen. Unsere Kommunen verdienen diese Unterstützung. Sie kommen ihrer rechtlichen Verpflichtung, ihrer Aufgabe der Weiterverteilung nach. Den engagierten Machern vor Ort gilt unser Dank. Sie haben bislang gezeigt, auf sie ist vielerorts Verlass. Klar, die Herausforderung wird jetzt nicht kleiner, sie wird größer.

Das ist die eindringliche und deutliche Botschaft der neuen BAMF-Prognose; denn das, was wir derzeit in unseren Erstaufnahmeeinrichtungen haben, kommt phasenverschoben bei der kommunalen Ebene an. Derzeit läuft die Information, in welcher Größenordnung sich die Abverteilung aufgrund der aktuellen Entwicklung auf der kommunalen Ebene ändern wird. Für uns ist es deshalb wichtig, die Zusammenarbeit mit der kommunalen Ebene weiter auszubauen. Dazu gehört die finanzielle Unterstützung, dazu gehört aber auch Verständnis. Wir sind Partner – miteinander, statt gegeneinander. Das sieht die kommunale Ebene auch so. Viele Gemeinderäte, Bürgermeister und andere Entscheidungsträger vor Ort nehmen die Leute mit, so wie jüngst der Bürgermeister von Heidenau, Jürgen Opitz.

Verantwortliche wie er zeigen: Wir packen das. Wir sorgen dafür, dass einerseits Fremdenfeindlichkeit aktiv entgegengetreten wird und andererseits die Unterbringung funktionieren kann. Dass Leute wie er dafür Anfeindungen erdulden müssen, dass sie offen bedroht werden, verurteilen wir auf das Schärfste, und wir gehen konsequent gegen diese Straftäter vor. Wir geben den Menschen den dafür notwendigen Schutz, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der Staatsregierung)

Ich habe gesagt, den Kommunen und Landkreisen wird Unterstützung zuteil, die Zusammenarbeit wird weiter intensiviert. Unsere Bitte ist außerdem, dass die Kommunen gemeinsam mit uns die Forderungen in Richtung Bund erarbeiten, um beim kommenden Asylgipfel am 9. September mit einer starken Stimme zu sprechen. Denn klar bleibt eines: Die aktuelle Situation, die wirklich große nationale Herausforderung seit Jahren, macht die Deutlichkeit für uns alle bewusst.

Es ist eine Herausforderung, die alle, wirklich alle angeht; zuerst die internationale Ebene, wo die Vereinten Nationen, wo die Führungsmächte dieser Welt neue Wege beschreiten müssen, wo der Zusammenhalt unserer Europäischen Union auf dem Prüfstand steht. Es stimmt, der Bund hat einige Anstrengungen unternommen, Länder und Kommunen zu unterstützen. Erst kürzlich wurde beschlossen, dass die Kommunen 2015 mit einer Milliar-

de Euro zusätzlich unterstützt werden. Aber ich will ganz klar und deutlich sagen: Das wird nicht reichen. Hier können wir nicht stehenbleiben. Wachsende Herausforderung bedarf auch wachsender Solidarität und wachsender Mitverantwortung des Bundes, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der Staatsregierung)

Deutschland leistet viel, weil es viel leisten kann. Auch Sachsen hat sich in den letzten 25 Jahren durch harte Arbeit gut entwickelt. Wir sind ein Land, in dem die Menschen anpacken. Wir sind ein solidarisches Land; aber wir wissen alle: Diese Leistungsfähigkeit hat auch Grenzen. Weitermachen wie bisher – das wird nicht auf Dauer möglich sein.

Deshalb müssen wir über Wege nachdenken, wie wir mit einer Flüchtlingsbewegung umgehen, deren Ausmaß auf absehbare Zeit nicht geringer werden wird. Das gebieten pragmatische Sachzwänge, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das gebietet aber durchaus auch der Respekt vor der Grenze der Belastbarkeit unserer Bürgerinnen und Bürger. Klar ist: Je schneller Asylverfahren laufen, umso eher kommen wir vor die Lage. Dafür habe ich mich schon vor zwei Jahren starkgemacht. Die Beschleunigung der Asylverfahren ist seitdem eine sächsische Kernforderung und steht im Übrigen auch im Koalitionsvertrag. Nach wie vor ist hier meine Überzeugung, Asylverfahren dürfen nicht länger als drei Monate dauern, dann müssen alle Beteiligten Klarheit haben. Das wäre im Sinne der Asylbewerber, aber auch im Sinne aller.

Hier ist der Bund ganz klar in der Pflicht; denn für die Dauer der Asylverfahren ist bekanntermaßen das BAMF hauptverantwortlich. Da kann es nur heißen: Personal, Personal und noch einmal Personal für die Behörden. Außerdem besteht noch Potenzial, um die Verfahren zu optimieren. Dazu gehört zum Beispiel der Einsatz technischer Hilfsmittel, zum Beispiel solcher Dinge wie Fingerabdruckscanner und eine Möglichkeit des Abgleiches zum polizeilichen System.

Meine Damen und Herren! Klar ist und bleibt aber auch: Wir werden in der momentanen Situation keine Unversallösung finden. Wir müssen stattdessen weiter an zahlreichen Stellschrauben drehen. Dazu gehören die Senkung von baulichen Standards und die Veränderungen im Planungsrecht und bei Vergabeverfahren. Die öffentliche Debatte zeigt, dass wir auch über die Ausweitung sicherer Herkunftsstaaten nachdenken müssen. Ein solcher Schritt kann ein Mittel sein, dass sich Menschen aus den betreffenden Ländern gar nicht erst auf den beschwerlichen und gefährvollen Weg zu uns machen. Ich erinnere daran: In triftigen Gründen, also wenn wirklich Verfolgung vorliegt, kann auch in diesen Fällen und aus diesen Ländern Asyl beantragt und bewilligt werden.

Auch die Minimierung von finanziellen Anreizen, die manch einen dazu bewegen, Asyl zu beantragen, muss genau geprüft werden. Klar ist dabei, dass wir bis an die

verfassungsrechtliche Grenze gehen und schauen, inwiefern auch die Wiedereinführung des Sachleistungsprinzips sinnvoll und rechtlich möglich ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kollegin Köpping wird gleich das Thema Integration in den Fokus rücken. Dazu noch folgender Gedanke im Vorgriff: Was Integrationshilfen für angenommene Asylbewerber in Deutschland sind, sollten auch Starthilfen für abgelehnte Asylbewerber in deren Heimatländern sein; denn Entwicklung in den Heimatländern ist das wirksamste Mittel gegen Armutsmigration.

(Beifall bei der CDU)

Hier sind in meinen Augen sämtliche Akteure der Entwicklungspolitik gefragt, neue Wege zu gehen, um Armut gerade in Europa wirksam zu bekämpfen. Hilfe für andere Länder darf nicht in Bürokratieapparaten versanden, sondern muss direkt bei den Menschen ankommen.

Vergangene Woche hat UN-Kommissar António Guterres eine wichtige Botschaft gesagt. Es sei nicht tragbar, dass Deutschland (mit allein 40 %) und Schweden mit der Aufnahme von Flüchtlingen dermaßen belastet werden. Fakt ist nicht erst seitdem – und das will ich noch deutlich ansprechen –: Wir brauchen in der EU mehr Solidarität. Punkt. Hier braucht es eine klare Position für ein Europa der Zusammenarbeit, und das nicht nur in finanzieller Hinsicht. Ein Steuerungskonzept, das Flüchtlinge unter Berücksichtigung der Größe eines Staates, seiner Einwohnerzahl und der Wirtschaftskraft verteilt, muss schnellstmöglich etabliert und von allen Mitgliedsstaaten mitgetragen werden. Uns ist bewusst, das ist ein steiniger Weg. Aber nach meinem Verständnis ist er alternativlos.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Herausforderungen, vor denen wir stehen, sind Herausforderungen für die Menschen im Lande, eine ganz neue Situation für uns alle. Wir dürfen und wir werden uns dabei nicht von den rechtsextremen Agitatoren im Netz und auf der Straße treiben lassen. Ich sage es in aller Deutlichkeit: Fremdenfeindlichkeit und Rassismus haben bei uns in Sachsen nichts verloren. Gewalttäter werden konsequent verfolgt. Die Polizei insgesamt, aber auch unser Operatives Abwehrzentrum leisten hier eine gute Arbeit. Gerade bei den Angriffen gegen Mandatsträger ist eine ganze Menge Tatverdächtiger ermittelt worden. Ich erwarte, dass es dort schnell die entsprechenden Verfahren gibt. Die Zusammenarbeit zwischen Justiz und Polizei werden wir weiter intensivieren. Das sind wir uns und der Demokratie schuldig. Das sind wir den Menschen schuldig, die bei uns Zuflucht vor Krieg und Vertreibung suchen.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang auch an unsere humanitäre Verantwortung. Diese Verantwortung zu übernehmen, eine Verantwortung, der sich jeder mit ein bisschen Geschichtswissen bewusst ist, das ist keine Floskel, sondern das ist meine tiefe Überzeugung. Ich bin deshalb stolz darauf, dass Deutschland seiner Rolle in Europa bislang so beispiellos gerecht wird und nicht wegsieht, sondern anpackt. Gerade in den letzten Tagen

ist es wieder deutlich geworden: Auch hier bei uns im Lande packen viele Menschen an. Sie haben die Arme geöffnet, sie helfen mit unglaublich großem Engagement. Man muss ganz klar sagen: Die vielen Ehrenamtlichen sind eine riesige Unterstützung der Zuständigen vor Ort. Dafür auch noch einmal ein ganz, ganz großes Dankeschön!

(Beifall bei der CDU, den LINKEN, der SPD, den GRÜNEN und der Staatsregierung)

Vor allem zeigen aber diese Menschen, dass es in Sachsen sehr wohl Weltoffenheit gibt. Sie zeigen: Wir wollen und werden alles dafür tun, Flüchtlinge vernünftig unterzubringen und Menschen mit offenen Armen willkommen zu heißen. Diese Haltung braucht es überall. Dann ist die Aufnahme von Flüchtlingen bei uns sogar eine Chance für unser Land. Das hat unser Ministerpräsident ja auch gerade noch einmal deutlich gemacht. Wer bei uns als Asylbewerber einen Aufenthaltstitel bekommt, den wollen wir dazu ermuntern, auch Sachse zu werden, sich in unsere Gesellschaft einzubringen, um vom Wohlstand zu profitieren, ihn aber auch zu vermehren und unsere Kultur zu bereichern. Es gilt, jetzt zusammenzustehen und die Herausforderungen aktiv zu bewältigen, das heißt, ohne politische Grabenkämpfe, dafür gemeinsam mit unseren Kommunen und mit allen Bürgerinnen und Bürgern in Sachsen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU, der SPD, der AfD und der Staatsregierung)

Präsident Dr. Matthias Röbber: Ich danke dem Herrn Staatsminister. Es folgt die Erklärung der Staatsministerin für Gleichstellung und Integration beim Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz, Frau Petra Köpping. Bitte, Sie haben das Wort.

Petra Köpping, Staatsministerin für Gleichstellung und Integration: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! „Gemeinsam“ ist das Motto dieser Regierungserklärung. Deswegen stehen wir, Kollege Ulbig und ich, auch heute beide vor Ihnen; denn die Themen Asyl und Integration müssen wir auch stets zusammen denken. In der jetzigen Situation sollten wir sie auch gemeinsam angehen. Nur in dieser Gemeinsamkeit liegt die Chance zur Verbesserung der Situation.

Alle, die eine Verantwortung für die Gesamtaufgabe Asyl sehen, sind mit der derzeitigen Lage, mit dem derzeitigen Umgang mit den Geflüchteten, mit den fremdenfeindlichen Ausfällen und Übergriffen und dem damit verbundenen Bild Sachsens in der Öffentlichkeit ziemlich unzufrieden. Doch diese Unzufriedenen sagen auch: Fragen Sie nicht nur, was andere nicht tun, sondern fragen Sie sich, was Sie selbst bewegen und in welcher Verantwortung Sie etwas bewegen können.

Die Analyse unserer derzeitigen Lage können wir meiner Ansicht nach sehr kurz halten. Das Weltgeschehen er-

reicht uns nicht mehr nur im Fernsehen, sondern kommt gerade in unseren Gemeinden, Stadtvierteln und Nachbarschaften an. Genau darauf waren wir nicht gut vorbereitet und müssen das nun alles schnellstens nachholen. Deshalb lassen Sie uns jetzt, wo es um das integrationspolitische „Wie weiter?“ geht, offen über das eben genannte „Wir“ sprechen.

Kollege Ulbig hat unsere Forderungen und Erwartungen an Europa und den Bund schon erläutert. Das ist richtig. Solidarität muss auch innerhalb der EU gelten. Der Bund hat richtigerweise drei große Aufgaben: Information über das deutsche Asylrecht im Ausland, Beschleunigung der Antragsverfahren und Bereitstellung von mehr Mitteln zum Gelingen der gesellschaftlichen Teilhabe der Ankommenden.

Wer die Eckpfeiler unserer sächsischen Integrationspolitik kennen möchte, der möge einfach in unseren Koalitionsvertrag schauen. Schon im Herbst letzten Jahres – keiner kannte islamophobe Abkürzungen und nur wenige erahnten die Flüchtlingszahlen – hat sich diese Koalition in ihrem Koalitionsvertrag auf ein progressives und verbessertes Verständnis von Teilhabe für unsere zugewanderten Menschen geeinigt. Dieser Abschnitt im Koalitionsvertrag ist übrigens ein über die Grenzen von Sachsen hinaus viel gelobtes Kapitel. Genau das setzen wir jetzt um und machen damit unsere integrationspolitischen Hausaufgaben.

Unser erstes Augenmerk galt der sozialen Betreuung der Flüchtlinge. Mit einer neu geschaffenen Förderrichtlinie geben wir den Landkreisen und kreisfreien Städten 4,6 Millionen Euro in diesem Jahr in die Hand, um ihre kommunale Flüchtlingssozialarbeit verbessern zu können. Im kommenden Jahr ist ebenfalls so viel vorgesehen. Damit verbessern wir nicht nur die Lage der Flüchtlinge, sondern es entsteht ein Netzwerk aus engagierten und vor Ort gut vernetzten Aktiven, die zu den Motoren von Austausch und Begegnung in unseren Städten und Gemeinden werden.

Den zweiten Blick haben wir auf die vielfältigen Integrationsprojekte in diesem Land geworfen. Erstmals fördert der Freistaat in Größenordnungen mit einer eigenen Förderrichtlinie die wunderbare und notwendige Integrationsarbeit von Vereinen, Kirchen, freien Trägern und Kommunen.

(Beifall bei der SPD, der CDU
und der Staatsregierung)

3,5 Millionen Euro stehen dafür in diesem Jahr und 4,5 Millionen Euro im nächsten Jahr zur Verfügung. Damit stehen Mittel für Patenschaften, ehrenamtliche Sprachkurse, Beratungsprojekte und die vielen kleinen und großen Aktivitäten vor Ort bereit. Auch den Bereich der psychosozialen Beratung und Begleitung von Geflüchteten können wir im Rahmen dieser Richtlinie fördern.

Ich bin sehr froh, dass wir als Land hier in eine so umfangreiche Unterstützung unserer haupt- und ehrenamtli-

chen Aktiven einsteigen. Wir reden hier über nichts anderes als über das Fundament, auf dem wir alle weiteren Bemühungen aufbauen.

Wenn wir den sozialen Frieden und das Engagement vor Ort ausgleichen und bewahren können, ist uns ein großer Schritt zu einem weltoffenen Land gelungen.

Eine Idee anderer Bundesländer greifen wir ebenfalls auf: Wir werden den Asylsuchenden schon in den ersten Wochen nach ihrer Ankunft in Sachsen eine erste Orientierung über die Bandbreite unseres Zusammenlebens vermitteln. Wir werden von unseren gesellschaftlichen Grundwerten bis hin zur Funktionsweise unserer Ticketautomaten informieren. Es gehören erste Sprachkenntnisse dazu. Wir erstellen dazu mit den Volkshochschulen ein eigenes sächsisches Wegweiserkonzept und starten in Kürze dazu ein Pilotprojekt.

(Beifall bei der SPD, der CDU
und der Staatsregierung)

Ja, je eher wir die Menschen auf ihren Aufenthalt bei uns vorbereiten, desto weniger Konflikte werden entstehen.

Ebenfalls sehr umfangreich in unserem Koalitionsvertrag beschrieben findet sich die Verbesserung der Integration von Zugewanderten in den Arbeitsmarkt. Hierzu wird es Ende des Monats auf Einladung des sächsischen Wirtschaftsministers Dulig und mir eine Fachtagung mit allen Arbeitsmarktakteuren geben. Dort wollen wir zeigen und beschreiben, wo und wie die guten Beispiele funktionieren und an welchen Stellen noch Hürden und Hindernisse existieren. Es ist der Höhepunkt gelingender Integration, wenn wir freie Ausbildungs- und Arbeitsplätze mit Migrantinnen und Migranten besetzen können.

Ein Thema, das ebenfalls im Koalitionsvertrag mit einem grundlegenden Satz verankert ist, ist natürlich der Zugang zum Spracherwerb. Wir stehen heute immer noch vor der Situation, dass erst diejenigen einen Zugang in die Integrationskurse des Bundes erhalten, die einen Aufenthaltstitel haben. Angesichts der Zugangszahlen und der hohen Schutzquote für viele Länder reicht dieses Kriterium für eine frühe sprachliche Integration in unser gesellschaftliches Zusammenleben nicht mehr aus.

(Beifall bei der SPD und den LINKEN)

Das hat im Laufe des Jahres auch der Bund bemerkt und steuert nach. Wir als Freistaat werden ergänzend zu den Möglichkeiten der Bundesregierung einen weiteren Zugang zum Erwerb der deutschen Sprache schaffen. So steht es im Koalitionsvertrag.

Wir bemerken gerade an vielen Stellen, dass es mit Geld und Projekten allein nicht getan ist. Wir benötigen auch die dafür ausgebildeten Menschen, die Dozentinnen und Dozenten, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, Betreuerinnen und Betreuer. Wir setzen große Hoffnungen in deren Arbeit und verbinden damit große Erwartungen.

Doch wie finden wir all diese Menschen? In unserem Land leben viele gut ausgebildete und engagierte Migrantinnen und Migranten. Sie sind der beste Brückenbauer

für beide Seiten, sowohl für die Neuzuwanderer als auch für die Mehrheitsgesellschaft. Sie besitzen Kompetenzen, die wir heute an vielen Stellen dringend benötigen – von der Sprache bis hin zum Wissen, wie sich das interkulturelle Zusammenleben am besten gestalten lässt. Diesen Schatz sollten wir gemeinsam heben. Hier sollten wir alle demnächst gemeinsam weiterdenken und entsprechende Maßnahmen festlegen.

Um auch in der Staatsregierung immer wieder gemeinsame Wege zu finden, haben wir seit Ende 2014 zwei Gremien installiert: einen monatlich tagenden Lenkungsausschuss, der alle Ressorts und die Kommunen an einen Tisch bringt, und ein Verbändegespräch, das für einen landesweiten Austausch mit den Vereinen und Verbänden sorgt. Gerade den Lenkungsausschuss gilt es meiner Meinung nach noch einmal kräftig zu stärken; denn wir als Staatsregierung müssen uns einig sein und immer wieder unter Beweis stellen, dass die aktuelle Frage der höheren Flüchtlingszahlen keine einfache fachpolitische Frage des Inneren oder der Integration ist, sondern alle Ressorts betrifft.

Von der Verwaltung der Liegenschaften durch das Finanzministerium über den Umgang mit den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen im Sozialministerium bis hin zu den DaZ-Klassen im Kultusministerium hat jedes Ressort seine eigenen Anstrengungen zu unternehmen. Im Lenkungsausschuss sind ebenso unsere sächsischen Kommunen vertreten, und ich möchte offen sagen: Wir haben die Landkreise, Städte und Gemeinden ebenfalls als Integrationsakteure wahrzunehmen, und wenn wir sie mit diesem Blick betrachten und ernst nehmen, dann können wir sie auch unterstützen: bei der sozialen Betreuung, bei der Schaffung von Arbeitsgelegenheiten, beim Aufbau von Integrationsnetzwerken und bei vielen weiteren Maßnahmen. Wir brauchen ein solidarisches Gemeinsam. Das rege ich auch in meinen zahlreichen Vor-Ort-Terminen immer wieder an.

Um all dies zusammenzutragen, die Verantwortung aller Verantwortungsträger zu verdeutlichen und das Bild des vernunftvollen Landes Sachsen zu stärken, rege ich einen landesweiten Integrationsgipfel an, der das gemeinsame Vorgehen all jener, die an einem konstruktiven Austausch über das Wie des Umgangs mit Geflüchteten interessiert sind, in den Vordergrund stellt.

(Beifall bei der SPD, den LINKEN
und der Staatsregierung)

Gerade als langjährige Bürgermeisterin, Landrätin und Landtagsabgeordnete sage ich Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Auf der Tagesordnung steht nicht die Frage, *ob* wir die Menschen unterbringen wollen, sondern *wie* wir Ihnen schnellst- und bestmöglich in unseren Städten und Gemeinden eine – wenn auch manchmal nur vorübergehend – neue Heimat geben. Dafür hat jeder und jede Abgeordnete seine landespolitische Verantwortung zu tragen, und es darf weder ein Verhindern von Umzügen an gewissen Aufnahmestandorten geben noch eine Diskussion, wenn das Boot zu voll ist. Hier gilt es einzig und

allein, Haltung für das Grundrecht auf Asyl einzunehmen und sich für eine gelingende Unterbringung und Integration der Menschen bei uns in Sachsen einzusetzen.

(Beifall bei der SPD, der CDU, den
LINKEN und der Staatsregierung)

Nach über 170 landesweiten Veranstaltungen allein im letzten Dreivierteljahr kann ich Ihnen nur sagen, dass jede einzelne Diskussion vor Ort gewinnbringend und sinnvoll war. Genau dies erachte ich als unsere verfassungsmäßige Pflicht, und es macht zudem in den allermeisten Fällen wahre Freude, mit den Menschen die Fragen von Integration zu diskutieren. Lassen Sie uns dabei sauber unterscheiden: Einerseits sprechen wir über den kurzfristigen, akuten Umgang mit den gestiegenen Flüchtlingszahlen. Andererseits sprechen wir über die langfristige Teilhabe derer, die zu uns kommen, am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und letztendlich auch politischen Leben in Sachsen. Genau für diese langfristige Perspektive, die eine enorme gesamtgesellschaftliche Aufgabe darstellt – nämlich mit dem Blick auf den Arbeitsmarkt, die Demokratie, das interreligiöse Miteinander, die schulische Bildung, den Ausbildungsmarkt, unsere Wirtschaft –, für diese Zukunft müssen wir uns erst noch richtig fit machen.

Wir stehen ganz am Anfang, wenn wir über interkulturelle Kompetenz in den Amtsstuben sprechen, über Trainings und Austausch für unsere Beamtinnen und Beamten, über den Ansatz von Diversity Management, letztlich über die wirklich gelebte Willkommenskultur in all unseren Ämtern und Behörden.

(Beifall bei der SPD, der CDU,
den LINKEN und den GRÜNEN)

Das ist eine Konsequenz von Integration, und es ist das Ziel und gleichzeitig die große Chance für den Sächsischen Landtag und die Staatsregierung sowie für unser Land.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in jedem Vor-Ort-Gespräch wird deutlich: Ohne Ehrenamt stößt hauptamtlicher Einsatz an seine Grenzen. Die vielen engagierten Menschen im Land übersetzen, begleiten, erklären, lehren, führen zusammen, beschwichtigen, beraten, motivieren und stärken mit einem Einsatzwillen, der einem teilweise übermenschlich vorkommt. Ohne dieses zivilgesellschaftliche Umfeld fällt es auch den Maltesern, den Johannitern, dem DRK – um nur einige Akteure zu nennen – schwer, die ihnen übertragene Herausforderung zu meistern. An dieser Stelle möchte auch ich noch einmal ein großes Dankeschön an alle Engagierten ausdrücken.

(Beifall bei der SPD, der CDU,
den LINKEN und den GRÜNEN)

Sie schließen im Moment nicht nur viele Lücken. Nein, ihnen gelingt auch, was einem Sprachkurs oder einer politischen Entscheidung nie möglich wäre: Sie nehmen die Menschen mit. Sie begleiten und unterstützen sie als

Mitmenschen und Mitglieder unserer Gesellschaft, unabhängig davon, wie lange sie bleiben werden. Dafür gebührt ihnen der ausdrückliche Dank der gesamten Staatsregierung, und ich sage deutlich: Wer dieses Engagement nicht aufbringen kann oder möchte, den soll man nicht zwingen, aber er verpasst etwas Wunderbares: ein offenes Miteinander und eine enorme Dankbarkeit. Wer dieses Engagement allerdings behindert, verunglimpft oder die Engagierten gar angreift, der stellt sich außerhalb unserer Gesellschaft und erntet meine Verachtung.

(Beifall bei der SPD, den LINKEN,
den GRÜNEN und der Staatsregierung)

Ja, wir Sachsen liefern gerade in der Außenwirkung ein denkbar schlechtes Bild ab. Aber wir Sachsen – wir alle – haben es genauso in der Hand, unser Bild durch kluges und gemeinsames Handeln wieder zu verbessern; denn es gibt eine Welle der Hilfsbereitschaft, der Solidarität, der Vernunft, und noch nie war sie so groß. Wir alle sollten dieses Engagement unterstützen. Wir sollten Teil dieses Engagements sein und sogar mit gutem Beispiel vorangehen. Ich hoffe, wir haben Sie hierbei an unserer Seite.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, den LINKEN,
den GRÜNEN und der Staatsregierung)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich danke Frau Staatsministerin Köpping und noch einmal Herrn Staatsminister Ulbig. – Wir kommen nun zur Aussprache. Die Reihenfolge in der ersten Runde ist geplant: DIE LINKE, CDU, SPD, AfD, GRÜNE; Staatsregierung, wenn gewünscht. Am Ende der Debatte hat der Ausländerbeauftragte um das Wort gebeten. Ich erteile nun der Fraktion DIE LINKE das Wort; bitte.

Rico Gebhardt, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Vor 70 Jahren endete der Zweite Weltkrieg, den Deutschland am 1. September 1939 mit dem Angriff auf Polen entfesselte und der millionenfachen Tod und unfassbares Leid über die Menschen in Europa und in der Welt brachte. Dieser Tag – der Ministerpräsident erinnerte in seiner Rede ebenfalls daran – soll uns immerwährende Mahnung sein, dass Krieg immer nur Leid, Tod und Zerstörung über die Menschen bringt.

Gerade in Zeiten wie diesen ist es wichtig, sich nicht nur am heutigen Tag an den Werten des Friedens zu orientieren. Weltweit sind so viele Menschen auf der Flucht wie seit 1945 nicht mehr. Nur wenige finden den Weg nach Europa und nach Deutschland – trotz der aktuellen Schätzungen von 800 000 Menschen in diesem Jahr. Die allermeisten Menschen, die auf der Flucht sind, fliehen vor Krieg, Terror und Verfolgung.

Rechtspopulistische, neofaschistische Parteien und Organisationen, aber auch viele Unorganisierte, oft fälschlicherweise „besorgte Bürgerinnen und Bürger“

oder „Asylkritiker“ genannt, hetzen gerade auch in Sachsen gegen Flüchtlinge und ihre Unterbringung. Diesem Hass gegen Geflüchtete müssen wir als Gesellschaft begegnen, indem wir dem Hass und dem Rassismus widersprechen, Gesicht zeigen, den Humanismus auf die Straße tragen, aber auch ganz konkret, indem wir Flüchtlinge willkommen heißen, uns engagieren und einbringen.

Viele Menschen im Freistaat Sachsen tun genau das seit vielen Monaten. Auch ihre Arbeit gilt es zu würdigen. Ihnen allen gilt mein aufrichtiger Dank und ihnen gebührt unser allergrößter Respekt.

(Beifall bei den LINKEN und den GRÜNEN)

Deutschland ist nicht isoliert in der Welt. Viele in der Bundesregierung wollen mehr Verantwortung in der Welt wahrnehmen und schwatzen mal ganz schnell von „militärischer Verantwortung“. Ich sage: Wenn Deutschland Verantwortung in der Europa- und Weltpolitik übernehmen will, dann bitte bei der Solidarität und Hilfe für Geflüchtete, aber auch bei der Bekämpfung der Fluchtursachen.

Ob in der Ukraine, in der arabischen Welt, in Afrika – weltweit gab es in den letzten Jahren mehr Krisenherde als je zuvor in der Geschichte. Wir brauchen ein entschiedenes Eintreten für den Frieden, aber auch gegen weltweite Armut, Hunger und Umweltzerstörung.

(Beifall bei den LINKEN,
der SPD und den GRÜNEN)

In fast alle Kriegs- und Krisenherde, aus denen sich die Menschen in Richtung Deutschland aufmachen, hat die sogenannte westliche Welt, also wir, massiv eingegriffen und da mitgemischt. Die Ergebnisse sind zum Davonlaufen. Das kann man den Menschen, die genau das jetzt tun, nicht vorwerfen.

Wir brauchen ein radikales Umdenken in der europäischen Flüchtlingspolitik. Statt Unsummen in die Abschottung der Festung Europa zu investieren, müssen wir legale Wege nach Europa schaffen. Wir müssen aufhören, durch Waffenexporte auch noch an den Konflikten in dieser Welt mitzuverdienen.

(Beifall bei den LINKEN und
vereinzelt bei den GRÜNEN)

Sie denken, wir hätten damit im Freistaat Sachsen nichts zu tun? – Doch! Wir als Politikerinnen und Politiker sind danach gefragt, und die Menschen lassen sich nicht mehr mit Ausreden abspeisen wie: Das entscheiden nur „die da“ in Brüssel oder in Berlin.

Die CDU-Fraktion ist auch der Meinung, wir könnten mit einem Beschluss im Sächsischen Landtag die Brüsseler Behörden dazu bewegen, Deutsch als gleichwertige Arbeitssprache in der Europäischen Union weiter zu fördern.

(Uwe Wurlitzer, AfD: Sehr gut!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, Sie wissen, dass nicht alle Asylbewerber und Asylbewerberinnen hier in Sachsen bleiben. Ein Großteil der Asylsuchenden verlässt uns nach der Anerkennung in Richtung Westdeutschland und Berlin, weil dort bereits Familienangehörige leben, weil man dort leichter Arbeit zu bekommen scheint, und ja, auch wohl, weil dort die Stimmung Fremden gegenüber offener wirkt. Wir haben neben aller Humanität ein Eigeninteresse daran, dass der syrische Arzt zum Beispiel in Bautzen bleibt, obwohl er familiäre Bindungen nach Bremen hat.

Den Freistaat Sachsen haben in den vergangenen 25 Jahren 800 000 Menschen verlassen. Ich will die Zahl wiederholen: 32 000 Menschen haben uns jährlich 25 Jahre lang verlassen. Es sollte also nicht an Platz für Neuankömmlinge mangeln.

(Beifall bei den LINKEN und
vereinzelt bei den GRÜNEN)

Herr Landtagspräsident hat am vergangenen Dienstag im Landtag zwei Ausstellungen vom Bund der Vertriebenen eröffnet. Die eine Ausstellung beschäftigt sich mit der Besiedlung durch deutsche Auswanderer in ost- und südeuropäischen Gegenden. Auf einer Tafel – jeder kann das nachlesen – werden Gründe für die Auswanderung genannt: Hunger, Arbeitslosigkeit, Überbevölkerung und Krieg, um nur vier Gründe zu nennen.

Auf der Homepage des Landtages kann man dazu nachfolgenden Satz lesen: „Gezeigt werden wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklungen, die zu Einwanderungsreizen geführt haben.“

Ich wünschte mir, dass wir beim Umgang mit der derzeitigen Fluchtbewegung eine vergleichbare Differenziertheit an den Tag legen würden; denn dann hätten wir schon lange einen Schritt in die richtige Richtung gemeinsam getan.

(Beifall bei den LINKEN und den GRÜNEN)

Die Chemnitzer Oberbürgermeisterin hat festgestellt, Sachsen habe keinen Plan in der Asylpolitik – und recht hat sie. Ähnliches ist von der Stadtspitze aus Dresden und Leipzig zu hören. Wenn künftig der Schwerpunkt der Erstaufnahme im Bereich der drei sächsischen Metropolen liegen soll – der Innenminister sprach gerade davon, was wir auch unterstützen –, dann müssen solche Stimmen ernst genommen werden und zu praktischen Konsequenzen führen. Wegschauen und Wegverwalten geht nicht mehr.

Ja, unsere Gesellschaft wird sich durch die Flüchtlinge verändern, in Deutschland sowieso und in Sachsen erst recht. Wir sind sozusagen nicht mehr unter uns.

Nun feiern wir in wenigen Wochen 25 Jahre Freistaat Sachsen. Der Freistaat Sachsen ist die Frucht eines Öffnungsprozesses, der mit der Maueröffnung im Herbst 1989 begann. Diese Öffnung haben die Sachsen mit herbeidemonstriert. Viele Sachsen haben sie durch ihre eigene Flucht beschleunigt. Wir erinnern uns an die

Szenen an der Prager Botschaft und an die Züge, die über Dresden gefahren sind. Sie alle kennen diese Bilder.

Diese Öffnung hat unsere Gesellschaft in Sachsen nachhaltig verändert. Es kam nicht nur die D-Mark, sondern es kamen auch viele Neubürger zu uns – zunächst vor allem westdeutsche. Auch die Zusammensetzung dieses Landtags wäre ohne diese Migrationsbewegung eine andere. Es kamen auch Ausländerinnen und Ausländer, mehr als vorher da waren. Aber insgesamt blieb der Anteil ein Vierteljahrhundert lang verschwindend gering.

Nun will ich niemanden vor die Entscheidung stellen, sagen zu müssen, wer schwieriger zu integrieren ist: ein Wessi oder ein Syrier? Das ist sowieso Ansichtssache.

Wenn aber beispielsweise die Stadt Bautzen dank Asylsuchenden wieder mehr als 40 000 Einwohner hat, wenn Schulen – auch abseits der Metropolen – wieder mehr Kinder haben, dann ist das doch ein Grund zur Freude. So, wie wir viele der längst kulturell eingebürgerten Neusachsen mit westdeutschem Migrationshintergrund – Herr Panter! – nicht mehr missen wollen, werden wir uns auch an diese Neusachsen gewöhnen.

(Dirk Panter, SPD: Danke für diese Güte!)

Man kann mir auch nicht mit dem Argument daherkommen: Nun kämen alle, vor allen Dingen Muslime. Wir haben es gerade von Herrn Kupfer gehört. Es kommen aber gerade die Muslime, die dem Islamismus entflohen sind. Es sind die in ihrem Herkunftsland eher Liberalen, die zu uns kommen, und nicht die Fundamentalisten. Natürlich ist ihre Liberalität nicht identisch mit dem, was wir hierzulande als freizügig bezeichnen. Aber wir ertragen ja schließlich auch einen Landesbischof mit homophoben Ansichten,

(Starker Widerspruch bei der CDU)

und Medienbeobachter rechnen es ihm schon als – –

(Zurufe von der CDU)

– Ihre Aufregung ehrt nur mich.

(Beifall bei den LINKEN und
vereinzelt bei den GRÜNEN)

Medienbeobachter rechnen es dem Bischof schon als Pluspunkt an, dass er innerkirchliche Leute mit anderen Ansichten nicht offensiv verfolgt.

(Zuruf von der CDU: Geht's noch?! –
Zurufe der Abg. Christine Clauß
und Marko Schiemann, CDU)

Mir persönlich ist Religion etwas vollkommen Fremdes.

Aber ich bedauere den Weggang von Herrn Koch aus Sachsen zutiefst, weil er zu den leuchtenden Beispielen universaler Menschenfreundlichkeit gehört, die wir jetzt so dringend in Sachsen brauchen.

(Marko Schiemann, CDU:
Das ist genau der Punkt, wenn man
Religion nicht richtig bewerten kann!)

Ja, wir werden uns alle verändern, Herr Schiemann, auch Sie, auch der Landtag, die Fraktionen, die Parteien, die Vereine und gesellschaftliche Gruppen.

(Zurufe des Abg. Marko Schiemann, CDU)

– Ich weiß gar nicht, warum Sie sich so aufregen, Herr Schiemann.

Dass Sachsen heute auf fast ein Jahrtausend erfolgreicher Tradition von Erfindergeist zurückblicken kann, liegt daran, dass sich dieses Land immer wieder zu verändern verstand.

(Beifall bei den LINKEN)

Ja, es kommen nicht nur Ärzte, Wissenschaftler und Handwerker, sondern es kommen auch Analphabeten. Na und? Doch auch sie sind doch hoch spannende Menschen mit vielen Talenten, deren unkonventionelle Erschließung uns vielleicht zu neuen Wegen im Umgang mit deutschen Schulabbrechern führt, von denen wir in Sachsen bekanntlich überdurchschnittlich viele haben.

Es kommen nicht zuletzt viele Menschen mit zuvorkommender Art im zwischenmenschlichen Umgang, von denen wir vielleicht viel lernen können. Nach der Unterbringung, die uns gerade vollständig zu überfordern scheint, beginnt erst die eigentliche Aufgabe, nämlich die der Integration in die Kita, in die Schule, in die Berufsausbildung, in die Arbeits- und in die Lebenswelt bei uns in Sachsen. Dazu brauchen wir die notwendigen strukturellen und personellen Voraussetzungen: Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, Dolmetscherinnen und Dolmetscher, um nur einige zu nennen. Wir brauchen sie nicht befristet, sondern wir werden sie dauerhaft benötigen.

Machen Sie nicht den Fehler und denken: Es wird morgen vorbei sein. Wir brauchen diese Frauen und Männer nicht nur wegen zu uns kommender Menschen, sondern auch für die Einheimischen. Denken wir immer daran: Was wir tun, tun wir für die ganze Gesellschaft. Nur so können Integration und Inklusion funktionieren.

(Beifall bei den LINKEN)

Dem dient der Antrag der LINKEN und der GRÜNEN, den wir gemeinsam zu dieser Sondersitzung eingebracht haben. Es wird Sie nicht überraschen, dass ich dafür bei Ihnen um Zustimmung werbe.

Vielen Dank.

(Beifall bei den LINKEN und den GRÜNEN)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Für die CDU-Fraktion spricht der Herr Abg. Hartmann.

Christian Hartmann, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist eine durchaus interessante und belebte Debatte, die wir seit 10 Uhr erlebt haben, und ich glaube, dass ich aus Sicht der CDU-Fraktion dazu noch einiges ergänzend beitragen kann.

Am Anfang sei vorangestellt und klar und deutlich formuliert: Wir bekennen uns zum Grundrecht auf Asyl und zu den UN-Flüchtlingskonventionen.

(Beifall des Abg. Marko Schiemann, CDU)

Wir werden Menschen, die auf der Flucht vor politischer Verfolgung, Krieg und Terror sind, in unserem Land nicht nur Schutz geben, sondern auch für deren Aufnahme und gute Betreuung sorgen. Wir sind in diesem Zusammenhang sehr dankbar und voller Anerkennung für das Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der staatlichen Behörden, der Polizei, der kommunalen Vertreter, der Hilfsdienste, Kirchen und Initiativen, aber eben auch der vielen Menschen vor Ort, die das Engagement zeigen, Hilfe leisten, sich einbringen und in der Verantwortung für eine gute Asylpolitik, für einen angemessenen Umgang mit Flüchtlingsfragen stehen, für gelebte Solidarität und Hilfsbereitschaft.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist ein Bild, das Sachsen zeichnet, und ich möchte das auch noch ergänzen; denn es lohnt sich in diesem Zusammenhang auch der Blick auf andere Bundesländer. Wenn auch der gesamte Fokus offensichtlich aller Berichtenden auf Sachsen liegt, so ist doch zu konstatieren, dass wir im Rahmen der Unterbringung, der Steuerung dieses Prozesses, aber eben auch in der Trennung der beiden Seiten ein und derselben Medaille, nämlich derer, die den Anspruch nicht haben, konsequent handeln. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern haben wir bisher auch noch jede Person jeden Abend unterbringen können und nicht unter Bäumen schlafen lassen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Darüber hinaus sei gesagt: Ja, wir haben gerade ein Problem, und auf das, meine sehr geehrten Damen und Herren, werde ich eingehen. Das ist die Frage, wie auf Aggression, auf Gewalt gegen Flüchtlinge, Flüchtlingsunterkünfte und den Staat reagiert wird. Aber es ist wie bei allem: zwei Seiten ein und derselben Medaille.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Fremdenfeindlichkeit, menschenverachtende Äußerungen werden und dürfen keinen Platz in unserer Gesellschaft haben. Auch das Internet mit seinen sozialen Netzwerken ist kein rechtsfreier Raum, in dem rassistische Pöbeleien und Hetze gegen Fremde ungeahndet und ohne Strafverfolgung geduldet werden.

(Beifall der Abg. Hanka Kliese, SPD,
und Valentin Lippmann, GRÜNE)

Die Meinungsfreiheit, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist ein sehr hohes Gut unserer Demokratie. Dort, wo sie missbraucht wird, um die Würde derjenigen zu verletzen, die Schutz bei uns suchen, muss der Staat entschieden gegen diese vorgehen. Freiheit sollte niemals missbraucht werden, um die Freiheit und persönliche Unversehrtheit anderer zu verletzen.

Versammlungsrecht, Versammlungsfreiheit gehörten zu einem weiteren Kern unseres gesellschaftlichen Zusam-

menlebens, zu einem der elementaren Grundrechte. Das Versammlungsrecht ist genauso wie die Versammlungsfreiheit zu gewähren. Das Rechtsstaatsprinzip gilt an dieser Stelle für jeden Beteiligten und jedermann, solange er sich an die staatlichen Normen und die Rechte anderer hält. Deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, ob es der einen oder der anderen Seite passt oder nicht: Meinungsäußerungen sind von allen Seiten in einer Demokratie zu akzeptieren. Sie finden dort ihre Grenzen, wo sie rechtsstaatliche Ebenen verlassen.

(Zuruf der Abg. Petra Zais, GRÜNE)

Mit Blick auf die Ereignisse in Heidenau muss deutlich gesagt werden: Hier wurde eine Grenze klar überschritten, die durch keinen Demokraten und vor allem nicht durch den Staat toleriert werden kann. Gewalt, egal in welcher Form, kann niemals legitim sein. Sie ist kein Mittel der politischen Auseinandersetzung. Wer aus Angst und Sorge vor Gewalt und Überfremdung selbst zum Gewalttäter wird, hat nicht nur jegliches Recht auf Gehör für seine eigene Position verloren, sondern ihm ist konsequent mit dem gesamten entschiedenen Handeln der staatlichen Autorität entgegenzutreten und jegliche Maßnahmen des Rechtsstaates sind zu ergreifen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Menschenverachtende Hetze, Hass und Gewalt gegen Asylsuchende, gegen Helfer und engagierte Bürger, aber auch gegen die Polizei, gegen den Staat können nicht akzeptiert werden. Ich möchte an dieser Stelle nochmals den Beamten der sächsischen Polizei herzlich danken, die in Heidenau für Recht und Ordnung gesorgt haben und – das will ich auch deutlich sagen – das zentrale Schutzziel auch unter Verlust ihrer eigenen körperlichen Unversehrtheit, nämlich den Schutz des Asylbewerberheimes und der Asylbewerber, gesichert haben.

(Beifall bei der CDU, den LINKEN, der SDP, den GRÜNEN und der Staatsregierung)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir erleben an dieser Stelle eine neue Qualität von Hass und Gewalt. Wir haben sie in diesem Jahr schon einmal erlebt bei den Vorgängen um Leipzig. Wir erleben sie jetzt wiederum. Sie erreichen eine neue Qualität. Auch zwei Hundertschaften mehr hätten diese Aggressivität nicht unterbunden. Deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, geht es an dieser Stelle nicht nur um konsequente Repressionsmaßnahmen der Polizei, sondern in der Folge auch um ein konsequentes Handeln der Justiz, um eine schnelle Strafverfolgung dieser Täter.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine Lektion der letzten Monate zeigt: Es ist wenig zielführend, immer zu sagen: Daran war der Stellenabbau schuld. Ich muss Ihnen deutlich sagen: Die Sicherheitsarchitektur, die Sicherheitssituation – nicht nur in Sachsen, sondern in der gesamten Bundesrepublik – hat sich in den letzten Monaten signifikant verändert, und auch das Solidarprinzip der Länder, nämlich über die Bereitschaftspolizeien, einschließlich der Verantwortung des Bundes für Bereit-

schaftshundertschaften des Bundes, haben sich verändert. Darauf werden wir uns einstellen müssen. Es ist kein Geheimnis, wenn ich Ihnen klar sage: Die aktuelle Entwicklung – das ist eine zentrale Forderung der CDU – besteht jetzt auch in einer zentralen Anpassung der Polizeistruktur an diese veränderte Sicherheitslage. Einen ersten Schritt haben wir mit der Initiative zur Wachpolizei gestartet. Das ist nicht die Lösung, aber ein Baustein für die Reaktion auf die aktuelle Entwicklung.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

In diesem Zusammenhang finde ich es befremdlich – das will ich an dieser Stelle auch sagen –, wenn linke Politiker zu zivilem Ungehorsam gegen Asylpolitik in Sachsen aufrufen, wie es in den letzten Wochen in der Tat geschehen ist.

(Zuruf des Abg. Sebastian Scheel, DIE LINKE)

Das halte ich, gelinde gesagt, nicht nur für unüberlegt, sondern in der jetzigen Situation heißt das, Öl ins Feuer zu gießen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der Staatsregierung – Zuruf des Abg. Sebastian Scheel, DIE LINKE)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist ein janusköpfiger Politikstil. Es waren nicht nur rechte Schläger, sondern auch linke,

(Widerspruch bei den LINKEN)

die die Situation in Heidenau zum Eskalieren gebracht haben, und insoweit muss ich mich an dieser Stelle nicht nur auf rechts, sondern ganz klar auf Gewalttäter, auf Extremisten beider Ränder beziehen, die die staatliche Ordnung infrage stellen.

(Beifall bei der CDU und der AfD)

Noch weniger kann ich solche Äußerungen verstehen, Herr Gebhardt, wenn Sie einen praktischen, humanitären Konsens in der Asylpolitik in Sachsen einfordern. Sie sollten sich also einig werden,

(Rico Gebhardt, DIE LINKE: Hä?!)

ob Sie Ihrer Verantwortung gerecht werden wollen, konstruktive und tragfähige Lösungen in der Asylpolitik zu suchen oder nicht. Dabei gilt es, nicht nur eine Seite der Asylpolitik zu bedienen, sondern beide Seiten ein und derselben Medaille zu diskutieren.

Abschließend sei angemerkt: Sie dürfen mit Ihren Forderungen den Staat und unsere Gesellschaft auch nicht überfordern.

(Zuruf des Abg. Sebastian Scheel, DIE LINKE)

Eine deutliche Positionierung zu Markus Ulbig: Ich fand das, was wir in der letzten Woche erlebt haben, inakzeptabel,

(Beifall bei der CDU und der Abg. Dagmar Neukirch, SPD, und Valentin Lippmann, GRÜNE)

wie ich im Übrigen auch, so manche Äußerung und Forderung der letzten Tage für sehr inakzeptabel gehalten habe, die sich gegen den sächsischen Innenminister gerichtet haben.

(Zuruf des Abg. Rico Gebhardt, DIE LINKE)

Markus Ulbig ist Staatsminister des Innern. Er trägt aber für diese Entwicklung, die – wie wir immer alle betonen – eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung und eine Gesamtherausforderung für die Staatsregierung und dieses Hohe Haus ist, eben nicht allein die Verantwortung. Wir tragen sie gemeinsam.

(Zurufe der Abg. Sebastian Scheel und Rico Gebhardt, DIE LINKE)

Es ist einfach nicht zielführend, einen Einzelnen hierfür in Haftung zu nehmen. Ich darf deutlich sagen: Ich und die CDU-Fraktion stehen geschlossen nicht nur hinter Markus Ulbig, sondern wir unterstützen ihn auch in der Wahrnehmung seiner Aufgabe.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Dagmar Neukirch, SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die aktuelle Entwicklung in der Asylfrage stellt die Bundesrepublik Deutschland und auch Sachsen vor besondere Aufgaben, die wir nur gemeinsam mit der Bürgergesellschaft, den Behörden und der Politik lösen können. Die prognostizierten Zahlen von 800 000 Menschen, die in diesem Jahr wegen politischer oder religiöser Verfolgung, Flucht vor Krieg und Gewalt in ihren Heimatländern Zuflucht bei uns suchen, aber eben auch einen Ausweg aus der wirtschaftlichen Situation in ihren Heimatländern, fordern uns – das Land und die Bürgerschaft – heraus.

Im Freistaat erwarten wir bis Jahresende 40 000 Menschen, die wir ganz klar – diese Botschaft haben wir schon immer gesendet, – unterbringen werden, die wir human behandeln werden und für deren Unterbringung und Verpflegung wir sorgen werden. Einerseits gilt es, dass wir als politische Verantwortungsträger gemeinsam mit staatlichen Behörden schnell zu adäquaten Lösungen kommen, mit denen all jenen geholfen wird, die in Notlagen zu uns kommen.

Dazu gehört auch eine umfassende Integrationspolitik, deren Ziele wir formulieren müssen. Am Anfang geht es darum, Menschen den Rahmen unserer gesellschaftlichen Normen zu vermitteln, um eine Integration in unsere Gesellschaft zu ermöglichen und gleichzeitig auch unsere Bürgerschaft zu befähigen, zu akzeptieren, dass andere Kulturkreise eine Bereicherung, ein Bestandteil unserer Gesellschaft werden können.

Aber Integration ist keine Einbahnstraße, sie muss, von vorn gedacht, auch die Frage einer regel- und wertenormierten Zielsetzung beinhalten. Ich bin Frau Staatsministerin Köpping sehr dankbar für die Maßnahmen, die sie in den letzten Wochen ergriffen hat.

Aber es gehört auch eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Islam dazu. Natürlich gehört sie dazu, und zwar nicht in Klischees und in Vorverurteilung, aber es geht darum, dass auch eine Religion, die sich in vielen Ländern als Staatsreligion definiert, bei der eine Einheitlichkeit zwischen politischen und ideologischen Fragen zu vernehmen ist, erkennen muss – die Grenzen müssen klar definiert werden –, und dass in unserem Land eine Glaubensfreiheit nicht die staatliche Autorität infrage stellt. Dazu gehört eben auch, bestimmte Fragen zu klären – das ist keine Generalschelte, sondern eine Diskussion, die wir miteinander führen müssen – und sich zum Beispiel mit Fragen auseinanderzusetzen wie: Was ist eine Ehe mit einem Partner? Wie gehen wir beispielsweise mit Gewalt in Familien um?

Damit will ich nicht den Islam diskreditieren, sondern deutlich machen, dass unterschiedliche Kulturkreise, wenn sie zusammengeführt werden, auch in Regeln zusammenleben müssen – genauso wie man erwarten darf, wenn wir in diese Länder kommen, dass wir uns an die Regeln dort halten, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der Staatsregierung – Sebastian Scheel, DIE LINKE: Gewalt ist keine Frage des Islam!)

Andererseits müssen wir einen gesellschaftlichen Diskurs darüber führen, wie wir in Deutschland langfristig mit dem Thema Migration und Asyl umgehen. Es braucht Ideen und Konzepte, die ein Bild davon zeichnen, wie sich Deutschland in den nächsten Jahren gesellschaftlich entwickeln soll. Dazu gehört auch eine Trennung der einzelnen Begrifflichkeiten. Natürlich haben wir Flüchtlingen aus Kriegsgebieten – dabei brauchen wir nicht über Zahlen zu reden – Unterstützung zu gewähren, und das wollen wir. Für die Zeit, in der sie unter Verfolgung leiden, sollen sie auch menschenwürdige Bedingungen finden.

Eine andere Frage ist natürlich das berechnete Interesse eines Menschen aus schlechten wirtschaftlichen Bedingungen, eine neue Perspektive zu suchen. Das ist doch auch legitim. Die Frage ist, wie unsere Gesellschaft mit diesem Thema umgeht. Dazu muss man doch deutlich sagen, dass es eine Grenze dessen gibt, was unsere Gesellschaft –

(Zuruf des Abg. Sebastian Scheel, DIE LINKE)

– Doch, das muss man sagen, weil es die Ehrlichkeit der Diskussion in sich gebietet.

Eine völlig andere Frage – und die können Sie davon trennen – ist die Frage von Arbeitsmarktmigration und die Möglichkeit von Zuwanderung in unseren Arbeitsmarkt einschließlich der Frage, was wir als Gesellschaft dazu beitragen können, mit Qualifizierung und entsprechenden Integrationsmaßnahmen unterstützend tätig zu werden. Aber das sind zwei völlig getrennte Paar Schuhe, die Sie bitte auch so diskutieren müssen, statt so zu tun, als ob jeder Asylbewerber, der zu uns kommt, eine Bereicherung

unserer Gesellschaft sei. Es ist eine Herausforderung für unser Land, der wir uns stellen müssen und bei der wir Chancen und Risiken abwägen sollten und müssen.

(Sebastian Scheel, DIE LINKE:
Mit welchem Ergebnis denn?)

Diesen Prozess zu initiieren und zu steuern ist Aufgabe des politischen Handelns. Wir stehen vor einer großen Herausforderung – man kann auch sagen: vor einer gesellschaftlichen Veränderung. Diese ist nur zu bewältigen, wenn der Bund, die Staatsregierung, die Kommunen, die Parlamente, aber auch die Wohlfahrtsverbände und Initiativen, die Zivilgesellschaft sowie die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes zusammenarbeiten und sich insbesondere auch der Diskussion stellen, wie das im Kontext einer gemeinsamen europäischen Politik möglich ist.

Insbesondere die vielen ehrenamtlich engagierten Menschen und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung und in den Hilfsorganisationen, die sich schon bisher engagiert haben, müssen wir in der weiteren Arbeit und in der Zukunft noch zielgerichteter und stärker unterstützen.

Aus unserer Sicht geht es um einen Gleichklang der europäischen Lösung einer Flüchtlings- und Asylpolitik bis hin zu der Frage der Umsetzung von Schengen und Dublin III. Das muss offen und ehrlich diskutiert werden. Dazu gehört die Formulierung einheitlicher europäischer Flüchtlings- und Asylstrategien und die Diskussion über mögliche einheitliche europäische Standards. Es gehört auf der Bundesebene eine Verantwortung der Verfahrensbeschleunigung dazu, um Anspruchsberechtigte und Nichtanspruchsberechtigte sehr schnell zu klären und darüber hinaus zu steuern, welche entsprechenden Möglichkeiten für eine Integration bis hin zur Befähigung auf dem Arbeitsmarkt gegeben sind. Es gehört auch ganz klar eine Kostenbeteiligung des Bundes dazu.

Wir als Freistaat werden uns verstärkt der Unterbringung, der Steuerung der Prozesse und der Integrationsmaßnahmen gemeinsam mit den Kommunen widmen müssen.

Letzten Endes kann ich nur einfordern: eine Beendigung einer pauschal geführten Debatte – sowohl was die Frage der Zuständigkeit von Ebenen als auch die Differenzierung der Asylsuchenden bis hin zur Zielformulierung der Integration betrifft. Pauschalisierungen werden uns in der Diskussion nicht weiterführen, sondern eine offene, transparente Diskussion, die die Facetten darstellt. Es entzieht auch den Extremisten die argumentative Grundlage, wenn wir die anstehenden Herausforderungen in einer offenen, transparenten Diskussion lösen wollen.

Mit dem gemeinsamen Entschließungsantrag „Gesamtaufgabe Asyl – gemeinsam für Unterbringung, Sicherheit und Integration“ von CDU- und SPD-Fraktion wollen wir umfassende Informationen zur aktualisierten Lage einholen, um den nun anstehenden Umsetzungs- und Weiterentwicklungsprozess in der Asylpolitik intensiv parlamentarisch begleiten und unterstützen zu können. Dieser

Antrag hat in einem Kompromiss zwischen zwei politischen Partnern die Ziele formuliert, die aus unserer Sicht für beide Seiten der Medaille wichtig sind und die einen Forderungskatalog erster Maßnahmen formulieren und mit den Fragestellungen erweiterte Informationen einholen sollen, aus denen sich auch weitere Maßnahmen ableiten können.

Es wird uns darum gehen, gemeinsam in der Koalition, gemeinsam mit der Staatsregierung, gemeinsam mit den Ebenen die anstehenden Herausforderungen zu diskutieren und Lösungen zu erarbeiten. Dazu muss man sich auch etwas Zeit nehmen, um tragfähige Konzepte und Lösungen zu entwickeln. Gleichwohl laden wir auch Sie ein, sich diesem Prozess anzuschließen.

Gemeinsames Ziel muss es sein, für alle Asylsuchenden eine menschenwürdige Unterbringung zu gewährleisten, die Verfahrensdauer deutlich zu verkürzen, die Integration auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Zusammenlebens zu verbessern, aber eben auch den, der keinen Anspruch hat, konsequent zurückzuführen.

Ich schließe mit der Feststellung: Verantwortung wahrnehmen, beide Seiten der gleichen Medaille gleichermaßen berücksichtigen und konsequent handeln. Ich lade Sie ein: Tun Sie mit!

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU, der SPD
und der Staatsregierung)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombos: Für die SPD Herr Pallas, bitte.

Albrecht Pallas, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich finde es ausdrücklich gut und wichtig, dass sich der Sächsische Landtag heute zu einer Sondersitzung ausschließlich mit den Themen Asyl und Integration befasst. Das Hohe Haus unterstreicht damit einmal mehr, wie wichtig dieses Thema ist.

Bereits im Juli haben wir uns im Rahmen einer Aktuellen Debatte dazu intensiv ausgetauscht; doch die letzten ereignisreichen Wochen waren eben unter anderem von der höheren Prognose des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge gekennzeichnet, von den Eröffnungen von Notunterkünften in Zelten und Turnhallen und zuletzt von den rechtsmotivierten Gewaltexzessen gegen die Asylunterkunft und Polizeibeamte in Heidenau.

Wir können heute ein wichtiges und notwendiges Signal in das Land senden: Die Herausforderungen der Aufnahme und Integration von Asylsuchenden sind eine gemeinsame Aufgabe aller staatlichen und nicht staatlichen, aller haupt- und ehrenamtlichen Akteure. Wir alle, die gesamte Gesellschaft, stehen in der gemeinsamen Verantwortung, diese große und wichtige Aufgabe zu meistern. Und, meine Damen und Herren, das wichtigste Signal heute muss es sein: Wir schaffen das, wir werden die Herausforderungen meistern.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU und den GRÜNEN)

Zur Diskussion beim Thema Asyl gehört aber auch, die reale Entwicklung der Zahlen anzuerkennen. Leider konnte in den letzten Monaten in Sachsen nur auf die jeweilige Erhöhung reagiert werden. Klar ist aber auch: Insbesondere bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylsuchenden ist dabei nicht alles rundgelaufen; andernfalls wären Zeltunterkünfte gar nicht erst notwendig gewesen.

Die Regierung und die Koalitionsfraktionen haben aber erkannt, dass hier weiterer Handlungsbedarf besteht – und wir werden handeln. Unser gemeinsames Ziel muss sein: Die Regierung, das Parlament, die Verwaltung, aber auch die Gesellschaft dürfen nicht nur reagieren; wir müssen und wir werden agieren.

Deshalb ist es auch richtig und wichtig, dass das Kabinett anlässlich der Präsentation der erhöhten Prognose des BAMF zu einer Sondersitzung zusammenkam und ein Maßnahmenpaket geschnürt hat. Das war ein erster wichtiger Schritt, dem weitere Schritte folgen müssen. Einer dieser weiteren Schritte ist der heute von CDU- und SPD-Fraktion vorgelegte Entschließungsantrag zu den beiden Fachregierungserklärungen. Wir setzen dabei an dem Kabinettsbeschluss von Mitte August an. Es ist wichtig, dass dieses Maßnahmenpaket schnell konkretisiert und vervollständigt wird.

Uns sind aber auch weitere Maßnahmen wichtig, bei denen die Koalitionsfraktionen die Regierung parlamentarisch unterstützen werden. Deshalb fordern wir umfassende Informationen ein.

Schließlich zeigen wir mit konkreten Handlungsaufträgen an die Regierung, welche Maßnahmen in Sachsen, im Bund oder in der Europäischen Union notwendig sind, um für alle Asylsuchenden eine menschenwürdige Unterbringung zu gewährleisten, die Verfahrensdauer zu verkürzen und die Integration auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Zusammenlebens zu verbessern.

Dazu gehört eine weitere Untersetzung des Unterbringungskonzepts. Das Wichtigste dabei ist, dass wir einen „zeltfreien“ Winter haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Darüber hinaus müssen mittelfristig auch alle anderen Notunterkünfte zurückgefahren werden können. Insgesamt werden – das wurde heute schon angesprochen – 13 500 Plätze in den Erstaufnahmeeinrichtungen geschaffen. Die Erfahrung der letzten Monate zeigt auch: Es ist wichtig, frühzeitig – so zeitig, wie es nur möglich ist – die jeweiligen Kommunen und die Bürgerinnen und Bürger darüber zu informieren, wo genau die jeweiligen Außenstellen der drei Hauptstandorte – Dresden, Chemnitz, Leipzig – sein werden, damit sich alle darauf einstellen können.

Dazu gehört aber auch, dass die jeweiligen Einrichtungen – auch wenn es Notunterkünfte sind – menschenwürdig

ausgestattet sind, das heißt, dass dort menschenwürdige Bedingungen herrschen. Dazu zählen funktionierende Sanitäreinrichtungen in ausreichender Zahl genauso wie die Beachtung der besonderen Situation von Familien mit Kindern in diesen Einrichtungen. Aber nicht nur Kinder, sondern alle Personen sind bereits während der Erstaufnahmezeit zu betreuen. Auch dafür ist es wichtig, die ehrenamtlichen Initiativen, die schon in fast allen Orten Sachsens existieren, weiter zu stärken. Diese zarten Pflänzchen sind zu hegen und zu pflegen. Es ist dafür zu sorgen, dass sie in die Betreuung der Erstaufnahmeeinrichtungen und – später – in die Betreuung der kommunal untergebrachten Flüchtlinge besser eingebunden werden.

(Beifall bei der SPD)

Wir dürfen dabei nicht vergessen, dass die in den Erstaufnahmeeinrichtungen lebenden Menschen spätestens nach drei Monaten alle in die Kommunen gehen. Nicht ohne Grund haben CDU und SPD bereits in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, die Pro-Kopf-Pauschale für die Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge regelmäßig auf Auskömmlichkeit hin zu überprüfen. Das Kabinett hat eine solche Untersuchung in Auftrag gegeben.

(Sebastian Scheel, DIE LINKE:
Eine Anpassung wäre schön!)

Uns ist es besonders wichtig, dass wir die Zwischenergebnisse und die Endergebnisse so schnell wie möglich zur Kenntnis bekommen, damit wir gegebenenfalls reagieren können, Herr Scheel.

(Sebastian Scheel, DIE LINKE:
Eine Anpassung – so schnell wie möglich!)

– Wir müssen erst die Ergebnisse kennen; dann können wir gegebenenfalls anpassen, Herr Scheel.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Beschleunigung der Asylverfahren. Vor wenigen Wochen wurde festgestellt, dass in Sachsen die Verfahren im bundesweiten Vergleich am drittlängsten dauern. Dafür gibt es Gründe, die nicht nur beim Bundesamt liegen. Natürlich ist das BAMF für die Asylverfahren zuständig. Aber offenkundig gibt es auf Landesebene Möglichkeiten, das Amt bei seiner Arbeit zu unterstützen. Das geht bei der Unterstützung durch Landespersonal los, geht mit dem Einfordern einer schnelleren Eröffnung der beiden weiteren Außenstellen des BAMF weiter und hört beim Abbau von Doppelstrukturen zwischen dem Bundesamt und der Zentralen Ausländerbehörde nicht auf.

Das wichtigste Ziel ist, dass insbesondere bei Nationalitäten mit besonders hoher oder besonders niedriger Chance auf ein Bleiberecht die Verfahrensdauer auf längstens einen Monat verkürzt wird. Einerseits hilft uns das bei der Aufnahmekapazität; andererseits bringt es den Betroffenen schnell Klarheit über ihre Perspektive.

Klar ist dabei auch: Der gesetzliche Rahmen für unsere Asylpolitik wird weitgehend von der Bundesebene und der Europäischen Union bestimmt. Auch insoweit gibt es durchaus großen Diskussionsbedarf. Dabei geht es bei-

spielsweise um die Frage der Übernahme von Unterkunftskosten durch den Bund. Dabei geht es um eine einheitliche europäische Migrations- und Asylpolitik, die wir dringend brauchen. Es geht aber auch darum, die Asylsuchenden fair zwischen den europäischen Mitgliedsstaaten zu verteilen. Dazu muss europäisches Recht weiterentwickelt werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Auch wenn es lange dauert – wir müssen das tun.

Die Entwicklung in den vergangenen Monaten hat aber auch gezeigt, dass wir insbesondere für Nationalitäten mit besonders geringen Chancen auf ein Bleiberecht über legale Zuwanderungsmöglichkeiten reden müssen.

(Beifall bei der SPD und der
Abg. Uta-Verena Meiwald, DIE LINKE)

Das geht aus der Sicht der SPD nur über die Schaffung eines Zuwanderungsgesetzes. Bis dahin gilt aber, meine Damen und Herren: Jeder Mensch darf in Deutschland einen Asylantrag stellen. Jeder hat das Recht auf ein faires und rechtsstaatlich einwandfreies Verfahren. Das ist kein Asylmissbrauch!

(Beifall bei der SPD und des
Abg. Thomas Colditz, CDU)

Dieser Begriff leitet in die Irre und schürt Angst und Hass bei einem Teil der sächsischen Bevölkerung. Das gilt ebenso für das Gerede von „guten Flüchtlingen“ und „schlechten Flüchtlingen“. Es gibt Menschen, die vor der trostlosen wirtschaftlichen Situation in ihrem Heimatland und aus Armut fliehen. Das sind Armutsflüchtlinge. Gerade ihnen würde ein modernes Zuwanderungsgesetz helfen, in dem Anreize realistisch gesetzt werden.

Was das Thema „Anreize“ angeht, so möchte ich noch ganz kurz auf Frau Petry reagieren. Sie hat sich heute Vormittag auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Sachleistungsprinzip bezogen. Um eines klarzustellen: Das Bundesverfassungsgericht trifft keine politischen Entscheidungen, Frau Petry.

(Lachen bei der AfD)

Es wacht über die Einhaltung der Grund- und Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Diese sind in der Bundesrepublik Deutschland unteilbar und nicht verhandelbar.

(Zuruf der Abg. Eva Jähnigen, GRÜNE)

In ebendieser Entscheidung hat das Bundesverfassungsgericht festgestellt, dass mit dem Sachleistungsprinzip gegen die Menschenwürde verstoßen wurde. Damit ist auch das nicht verhandelbar.

(Beifall bei der SPD, den
LINKEN und den GRÜNEN)

Moral und Recht sind – im Gegensatz zu dem, was Sie gesagt haben – keine Gegensätze; sie gehören untrennbar zusammen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Eine „Erosion der Moral“ erleben wir in Sachsen tatsächlich seit einigen Monaten, seit fast einem Jahr. Daraus wurde Hass, daraus wurde auch Gewalt.

Es begann mit den Brandstiftern im Nadelstreifenanzug von „Pegida“ und den vielen „-gida“-Ablegern im gesamten Freistaat Sachsen. Flankiert von dem enthemmten Internet-Mob entstanden daraus nicht selten rechts gesteuerte Initiativen gegen Asyleinrichtungen. Den vorläufigen Höhepunkt erlebten wir am vorletzten Wochenende in Heidenau.

Deshalb ist das wichtigste Ziel dieser gesamten Debatte und der Schritte, die wir in den nächsten Monaten gehen werden: Wir müssen die Sicherheit der Asylsuchenden, ihrer Unterkünfte sowie der hauptamtlichen und der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer gewährleisten. Dabei dürfen auch Polizeibeamte keinen unnötigen Gefahren ausgesetzt werden.

Genauso dürfen wir die hemmungslose Hetze im Internet nicht hinnehmen. Was sich dort seit Monaten Bahn bricht, ist der Nährboden für Heidenau. Diesen Nährboden müssen wir austrocknen.

(Beifall bei der SPD, vereinzelt bei der LINKEN
und Beifall des Abg. Geert Mackenroth, CDU)

Nicht nur die Gewalttäter, auch die Hetzer im Internet und vor Asylsuchenden-Unterkünften müssen schnell zur Rechenschaft gezogen werden können. Deshalb ist es wichtig, die Kompetenzen in der Polizei in Bezug auf das Internet und soziale Medien zu bündeln, um beispielsweise in einer Sondereinheit „Hass im Internet“ auf solche Entwicklungen schneller reagieren zu können.

Wir müssen aber auch die Stellensituation in den Staatsanwaltschaften und bei Gericht beleuchten – so, wie es in unserem Entschließungsantrag steht.

Auch wenn die Fachkommission „Polizei“ in ein paar Monaten ihre Ergebnisse zum Stellenbedarf bei der Polizei vorlegen wird, müssen wir über tatsächliche Möglichkeiten reden, die Kolleginnen und Kollegen der sächsischen Polizei schnell zu entlasten. Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich feststelle, dass insbesondere die Kollegen der sächsischen Bereitschaftspolizei seit Monaten fast nicht aus den Stiefeln kommen. Es sind die Versammlungslagen, die seit Monaten das Geschehen bestimmen, und es ist der erhöhte Bedarf des Objektschutzes rund um sensible Objekte, auch rund um Objekte, in denen Asylsuchende untergebracht sind.

Es wurde heute schon angesprochen: Es gibt einen konkreten Vorschlag, um in der akuten Situation zu helfen. Dieser besteht darin, eine Idee aus dem Jahr 2002 zu reaktivieren und in Sachsen wieder eine Wachpolizei – für einen beschränkten Zeitraum – zu schaffen, um die

Polizei von der Aufgabe des Objektschutzes zumindest für die nächste Zeit zu entlasten; denn auch die Kolleginnen und Kolleginnen dürfen auf ihrer Arbeit keine menschenunwürdigen Bedingungen haben.

Jedem von uns ist sicherlich klar, dass die Politik – im Grunde genommen die gesamte Gesellschaft – vor noch viel größere Probleme gestellt wird, wenn wir die Herausforderungen rund um die Themen Asyl und Integration nicht meistern. Aber ich bin mir sicher, wir werden sie meistern. Die gesamte Regierung und die Regierungsfaktionen haben diese Aufgabe angenommen und erste wichtige Schritte eingeleitet; weitere werden folgen.

Die CDU-Fraktion und die SPD-Fraktion haben anlässlich der Regierungserklärungen von Herrn Staatsminister Ulbig und Frau Staatsministerin Köpping einen Entschließungsantrag eingebracht. Damit begleiten und unterstützen wir die Arbeit der Staatsregierung beim Thema Asyl.

Wir gehen mit unserem Entschließungsantrag durchaus über den Antrag von LINKEN und GRÜNEN hinaus; das ist auch völlig in Ordnung.

(Sebastian Scheel, DIE LINKE: Wir hätten gemeinsam einen einbringen können!)

Deshalb lade ich die Oppositionsfaktionen ein, unserem – –

(Sebastian Scheel, DIE LINKE: Wir hätten ein gemeinsames Signal setzen können, wenn wir einen gemeinsamen Antrag eingebracht hätten!)

– Herr Scheel, pöbeln Sie nicht herum, sondern hören Sie mir zu! Sie können dann auch noch sprechen.

(Sebastian Scheel, DIE LINKE: Dann können Sie etwas lernen!)

Ich lade die Oppositionsfaktionen ein, unseren Antrag zu unterstützen. Wir würden ein starkes, gemeinsames Zeichen des gesamten Landtags der Unterstützung für die Regierung senden.

(Sebastian Scheel, DIE LINKE: Wir hätten ein starkes gemeinsames Zeichen setzen können!)

– Herr Scheel, zur Wahrheit gehört auch, dass ein vermeintliches Angebot der Zusammenarbeit dann nicht funktioniert, wenn es nur über die Presse gespielt wird und weder vorher noch hinterher andere Fraktionen einbezogen werden. Das ist die Wahrheit.

(Sebastian Scheel, DIE LINKE: Sie wissen doch gar nicht, was es vorher für Gespräche gab! Erzählen Sie nicht solchen Unsinn!)

Ich erneuere meine Einladung, dass Sie unserem Antrag zustimmen können. Wir würden mit diesem Signal der sächsischen Bevölkerung deutlich zeigen, dass Parlament und Regierung willens und in der Lage sind, die Herausforderung anzunehmen und die Aufgaben zu lösen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der Staatsregierung)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Für die AfD-Fraktion spricht Herr Urban, bitte.

Jörg Urban, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kollegen Abgeordnete! Ich hoffe, das heutige Sonderplenum wird am Ende nicht nur der Selbstdarstellung aller Beteiligten gedient haben, sondern dass die Sächsische Staatsregierung dieses Plenum zum Anlass nimmt, um endlich die Probleme der massenhaften illegalen Einwanderung aktiv und vorausschauend anzugehen.

Wie ist die Situation? Deutschland und damit auch Sachsen sind mit einer exponentiell anwachsenden Anzahl an Asylbewerbern konfrontiert. Waren es 2008 noch 28 000 Asylbewerber in Gesamtdeutschland, so waren es 2012 bereits 78 000, 2014 bereits 203 000. Als die AfD-Fraktion zu Beginn dieses Jahres darauf hinwies, dass wir in 2015 mit 500 000 illegalen Einwanderern und Flüchtlingen rechnen müssen, wurde das hier im Landtag als Panikmache abgetan. Die Wirklichkeit hat auch unsere Schätzung längst übertroffen. Es gibt inzwischen Schätzungen von bis zu einer Million illegalen Einwanderern und Flüchtlingen für das laufende Jahr, auf welches im folgenden Jahr eine weitere Million folgen dürfte.

Gleichzeitig ist seit Langem bekannt, dass circa 70 % der illegalen Einwanderer keinen Rechtsanspruch auf Asyl in Deutschland haben und dass diese Anträge negativ beschieden werden. Im Kontrast dazu ist die Zahl der realisierten Abschiebungen von 2013 auf 2014 sogar gesunken, obwohl die Anzahl der abgelehnten Asylanträge weiter steigt.

Der Ansturm von Migranten verursacht inzwischen massive Probleme bei der Unterbringung. Die Landkreise und Kommunen, aber auch die Bürger sind mit der Suche nach immer neuen Standorten überfordert. Die Ablehnung von überraschend bekannt gemachten Heimstandorten in der Nachbarschaft wächst.

Bekannt ist auch, dass über 60 % der illegal Einreisenden junge Männer zwischen 15 und 35 Jahren sind. Frauen, Kinder und Alte, die wirklich Hilfe benötigen, sind die Minderheit der Asylantragsteller. Die überwiegende Mehrheit der illegalen Einwanderer, deren Asylanträge abgelehnt wurden und werden und die eigentlich unser Land verlassen müssten, blockiert unser Asylsystem. Diese Mehrheit blockiert die Gerichte, und diese Mehrheit blockiert die menschenwürdige Unterbringung von Asylsuchenden.

(Beifall bei der AfD)

Ihre abwartende und unentschlossene Politik, Herr Tillich und Herr Dulig, ist verantwortlich dafür, dass in Sachsen Kinder, Frauen und Alte in überfüllten Zelten auf Schotterstandorten kampieren müssen.

Parallel zum rasanten Anstieg der Asylbewerberzahlen häufen sich auch die Berichte über Drogenkriminalität, Diebstähle und sexuelle Übergriffe. Ich verweise nur exemplarisch auf die neu etablierte Diebstahl- und Drogenszene am Wiener Platz in Dresden oder auf die Belästigung von Schülerinnen im Schulbus nach Altenberg.

Nicht nur im Ruhrgebiet und in Berlin gibt es inzwischen sogenannte No-go-Areas, vor denen die Polizei warnt. Es gibt sie inzwischen auch in Leipzig und in Meißen, Herr Ulbig.

Demonstrationen und Gewalt von rechts und links im Zusammenhang mit der Asylpolitik überfordern inzwischen unsere Polizei. Heidenau steht inzwischen nicht nur als hässliches Beispiel für rechtsextreme Gewalt. Laut Heidenaus Bürgermeister Jürgen Opitz sind „extern angereiste linksradikale Demotouristen“ für die Eskalation der Gewalt verantwortlich, die sich ausschließlich gegen die Polizei richtete.

Was aber tut Ihre Regierung? Der Antrag der AfD auf die Aussetzung der Polizeireform 2020 und die Einstellung zusätzlicher Polizeibeamter wurde auch von den Regierungsfractionen abgelehnt. Der Antrag der AfD zur personellen Unterstützung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge durch den Freistaat wurde von den Regierungsfractionen abgelehnt. Der Antrag der AfD zur Schaffung zusätzlicher Richterstellen wurde von den Regierungsfractionen abgelehnt.

Nachdem Ihnen nun die Probleme über den Kopf wachsen, bringen Ihre Fraktionen ähnliche Anträge in den Landtag ein. Vorausschauende Politik, meine Herren, sieht anders aus.

Wie geht die sächsische Regierung mit ihren Bürgern um, die aus Protest gegen Ihre unentschlossene Asylpolitik auf die Straße gehen? Diese Bürger, die gewaltfrei ihr verfassungsmäßiges Demonstrationsrecht wahrnehmen, werden als rechte Hetzer und Rassisten diffamiert. Ihnen wird mangelnde Willkommenskultur und mangelnde Weltoffenheit vorgeworfen – von Ihnen, Herr Tillich, und natürlich von Ihrem Koalitionspartner, der SPD, die sich immer mehr zur Pöblerpartei entwickelt.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Sie beschimpfen die Überbringer der schlechten Nachricht, um von Ihrem eigenen Versagen abzulenken.

(Beifall bei der AfD)

Wie gehen unsere Partnerländer mit der wachsenden illegalen Einwanderung um? Vielleicht könnte sich die sächsische Regierung und Ihr Ministerium, Herr Ulbig, die eine oder andere Anregung holen. Griechenland, Bulgarien, Ungarn und jetzt auch England sichern ihre Grenzen mit baulichen Maßnahmen. Tschechien erwägt den Einsatz der Armee zur Grenzsicherung. Dänemark führt verstärkte Grenzkontrollen ein. In Italien gibt es fast ausschließlich Sachleistungen für Asylbewerber und nur minimale Geldleistungen. Polen und die baltischen Staaten nehmen grundsätzlich sehr wenige Asylsuchende

auf und wenn, dann nur Christen. Australien führt sämtliche Asylverfahren in Nachbarländern durch. Illegal Eingereiste werden dorthin ausgeflogen.

Sind diese Länder rassistisch? Sind es rechtlose Diktaturen? Oder sind die Bürger und Politiker dieser Länder herzlose rechte Hetzer ohne Weltoffenheit und mit Kälte und Hass im Herzen? Nein, diese Länder sind unsere Partner, Demokratien und Rechtsstaaten, mit denen wir politisch, wirtschaftlich und auch militärisch zusammenarbeiten. Der einzige Unterschied zu Deutschland dürfte sein, dass die Politiker dort nicht warten, bis das Kind in den Brunnen gefallen ist, sondern schnell und beherzt reagieren.

(Beifall bei der AfD)

Die bisherige Asylpolitik in Deutschland bestand aus offenen Grenzen und Duldung für die meisten der illegal Eingereisten. Diese Politik hat Anreize zur Armutsmigration gesetzt. Sie ist mit verantwortlich für den derzeitigen Migrationssturm.

Dass es so nicht weitergehen kann, verstehen inzwischen auch eingefleischte Asylfanatiker. Selbst Rupert Neudeck, das Gesicht von Cap Anamur, begreift: „Aber wir können nicht alle armen Menschen der Welt aufnehmen.“ Auch Winfried Kretschmann, der Grüne-Ministerpräsident von Baden-Württemberg, spricht die harte Wahrheit aus: „Es kommen Menschen zu uns, die vor Armut und Perspektivlosigkeit fliehen und dennoch nicht bleiben können.“ Wenn die Lage nicht so ernst wäre, könnte man sich freuen, dass die Realität nun auch diese hartnäckigen Realitätsverweigerer eingeholt hat.

Die Integration asylberechtigter Flüchtlinge in unsere Gesellschaft ist eine große Aufgabe. Aber sie ist nicht das eigentliche Problem. Diese Integration ist leistbar, wenn wir das Hauptproblem lösen, die massenhafte illegale Einwanderung von Menschen ohne wirkliche Asylgründe.

(Beifall bei der AfD)

Was erwarten die Bürger von der Regierung? In allererster Linie erwarten die Bürger klare und ehrliche Zielsetzungen der Regierung. Sie wollen wissen, wohin die Regierung das Schiff steuert. Will Ihre Regierung tatsächlich die Zuwanderung von Armut- und Wirtschaftsflüchtlingen in unsere Sozialsysteme? Wo sollen im Jahr 2016 die 40 000 zusätzlichen Einwanderer untergebracht werden und wo die weiteren 40 000 Neubürger im Jahr 2017? Wo sollen die zusätzlichen 40 000 Arbeitsplätze entstehen und wo weitere 40 000 Arbeitsplätze im Jahr 2017? Wie sieht Ihr Plan aus, und was ist Ihr Plan, wenn es nicht 40 000 sind, sondern wenn es 60 000, 80 000 oder 100 000 Neubürger werden?

Oder wollen Sie das, was die thüringische CDU fordert? Ich zitiere: „Die Landesregierung ist in der Pflicht, gesetzestreu zu handeln und abgelehnte Asylbewerber in ihre Heimatländer zurückzuführen.“ Wollen Sie, Herr Ulbig, die Abschiebung von jährlich 25 000 bis 30 000 unberechtigten Emigranten organisieren, und wie wollen

Sie das organisieren? Die Bürger wollen glaubhafte Antworten. Sie sind bisher diese Antworten schuldig geblieben. Ihren Ausführungen konnte ich weder eine klare Aussage in die eine noch in die andere Richtung entnehmen. Ihr aktuelles Maßnahmenpaket Asylpolitik bleibt eine Ansammlung von Einzelmaßnahmen, die den Problemen hinterherläuft. Wie sagte Ihr einstiger Parteifreund Uwe Greve vor 20 Jahren so treffend über die verhängnisvolle Politik der CDU? Ich zitiere: „Sie agieren nicht, sie reagieren. Wer aber nur reagiert, ist für die Staatsführung auf Dauer nicht qualifiziert.“

Die Fraktion der AfD hat viele Vorschläge zur Lösung der Asylproblematik gemacht. Die Regierungsfractionen haben einige übernommen. Übernehmen Sie auch die restlichen. Kehren Sie zum Sachleistungsprinzip zurück. Schaffen Sie funktionierende Abschiebekorridore und setzen Sie Schengen außer Kraft.

(Beifall bei der AfD)

Die AfD und viele Wähler – Ihre und unsere – erwarten von der Regierung ein klares, zeitlich umrissenes Konzept, wie die ungebremste Armutsmigration in unser Land gestoppt werden soll, im Interesse der wirklich bedürftigen Flüchtlinge und im Interesse der sächsischen Bürger.

Vielen Dank

(Beifall bei der AfD)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bitte, Frau Abg. Zais.

Petra Zais, GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir zu Beginn meiner Rede etwas Persönliches. Ich freue mich, dass Sie noch hier sitzen, Herr Ministerpräsident. Ich habe mich auch darüber gefreut, dass Sie heute in Ihrem Statement den Dank an die Menschen ausgesprochen haben, die sich seit Langem und unaufgeregt für das Thema Asyl engagieren. Ich bin Chemnitzerin, und es freut mich, dass Sie nach Ihrem Besuch in Chemnitz heute erneut auch meine Heimatstadt Chemnitz als so ein Beispiel dargestellt haben. Das, was die Chemnitzer Stadtgesellschaft seit vielen Jahren unaufgeregt leistet, wenn es um den menschenwürdigen Umgang mit Geflüchteten geht, ist nicht hoch genug anzuerkennen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU, den LINKEN, der SPD und der Staatsregierung)

Die mit einer Zeltstadt verbundenen Probleme kennt Chemnitz seit Jahren. Mediale Öffentlichkeit und politische Reaktionen in der Landespolitik allerdings gibt es erst, seitdem auch in Dresden eine Zeltstadt steht.

Ich möchte einige Bemerkungen zu dem machen, was Kollege Hartmann, der leider nicht mehr im Saal ist, in seinem Redebeitrag gesagt hat.

Ich hatte eigentlich gehofft, dass die heutige Debatte, abgesehen von der AfD, frei bleibt von politischen Relativierungen, die so manche Debatte zum Thema Asyl in

dieser Legislatur geprägt haben. Leider ist es dem Meister der politischen Relativierung, Herrn Kollegen Hartmann, nicht gelungen, die Debatte davon freizuhalten. Ich möchte das nur an einem einzigen Punkt festmachen.

Herr Hartmann hat darauf verwiesen, dass es laut Staatsregierung keine Asylsuchenden geben würde, die unter Bäumen schlafen, wie das in anderen Ländern der Fall sei. Ich vermute einmal, dass er zum Beispiel auf die Zustände in Berlin abstellt. Ich muss Ihnen sagen, verehrte Kolleginnen und Kollegen: In der Nacht vom 23. zum 24. Juli war ich vor der Erstaufnahmeeinrichtung in Chemnitz. Ich musste erleben, wie eine Gruppe von circa 30 Leuten, Familien, Frauen, Männer und Kinder, auf der Straße vor der Erstaufnahmeeinrichtung bis früh 6 Uhr übernachtet musste. In benachbarten Wiesen lagen Menschen, für die wir noch Decken organisiert haben, weil die Erstaufnahmeeinrichtung nicht bereit war, für diese Nacht ihre Tore zu öffnen. Auch das ist – das müssen wir zur Kenntnis nehmen – sächsische Realität.

Den Anträgen und Redebeiträgen ist zu entnehmen, dass die Staatsregierung die Frage von Flucht und Asyl als gemeinsame Aufgabe von Politik, Verwaltung und Bevölkerung begreift. Aus der Sicht der GRÜNEN ist das eine Selbstverständlichkeit. Allerdings ist festzustellen, dass die Realität leider noch anders aussieht. Weder findet der politische Diskurs, der heute mehrfach angekündigt wurde, statt, noch ist es so, dass die Hilferufe aus den Städten und Landkreisen, die uns in den letzten Wochen und Monaten andauernd erreicht haben, aufhören. Auch heute ist es noch so, dass vor allem das unkoordinierte Handeln der oberen Unterbringungsbehörde in den Kommunen und Landkreisen, die sich für die dezentrale Unterbringung der ihnen zugewiesenen Asylsuchenden einsetzen, erhebliche Schwierigkeiten bereitet.

Wir haben zurzeit die Situation – und hier spreche ich von Chemnitz –, dass Vertreter von Immobilienfonds mit leer stehenden Gewerbeflächen im Portfolio durch die Städte und Landkreise ziehen und ihre Schrottimmobilien anbieten. Wollen die nicht, zieht man weiter zum Land. Ja, die Chemnitzer Oberbürgermeisterin hat recht: Alles, was ein Dach hat, wird zurzeit vom Freistaat angemietet. So, verehrte Kolleginnen und Kollegen, kann keine koordinierte Unterbringung gelingen.

Herr Staatsminister Ulbig, Sie haben heute mit Ihrer Fachregierungserklärung auch nicht unbedingt zur Aufhellung der Frage beigetragen, was Sie in dieser Beziehung künftig besser machen wollen. Ich bin viel im Land unterwegs und kann Ihnen sagen, dass es um das Vertrauensverhältnis zum Innenminister in den kommunalen Verwaltungen Sachsens nicht gerade gut bestellt ist.

Auch wenn Frau Köpping den Lenkungsausschuss, in dem die Vertreter der Städte und Landkreise sitzen, lobt, muss man doch konstatieren, dass er keine wirkliche Durchsetzungskraft hat, von Handlungsvollmacht ganz zu schweigen. Insofern nehmen wir positiv zur Kenntnis, dass im Entschließungsantrag der Regierungskoalition

über den Lenkungsausschuss nachgedacht wird. Das ist nach unserer Auffassung dringend notwendig.

Der Handlungsbedarf beim Thema Unterbringung der Asylsuchenden ist offensichtlich. Ich will mich nur auf wenige Sätze beschränken. Der Entschließungsantrag der Koalition und der Antrag der LINKEN und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschreiben den dringendsten Handlungsbedarf.

(Beifall bei den GRÜNEN und den LINKEN)

Was brauchen wir? Wir brauchen eine Optimierung der Abläufe. Die katastrophalen Bedingungen in den Zeltstädten, Turnhallen und sonstigen Notunterkünften müssen beendet werden. Ab Oktober – und nicht erst ab November, wie wir heute von Minister Ulbig hören konnten –, brauchen wir winterfeste Unterkünfte. Es sagen alle Hilfsorganisationen, dass bei uns im Oktober Schneeeinbrüche möglich sind. Es ist nicht zu akzeptieren, dass der November als Frist für die Abschaffung der Zeltstädte gesetzt wird.

Das allein, verehrte Kolleginnen und Kollegen, reicht nicht. Wie schaffen wir es, zu einer Logistik der Abläufe in der Erstaufnahme zu kommen, die einen schnelleren Auszug aus den Unterkünften befördert? Wie kann dann die Integration gelingen?

Ja, Kollegin Köpping, da gebe ich Ihnen recht: Bei der ganzen Frage und Diskussion um das Thema Asyl dürfen wir nicht vergessen, dass auch die Frage der Integration derjenigen, die bei uns bleiben, wichtig ist.

Ich habe in Bautzen das Spreehotel besucht. Viele von Ihnen werden es kennen. Das ist eine Unterkunft für über 100 Asylsuchende. Da warten Flüchtlinge monatelang auf die Bearbeitung ihrer Anträge. Drei Monate Bearbeitungszeit in der Erstaufnahmeeinrichtung – wo ist das tatsächlich der Fall? Allen ist klar, dass diese Flüchtlinge am Ende des Verfahrens ein Bleiberecht haben werden. Aber monatelang ist es für die Flüchtlinge nicht möglich, einen Sprachkurs zu besuchen. Sie können sich keine Wohnung suchen, keiner Arbeit nachgehen. Auch der Familiennachzug verzögert sich weiter.

Statt ständig populistisch nach mehr Abschiebung und Leistungskürzung zu rufen, sollte sich Sachsen dafür einsetzen, diese offensichtlich bürokratischen und lebensfremden Hürden beim Zugang zu Sprachkursen, Arbeit und Wohnung abzubauen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dort passiert nach Auffassung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einfach noch zu wenig. Es wird geredet. Wir erwarten, dass gehandelt wird.

Welche staatsgefährdende Wirkung, verehrte Kolleginnen und Kollegen, hätte eine unabhängige Asylverfahrensberatung? Bis heute erschließt sich uns nicht, warum die Koalition ablehnt, was in anderen Ländern erfolgreich praktiziert wird und tatsächlich zur Beschleunigung und nicht zur Verlängerung der Abläufe beiträgt. Gleiches trifft auf die Arbeit des Sächsischen Flüchtlingsrates zu.

Wenn Sie es heute mit der gesamtgesellschaftlichen Ansprache ernst meinen, dann sollten Sie auch mit der Stigmatisierung und Kriminalisierung der engagierten Arbeit von sächsischen Flüchtlingshilfsorganisationen Schluss machen.

Hinsichtlich der Kommunikation in die Bevölkerung – hier spreche ich Sie, Herr Innenminister, direkt an – brauchen wir einen ehrlichen Umgang mit den Fakten. Sie, Herr Ulbig, begründen einen Großteil Ihrer – aus unserer Sicht inakzeptablen – Vorschläge bezüglich des Asylrechts mit dem Verweis darauf – dies haben Sie heute erneut getan –, dass zwei Drittel aller Asylanträge abgelehnt werden. Ich weiß nicht, woher Sie diese Zahl haben. Die bereinigte Schutzquote liegt derzeit in Deutschland bei 47,8 %. Das heißt, jeder Zweite erhält bereits im behördlichen Verfahren eine Aufenthaltserlaubnis. Dazu kommen die abgelehnten Asylsuchenden, zum Beispiel aus Afghanistan, die in Deutschland geduldet werden und später, zum Beispiel aufgrund ihrer Integrationsleistungen, ein Bleiberecht erhalten. Circa 10 % Erfolgsquote – auch das gehört zur Information – im Klageverfahren erhöht die Schutzquote auf derzeit über 50 %. Diese Zahlen müssen wir doch zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Schutzquote wird sich weiter erhöhen. Sie als Innenminister können sich doch nicht die Argumente derer zu eigen machen, die die Abwehr von Flüchtlingen statt der Durchsetzung des Grundrechts auf Asyl und Einhaltung der völkerrechtlichen und humanitären Verpflichtungen Deutschlands wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie, Herr Ulbig, sind dafür da, den Rechtsstaat zu verteidigen. Das ist Ihr Job, und diesen sollten Sie ausfüllen; denn die Frage, wer bleiben darf, wird nicht am Stammtisch oder auf der Straße entschieden.

Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Meine Damen und Herren, wir gehen in die zweite Runde, und ich rufe wiederum die Linksfraktion auf; Frau Abg. Nagel, bitte.

Juliane Nagel, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte verbliebene Kolleginnen und Kollegen! Ein heißer Sommer liegt hinter uns, und eine Beruhigung der Situation ist kaum in Sicht. Mit brachialer Härte artikulierten sich dieser Tage, Wochen, ja Monate rassistische Einstellungen aus der sächsischen Bevölkerung. Es vergeht keine Woche, in der nicht mindestens ein Angriff auf eine Unterkunft von geflüchteten Menschen geschieht, in der nicht Hassparolen in den öffentlichen oder den digitalen Raum getragen werden. Ja, die Zahl der Menschen, die vor Krieg, Verfolgung und auch aus Perspektivlosigkeit aus ihren Ländern fliehen, wächst. Damit wachsen auch Unsicherheit und Skepsis in Teilen der ansässigen Bevölkerung.

(Uwe Wurlitzer, AfD: Genau!)

Doch die Schuld – das müssen wir ganz deutlich sagen – tragen nicht die Geflüchteten, sondern jene, die Hass schüren, anstatt sich den eigenen Vorurteilen zu stellen und diese infrage zu stellen. Das Problem ist und bleibt Rassismus. Das ist auch an Herrn Kupfer gerichtet, der gerade nicht im Raum ist.

(Beifall bei den LINKEN)

Nun ist der Anstieg der Zahlen von Asylsuchenden seit langer Zeit gewiss. Es genügt ein Blick in die Medienberichterstattung oder auf die Beobachtungen und Erhebungen des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen. Seit letztem Herbst appellieren wir an die Staatsregierung, vor diesem Hintergrund ein Konzept vorzulegen, mit dem Erstaufnahme, Unterbringung, Versorgung und Teilhabe der Geflüchteten neu organisiert werden. Wichtig dabei waren und sind uns immer die echte Beteiligung und Einbeziehung der kommunalen Gebietskörperschaften, aber auch der Zivilgesellschaft, der Initiativen, Kirchen, Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbände gewesen, sprich: der eigentlichen Experten in der Sache.

Diese unsere Forderungen nach einem planmäßigen und partizipativen Handeln wurden jedes Mal abgebugelt und von den Regierungsfractionen abgelehnt. Dass heute von einem Integrationsgipfel die Rede ist, freut uns sehr. Das ist eine Forderung, die wir im Sommer erhoben haben und die wir auch für dringend notwendig halten; und wir hoffen sehr, dass aus dem Integrationsgipfel auch langfristige Beteiligungsmöglichkeiten erwachsen und dies nicht nur eine einmalige Veranstaltung werden soll.

Das Resultat der parteipolitisch motivierten Weigerung, unsere Hand anzunehmen, können Sie landauf, landab sehen. Nicht einmal die Basics, also die Basis, scheinen zu funktionieren. Der eigens zur Kommunikation mit den Kommunen eingeführte Lenkungsausschuss ist nicht in der Lage, seine Aufgaben zu erfüllen. So stellt es sich uns jedenfalls dar, auch nach Kommunikation mit kommunalen Vertretern. Erzürnte Reaktionen von Landräten und Oberbürgermeister(inne)n zeigen diese Kritik, die wir erheben. Das letzte Beispiel ist Mittweida. Über die Einrichtung eines Erstaufnahme-Interims wurde der Oberbürgermeister einen Tag vor Bezug der Hochschulsporthalle, am Freitagabend letzter Woche, informiert. Die Beispiele lassen sich fortsetzen: Böhlen, Borna, Chemnitz, Heidenau, Leipzig.

Sehr geehrter Herr Innenminister, das ist ein Kommunikationsdesaster, und dieses ist keine Sache des Sommers, den wir jetzt hinter uns lassen, sondern es begleitet uns seit Anfang des Jahres. Anstatt kollektiv und kommunikativ nach Lösungen für die selbst verschuldete Notsituation zu suchen, zerschlagen Sie weiter und weiter Porzellan und tragen damit Mitverantwortung dafür, dass sich die feindliche Stimmung an zahlreichen Orten erst richtig aufschwingen kann.

Ein fairer Informationsverlauf und ein funktionierendes Kommunikationskonzept könnten dazu beitragen, dass

vor Ort vor allem von jenen Vorbereitungen getroffen werden können, die der Unterstützung von zuflucht- und schutzsuchenden Menschen positiv bzw. offen gegenüberstehen; und nicht nur das: Mit einem kooperativen und transparenten Ansatz könnten möglicherweise auch bessere Unterbringungsvarianten gefunden werden, als wir sie jetzt im gesamten Land aus dem Boden schießen sehen; denn was wir mit Blick auf die Zustände in den Erstaufnahme-Interims wahrnehmen müssen, macht betroffen und wütend. Wir haben uns das im Sommer verschiedentlich angesehen.

Zu teilweise mehreren Hundert Menschen müssen die Geflüchteten in Zelten, Turnhallen und leer stehenden Baumärkten hausen, unter fragwürdigen hygienischen Bedingungen, ohne adäquate medizinische Versorgung, ohne notwendige soziale oder psychologische Betreuung, derer viele von ihnen bedürfen, und hinzu kommt: ohne Information und Orientierung, was eigentlich in den folgenden Tagen und Wochen mit ihrem Asylantrag geschieht, was eigentlich in Deutschland geschieht und wie das hier funktioniert. Das ist eine Situation, in die die Menschen geraten, die wirklich nicht beneidenswert ist.

Zu allem Überfluss wird die reine Notbetreuung der Interims – ich kann aus Leipzig ein Lied davon singen – zu einem nicht unwesentlichen Teil ehrenamtlich geleistet, auch wenn später Verträge kommen, bei den Johannitern jetzt nach ungefähr einem Monat. Vor dem Hintergrund dieser fatalen Situation – man muss auch einmal die Perspektive der Menschen einnehmen, die dort auf den Feldbetten nebeneinanderliegen – und des Unsicherheitsgefühls, das im Hinblick auf Heidenau in den Menschen schwelt, halte ich – dies ist auch an Herrn Hartmann gerichtet – zivilen Ungehorsam von 50 Geflüchteten, wie es in Leipzig geschehen ist, für mehr als berechtigt.

(Beifall bei den LINKEN –
Oh-Rufe von der CDU)

Sehr geehrte Herren Ministerpräsident und Innenminister! Diese Zustände wollen wir nicht länger dulden. Wir fördern Sie nachdrücklich auf, für geregelte und die Menschenwürde respektierende Aufnahmebedingungen und Abläufe zu sorgen. Die Menschen, um die es hier geht, sind keine reine Verschiebemasse. Sie sind keine reinen Zahlen, die man von Zelten in Chemnitz in eine Riesenturnhalle in Leipzig oder einen Baumarkt nach Heidenau und wieder zurück nach Chemnitz hin und her schieben kann. Es sind individuelle Menschen mit individuellen Geschichten und Bedürfnissen. Viele davon sind schutzbedürftig.

Wenn wir beispielsweise auf unserer Willkommenstour, die wir als Linksfraktion seit März 2015 durch das Land machen, in einer Unterkunft im Erzgebirge auf einen jungen Mann auf Syrien treffen, der gehbehindert ist und ohne Rollstuhl und ohne Vermerk der ZAB für den Landkreis in eine nicht barrierefreie Einrichtung kommt, oder in Schneeberg in einer Außenstelle von Chemnitz einer Familie mit einem behinderten Kind begegnen, die

bereits seit einem Jahr in Schneeberg wohnen muss, ohne dass ihre Zukunft klar ist und ohne dass mit ihnen ausreichend kommuniziert wird, dann wird das behördliche Versagen sehr plastisch.

Um zu unserem Antrag zu kommen: Wir danken natürlich auch den vielen Ehrenamtlichen; darüber sind heute berechtigterweise bereits viele Worte verloren worden. Aber, meine Damen und Herren, eine Willkommenskultur zeigt sich nicht nur an der ehrenamtlichen Hilfe, der Spendenbereitschaft oder an Demonstrationen, sondern daran, wie wir den betroffenen Menschen auch institutionell Wege und Möglichkeiten eröffnen, hier anzukommen und dann auch an dieser Gesellschaft teilzuhaben. Dies ist nicht nur eine Frage von Rechten und Gesetzen. Sie sind wichtig, aber es ist auch eine Frage der Haltung in den Behörden.

Wenn einem traumatisierten jungen Mann aus Syrien die psychologische Behandlung verwehrt wird, weil sie ihm nach Asylbewerberleistungsgesetz nicht unbedingt zusteht, und die Sachbearbeiterin im zuständigen Sozialamt ihm einen Überweisungsschein verwehrt; wenn ein Ingenieur aus dem Nordirak, nachdem er sich via Internet selbst Deutsch beigebracht hat, ein freiwilliges Praktikum absolviert hat und bei einer Maschinenbaufirma aufgrund der Vorrangprüfung durch die Ausländerbehörde und die Arbeitsagentur keine Chance hat, angenommen zu werden; wenn eine werdende junge Mutter ohnmächtig die Abschiebung ihres Freundes und Kindsvaters miterleben muss, weil es keine Asylverfahrensberatung gibt und das Geld nicht für einen Rechtsanwalt reicht, wenn der Schulbesuch unmöglich ist, weil es an DaZ-Lehrer(inne)n mangelt, oder wenn der Zugang zur Kita verwehrt wird, weil die Familie angeblich eine unsichere Aufenthaltsperspektive hat, dann haben wir es mit einem Gemisch aus institutioneller Diskriminierung, Fehlplanung und Ressentiments in den Behörden zu tun. Dieses Gemisch bekommen geflüchtete Menschen in Sachsen tagtäglich zu spüren.

Wir sagen klar und deutlich: Das muss ein Ende haben. Wir werben dafür, unsere sächsische Gesellschaft so einzurichten, dass sich Zuflucht suchende Menschen hier ein neues Leben aufbauen können. Dafür sind mehr als Worte nötig. Wir haben viel vor uns, um unsere Strukturen neu auszurichten. Wir werden asylsuchende Menschen als Chance für dieses Land verstehen.

Es wurde von meinen Vorredner(inne)n bereits angesprochen: Erst jüngst verlautbarte die Bertelsmann Stiftung, dass die Bevölkerung Sachsens bis zum Jahr 2030 um 6 % schrumpfen wird. In den letzten 15 Jahren ging die Bevölkerung um fast eine halbe Million Menschen zurück. Was sind dagegen 12 000 Asylsuchende im letzten Jahr oder 40 000 Asylsuchende in diesem Jahr und in den folgenden Jahren auf diesem Niveau oder etwas höher? Von denen kann und will sowieso nur ein Teil bleiben. Wir haben die Chance, sie in unserer Gesellschaft aufzunehmen und damit sozusagen unsere Lücken zu füllen.

Sachsen belegt in Bezug auf den Anteil von Migranten an der Bevölkerung bundesweit Platz 12. Der Großteil von Migranten ohne deutschen Pass stammt aus Staaten der Europäischen Union. So oder so sind wir quasi ein Entwicklungsland, was die Öffnung in die Welt betrifft.

Da wir heute bereits zu unserer Haltung – wir wollten jeden nehmen – belehrt wurden, kann ich nur sagen: Ja, wir haben einen grundlegenden Dissens. Ich schaue vor allem zur CDU, aber auch zur AfD.

Wir kritisieren die bestehende Asylgesetzgebung, weil sie Asyl nur noch für einen verschwindend geringen Teil der Geflohenen möglich macht, zum Beispiel nicht für die diskriminierten Minderheiten aus den Westbalkanstaaten. Wir als LINKE stehen für eine Wiederherstellung des Asylrechts und dafür, dass alternative niedrigschwellige Zugangswege nach Deutschland geschaffen werden, und zwar nicht nur für Eliten, sondern auch für Bildung, Ausbildung und Arbeitsmöglichkeiten auf einem anderen Niveau, als es zum Beispiel die Blue Card vorsieht.

Welcher rationale Grund steht diesem Ansatz entgegen? Was wollen Sie bewahren? Wovor haben Sie Angst? Sehr geehrte Damen und Herren, die Zeit der Abschottung muss vorbei sein!

Mit unserem Antrag wollen wir die aktuelle Situation vom Kopf auf die Füße stellen bzw. dazu beitragen, dies zu tun. Wir wollen ein Gesamtkonzept, das Aufnahme-, Unterbringungs- sowie Asylverfahrens- und Kommunikationsabläufe genauso umfasst wie die Sicherung der Menschenwürde und die Teilhabe der geflüchteten Menschen. Es geht um eine auskömmliche Ausstattung der Kommunen, um diese Aufgabe zu erfüllen – wir haben es bereits in den Haushaltsberatungen angesprochen – sowie last, but not least um ein entschlossenes gemeinsames Vorgehen gegen Rassismus – und das nicht nur mit Worten in diesem Hohen Haus.

Abschließend noch eines: Wir wollen keine Sonderbehandlung für geflohene und Asyl suchende Menschen. Wir wollen, dass diese Menschen hier ein gleichberechtigtes und sicheres Leben inmitten unserer Gesellschaft führen können. Dafür werden wir einstehen – in diesem Hohen Hause, im Alltag und auf der Straße.

Vielen Dank.

(Beifall bei den LINKEN)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombos: Für die CDU-Fraktion Herr Abg. Michel, bitte.

Jens Michel, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Aus guten Gründen debattieren wir heute über die Gesamtaufgabe Asyl. Die Bezeichnung „Gesamtaufgabe“ verdeutlicht auch die Breite der vielen Bereiche und die Breite der vielfältigen Herausforderungen, die auf uns zukommen.

Grundsätzlich gilt: Bei allen Anstrengungen steht zuerst die humanitäre Hilfe und die existenzielle Grundversor-

gung der zu uns Kommenden im Vordergrund. An dieser Stelle möchte ich den Dank der CDU-Fraktion sowohl den ehrenamtlichen Helfern als auch den Mitarbeitern der Staatsverwaltung für ihren Einsatz übermitteln. Besonders bedanken möchte ich mich auch bei den Mitarbeitern im Finanzministerium und des Sächsischen Immobilien- und Baumanagements; denn sie haben es im Moment besonders schwer beim Aufbau der Erstaufnahmeeinrichtungen.

Egal, wo sie hinkommen: Selbst wenn sie nach Unterbringungsmöglichkeiten für die neuen Polizeischüler suchen – in der Phase der allgemeinen Aufgeregtheit werden sie vor Ort mit den vielfältigsten Fragen und ablehnenden Haltungen konfrontiert. Diesbezüglich wünsche ich mir von den Bürgerinnen und Bürgern wirklich mehr Gelassenheit.

Selbstverständlich haben die Menschen in Sachsen gegenwärtig viele Fragen. Es beginnt mit dem Punkt, ob die Erstaufnahmeeinrichtung in ihrer Nachbarschaft gebaut wird, und geht bis zur Frage, wie lange und in welcher Heftigkeit der Zustrom der Hilfesuchenden nach Deutschland und nach Sachsen anhält.

Wir alle werden akzeptieren müssen, dass nicht alles von heute auf morgen zu regeln ist und dass es Phasen der Lösungsfindung gibt. Letztendlich kulminiert alles immer wieder in der Frage, wer die Kosten trägt und wie lange es durchzuhalten ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Über Geld wird bei humanitären Fragen nicht zuerst gesprochen. Menschenwürde darf nicht vom Geld abhängen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Doch ist es auch legitim, wenn Menschen nach den Kosten fragen. Es muss uns als Politiker gelingen, dafür Akzeptanz herzustellen. Die Akzeptanz in der Bevölkerung für die Unterbringung der Hilfesuchenden insgesamt hängt auch von dem Umgang mit der Frage nach den Kosten ab.

Auch dabei sind wir als Legislative momentan nicht zuvorderst im Fokus. Hier sind die Entscheider auf allen Ebenen der Exekutive nicht zu beneiden. Einerseits sind ausreichend Mittel zur Flüchtlingsunterbringung und zur Gewährleistung der Sicherheit bereitzustellen, andererseits ist trotzdem auf eine Kostenstruktur zu achten.

Auch wenn momentan eher die Stunde der Exekutive schlägt: Uns kommt als Kommunikatoren im Land eine wichtige Rolle zu. Diese bitte ich ernsthaft mit auszufüllen. Deshalb, meine Damen und Herren, schauen wir uns einmal die Faktenlage an:

Fakt ist, dass der Haushaltsplan für die Jahre 2015/2016 mit der Planungsgrundlage von 15 300 neuen Flüchtlingen vor einem Jahr verabschiedet wurde. Im Haushaltsplan sind das bisher 1,3 % der Ausgaben für Asyl.

Die jüngste BAMF-Prognose für Sachsen geht nunmehr von mehr als 40 000 Flüchtlingen aus, ganz abgesehen von den Beschlüssen des Kabinetts zur Schaffung weiterer Kapazitäten für die Erstaufnahmeeinrichtungen, deren

Betrieb von Leistungen nach dem FlüAG-Gesetz an die Kommunen. Die Ausgaben werden also anteilig steigen.

Was erwartet uns insgesamt in finanzieller Hinsicht? Die Staatsregierung ermittelt noch die genaue Prognose. Die „FAZ“ schreibt am 20.08.: pauschal für Deutschland Asylbewerberkosten bis zu 10 Milliarden Euro. So hoch, wie die Zeitung die Ausgaben schätzt mit einer Multiplikation aus Pauschalen und Prognosen, kommt man mit dem Königsteiner Schlüssel für Sachsen auf rund 500 Millionen Euro. Noch nicht enthalten sind in dieser Summe die Ausgaben für Integration, für die Errichtung von Erstaufnahmeeinrichtungen und die Ausgaben für unbegleitete minderjährige Ausländer.

Ich persönlich schätze allein aus der Hochrechnung der Steigerung der Flüchtlingszahlen, der dementsprechend höheren Ansprüche der Kommunen aus dem FlüAG, dass Sachsen mindestens 3 % seines Haushaltsvolumens in Höhe von 17 Milliarden Euro für dieses Thema aufwenden muss. Das ist aus meiner Sicht in den anderen Bundesländern auch nicht anders; die Tendenz ist eher steigend.

Das kann der Freistaat Sachsen aufgrund der organisatorischen Verantwortungsstruktur, was eigentlich dem Bund anzulastende Kosten sind, vorfinanzieren und dabei trotzdem die im Haushalt 2015/2016 festgeschriebenen Ausgabenvorhaben unbeeinträchtigt fortsetzen. Es ist unsere Aufgabe, das zu kommunizieren.

Es ist aber auch unsere Aufgabe, den Bund mit in die Pflicht zu nehmen. Wer für Europa und für Außenpolitik sowie für Asylverfahren zuständig ist, muss auch die finanziellen Lasten tragen. Dem Bund ist dabei zu empfehlen, sich zeitnah mit der Europäischen Kommission auseinanderzusetzen; denn die EU kann sich nicht nur für die Krümmung von Gurken und für Glühbirnen zuständig fühlen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Soweit mir bekannt ist, wird sich Ende des Monats der entscheidende Bund-Länder-Gipfel zum Thema Asyl zusammenfinden. Aus meiner Sicht ist es abzulehnen, dass die gegenwärtig diskutierte Änderung des Grundgesetzes und die Einführung der Direktzahlung des Bundes an die Kommunen eine Mehrheit findet. Hier will sich der Bund aus der Verantwortung stehlen; denn die Bundesländer und die Kommunen sind eine Einheit, weil die Kostenstruktur von der Erstaufnahme bis hin zur Aufnahme in Schulen und Universitäten reicht.

Gerade weil Land und Kommunen eine Einheit bilden, hat die Staatsregierung unmittelbar nach der neuen Prognose der Bundesregierung zur Anzahl der Flüchtlinge mit den kommunalen Spitzenverbänden ein Sofortprogramm in Höhe von 60 Millionen Euro vereinbart. Neben der Erhöhung der FlüAG-Pauschale nach dem gemeinsamen Gutachten und der erhöhten Investitionspauschale neben weiteren Punkten zur kommunalen Unterstützung kommt dies hinzu. Deshalb sind wir mit der kommunalen Familie ständig im Gespräch, wie es auch der Ministerpräsident vorhin schon ausgeführt hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Schließlich ein paar Worte zu der Frage, ob ein Nachtragshaushalt notwendig wird. Aus meiner Sicht ist das zum jetzigen Zeitpunkt nicht angezeigt. Die entsprechenden Haushaltstitel sind in der Regel schon vorhanden. In Artikel 96 der Sächsischen Verfassung ist vorgesehen, dass im Falle unvorhergesehener und unabweisbarer Bedürfnisse die Staatsregierung über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungen tätigen darf. Im Übrigen regelt § 37 Sächsische Haushaltsordnung, dass es eines Nachtragshaushaltes nicht bedarf, wenn Rechtsverpflichtungen zu erfüllen sind. Asylrecht und FlüAG bilden die Rechtsverpflichtungen.

Aus diesem Grund bin ich der Meinung, grundsätzlich ist das Handwerkszeug für die Lösung der vor uns stehenden Aufgaben im Haushaltsvollzug vorhanden. Der Sächsische Landtag muss die Ausgaben dann aber nachträglich genehmigen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin davon überzeugt, dass wir bis zum Einsetzen der Hilfe des Bundes durch haushaltswirtschaftliche Steuerungsmaßnahmen in der gebotenen Kurzfristigkeit die Mehrausgaben für eine Überbrückungsfinanzierung tätigen können, ohne dass die laufenden Projekte und Investitionsmaßnahmen oder die Einstellung von Lehrern beeinträchtigt werden. Auch das ist ein Ergebnis der bisherigen guten sächsischen Finanzpolitik.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie uns deshalb alle gemeinsam diese große Gesamtaufgabe so meistern, dass sowohl im Heute als auch im Morgen für alteingesessene Sachsen und neu hinzukommende Sachsen gute Perspektiven bestehen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der CDU, der SPD
und der Staatsregierung)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombos: Die SPD-Fraktion, bitte; Herr Abg. Homann.

Henning Homann, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als am Freitag, dem 21. August, mein Handy klingelte, war ich gerade auf dem Rückweg vom letzten Termin meiner Sommertour. Ich hatte mir mit Absicht ein ganzes Wochenende freigegeben, um vor dem Start ins neue Parlamentsjahr noch einmal durchzuatmen.

Ein Bekannter erzählte mir, dass er in Heidenau sei und dort eine Demonstration mit Tausend Teilnehmern der NPD stattgefunden habe, von der sich der größte Teil zur Erstaufnahmeeinrichtung aufgemacht hätte. Erste Steine und Böller würden auf die Polizei fliegen und eine Mischung aus Neonazis und sogenannten besorgten Bürgern würde versuchen, die Straße zu der neu geschaffenen Erstaufnahmeeinrichtung zu blockieren. Die Polizei sei nur mit 100 Einsatzkräften vor Ort und könne die Sicherheit weder vor Ort noch bei der Abreise gewährleisten.

Ich habe mich dann auf den Weg nach Heidenau gemacht. Um ehrlich zu sein, der Tag war sowieso schon nicht so gut. Deshalb habe ich gedacht: Fahren wir nach Heidenau. Ich musste unmittelbar miterleben, wie aus einer Gruppe von 600 bis 700 Menschen – darunter eindeutige Neonazis, auch aus dem Umfeld der früheren SSS, aber auch normal erscheinende Bürgerinnen und Bürger, Familien mit Kindern, Seniorinnen und Senioren – die Polizei um 22 Uhr angegriffen wurde. Mit Steinen, Flaschen, Knüppeln, Sprengkörpern haben sie die Verletzungen der Polizei nicht nur in Kauf genommen, nein, sie wollten sie bewusst herbeiführen. Viele der Neonazis waren noch schwerer bewaffnet. Ich habe selbst gesehen, wie ein Polizist einem Neonazi ein fast 20 Zentimeter langes Messer abgenommen hat.

Das Ziel dieser Gruppe, dieses Mobs – wie man es auch immer nennen mag – war klar: Sie wollten mit aller Macht den Einzug der Asylsuchenden in die Erstaufnahmeeinrichtung verhindern und Angst und Schrecken verbreiten. Ich habe eine solche Wut, einen solchen Hass schon seit Mitte der Neunzigerjahre nicht mehr erlebt. Die Polizistinnen und Polizisten, die dort in der ersten Reihe im Einsatz waren, haben ihre Gesundheit aufs Spiel setzen müssen. Dass über 30 Polizisten bei diesem Einsatz verletzt wurden, zeigt den enormen Hass und die enorme Gewalt.

Ich weiß, dass Landtagsabgeordnete, die genauer hinschauen, manchmal bei Polizeieinsätzen auch im Weg stehen können. Ich war aber froh, an diesem Tag dort zu sein. Den Beamtinnen und Beamten, die an diesem Wochenende im Einsatz waren, aber insbesondere denen, die dort an diesem Freitag, um es auf Deutsch zu sagen, den Arsch hingehalten haben – entschuldigen Sie, Frau Präsidentin –, möchte ich an dieser Stelle einmal ganz herzlich danken. An diesem Abend wurde ein wichtiger Beitrag dafür geleistet, dass es nicht noch schlimmer gekommen ist, denn das wäre möglich gewesen.

(Beifall bei der SPD, der CDU,
den LINKEN und den GRÜNEN)

Das Ziel der Neonazis geht aber über Heidenau hinaus. Es geht darum, das Gewaltmonopol des Staates infrage zu stellen, ein Klima der Angst für die Flüchtlinge zu schaffen und auch die Helferinnen und Helfer einzuschüchtern. Diese Konzepte sind nicht neu. Das alles war schon formuliert im Konzept der national befreiten Zonen, das in den Neunzigerjahren durchgesetzt werden sollte. Auch hier wird wieder mit der Hilfe brutalster Gewalt versucht, ein gesellschaftliches Klima zu prägen, das Rückzugsräume und Handlungsräume für Neonazis schafft, und jene einzuschüchtern, die gegen sie vorgehen und sich dieser Herausforderung stellen wollen.

Wir müssen hier dagegenhalten. Das Gewaltmonopol des Staates darf nicht zur Debatte stehen. Wir dürfen es nicht zulassen, dass ein Klima der Angst entsteht; denn genau das ist das Ziel, das die Neonazis mit ihren Aktionen verfolgen.

Deshalb war das Willkommensfest in Heidenau am letzten Freitag ein wichtiges Zeichen. Ich bedanke mich bei allen, die dabei geholfen haben, dass es stattfinden konnte. In diesen Dank schließe ich den Innenminister ausdrücklich ein. Dieses Willkommensfest war in vielerlei Hinsicht ein wichtiges Zeichen.

Als Erstes war es wichtig, weil man feststellen konnte, dass unser Rechtsstaat funktioniert. Zum Zweiten war es ein Zeichen nach außen, an die Menschen in unserem Land, dass es auch ein Sachsen gibt, dass es ein Heidenau gibt, das Flüchtlinge willkommen heißt. Drittens war es ein Zeichen nach innen, und das war, wie ich finde, das Wichtigste.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es war ein Zeichen an die Flüchtlinge in dieser Unterkunft, die ein Wochenende lang draußen gewalttätige Szenen miterlebt haben, wobei ihnen nicht entgangen sein konnte, dass sie damit gemeint sind.

Meine Damen und Herren! Natürlich müssen wir gegen diese Neonazis entschieden vorgehen. Ich bin mir sicher, dass wir mit diesem Antrag einen wichtigen Meilenstein nehmen, um mehr bei Polizei, Staatsanwaltschaft und Richtern zu machen, aber wir müssen uns auch auf das konzentrieren, was ebenso wichtig ist: Das ist die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen und Asylsuchenden in Sachsen.

Die ersten Schritte dazu haben wir gemacht, im Parlament, im Haushalt, im Kabinett. Die Staatsregierung hat den Ausbau der Erstaufnahmeeinrichtungen beschlossen. Das ist sehr wichtig, denn eigentlich hätte es die Zeltstädte nie geben dürfen. Aber jetzt sind sie da. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, dass spätestens im Oktober diese Zeltstädte aufgelöst werden.

Ich möchte noch einen zweiten Punkt hinzufügen: Wir dürfen unsere Augen nicht nur auf das richten, was vor den Einrichtungen stattfindet, sondern auch auf das, was in den Einrichtungen stattfindet; denn da leben Menschen. Das sind Menschen wie Helin, ein achtjähriges Mädchen aus Syrien, das über drei Monate lang mit ihren Eltern und ihrem Onkel vor dem schrecklichen Bürgerkrieg aus ihrer Heimat in Syrien geflohen ist. An der Grenze zwischen dem Nordirak und der Türkei hat sie ihre Eltern verloren; sie sind verschollen, ihr Schicksal ist ungeklärt. So bleibt ihr lediglich ihr Onkel. Helin lebt seit über einer Woche in der Erstaufnahmeeinrichtung in Heidenau, in einem Saal mit 600 anderen Menschen. Sie kann nicht schlafen, denn sie hat Angst vor der angespannten Situation in dem Saal. Sie kann nicht schlafen, denn sie fühlt sich nicht sicher aufgrund der Aggression und der unsicheren Lage vor der Einrichtung.

Helin ist nur eines von mindestens 50 Kindern in der Erstaufnahmeeinrichtung in Heidenau und wahrscheinlich eines von Hunderten in den Erstaufnahmeeinrichtungen in ganz Sachsen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte lassen Sie uns alles dafür tun, dass zumindest die Kinder und Familien so

schnell wie möglich aus diesen Massenunterkünften herausgeholt werden können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit diesem Appell möchte ich schließen, auch wenn ich eigentlich noch viel auf dem Zettel habe, aber ich habe meiner Nachrednerin schon jetzt viel von ihrer Zeit weggenommen.

In diesem Sinne vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD, den LINKEN und den GRÜNEN)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Für die AfD Herr Abg. Barth.

André Barth, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Drei Viertel aller Deutschen sind grundsätzlich bereit, Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen. Zwei Drittel der Deutschen sind jedoch zukünftig nicht bereit, weitere Wirtschaftsflüchtlinge aufzunehmen. Ich gebe zu, diese Unterscheidung, die hier in der Umfrage getroffen wird, ist relativ undifferenziert und gibt den grundsätzlichen Sachverhalt nicht aufschlussreich wieder.

Meine Damen und Herren von GRÜNEN und LINKEN, Ihr Antrag kennt diese Unterscheidung ebenfalls nicht und ist in dieser Hinsicht bereits als undifferenziert abzulehnen. Doch schauen wir uns Ihren Antrag im Detail an.

Unter Punkt 1 fordern Sie eine bessere Struktur und „optimalere“ Abläufe. Mit dieser Zielrichtung hatte die AfD-Fraktion im Dezember-Plenum 2014 einen Antrag eingebracht – Herr Urban hatte dies schon ausgeführt –, die Personalstellen beim BAMF um 20 Vollzeitstellen zu erhöhen und 12 zusätzliche Richterstellen an den Verwaltungsgerichten zu schaffen, um die Asylverfahren schneller bearbeiten zu können. In der Plenarsitzung wehte uns ein Sturm der Entrüstung entgegen. Herr Schollbach nannte mich einen „Brandstifter Biedermann“, wenn ich mich noch recht erinnere, und der Antrag sei ohnehin populistisch und unnötig sowieso.

Ich habe heute hier an anderer Stelle gehört, es sind Fehler gemacht worden hinsichtlich der Prognosen. Ich möchte darauf jetzt nicht weiter eingehen.

Am 7. Juli dieses Jahres erreichte die Mitglieder des Haushalts- und Finanzausschusses ein Schreiben des Finanzministers. Die Staatsregierung plante darin die Einrichtung von 50 neuen Stellen bei der Landesverwaltung des BAMF sowie von 20 neuen Richter- und sechs Justizsekretärsstellen an den Verwaltungsgerichten. Interessant an diesem Schreiben war eine Anlage des Justizministeriums, aus der sich auf Seite 3 entnehmen ließ, dass die Staatsregierung sozusagen still und leise seit Mai 2014 bereits zehn Richterstellen durch Umsetzung beim Verwaltungsgericht geschaffen hatte. Wortwörtlich heißt es dort, „indem Richter und Staatsanwälte von unterbesetzten Gerichten abgeordnet“ worden seien.

Herzlichen Glückwunsch, meine Damen und Herren, liebe CDU! Von der AfD lernen heißt siegen lernen!

(Beifall bei der AfD – Allgemeines Raunen und leichte Heiterkeit)

Man nehme einen Antrag der AfD-Fraktion, warte sieben Monate, verdopple die Zahlen – so macht die Koalition erfolgreiche Politik im Freistaat.

Das alles hätten Sie auch deutlich eher haben können, wenn Sie im Dezember unserem Antrag zugestimmt hätten. Der Antragsstau in Sachsen hätte dann etwas geringere Ausmaße angenommen.

Meine Damen und Herren von der sächsischen CDU, uns ist ja bewusst, dass einige von Ihnen gern anders würden, wenn sie denn dürften. Der Koalitionsfrieden verbietet Ihnen das aber offensichtlich.

In Punkt 2 des Antrages fordern LINKE und GRÜNE gute Unterbringung, gesundheitliche Versorgung und individuelle Betreuung von Asylsuchenden.

Meine Damen und Herren, all das wäre finanziell und logistisch problemlos möglich, wenn abgelehnte Asylbewerber im Freistaat konsequent abgeschoben würden. Die Betroffenheitsrhetorik und Forderungen nach einem Bleiberecht für alle sind dabei kontraproduktiv. Die lasche Abschiebepaxis vor allem in anderen Bundesländern – Stichwort: Winterabschiebestopp –, aber auch in Sachsen – Abschiebungen 2013 1 209 und 2014 1 039; ich kann die Zahlen nicht oft genug wiederholen – führt dazu, dass die finanziellen, logistischen und personellen Ressourcen für diejenigen fehlen, die wirklich Hilfe benötigen.

Meine Damen und Herren, halten Sie sich einmal vor Augen: Mehr als 4 500 abgelehnte Asylbewerber leben in Sachsen. Rein mathematisch könnte man also die Zeltstadt an der Bremer Straße viermal räumen und die Asylbewerber in feste Unterkünfte verbringen.

In Punkt 3 fordern Sie faire und zügige Asylverfahren bei gleichzeitiger Vereinbarung von Bleiberechtsregelungen. Im Klartext: Das Asylverfahren soll fair und schnell sein, aber es sollen alle bleiben dürfen. Frau Nagel erwähnte dies vorhin.

Entweder, meine Damen und Herren, wir führen die Verfahren fair durch, halten uns also an Recht und Gesetz – dann kann es aber auch kein Bleiberecht für alle geben –; oder aber wir räumen allen Antragstellern ein Bleiberecht ein – dann kann von keinem fairen Asylverfahren mehr die Rede sein. Die AfD-Fraktion sagt klar, dass wir für faire und möglichst schnelle Asylverfahren sind. Das beinhaltet aber auch den Vollzug bei negativem Bescheid des Asylantrages, denn ein Rechtsstaat, der nicht mehr vollzieht, ist kein Rechtsstaat mehr. Nur so können wir garantieren, dass unsere Ressourcen ausreichen, um den wirklich berechtigten Asylbewerbern zu helfen.

In Ihrer Antragsbegründung schreiben Sie einerseits von Asylbewerbern und Flüchtlingen und gebrauchen in demselben Gedankengut das Wort des „Einwanderungslandes“, um schließlich von „Weltoffenheit, Toleranz und

Integration“ zu sprechen. Dass einige Bürger nicht in der Lage sind, zwischen Asylbewerbern, Flüchtlingen und Einwanderern klar zu unterscheiden, liegt auch daran, dass die Medien diesen Unterschied nicht transportieren und alles in einen Topf werfen.

Wenn aber Politiker, die sich in der Materie auskennen sollten, ebenfalls nicht differenzieren – wie Sie, meine Damen und Herren, in Ihrem Antrag –, dann tun sie das ganz bewusst. Zu einer sachorientierten Debatte tragen Sie somit nicht bei – zu einer Lösung des Problems erst recht nicht.

Sie sprechen weiter von einem friedlichen und von gegenseitiger Achtung geprägten Miteinander. Die AfD-Fraktion verurteilt auch klar und in aller Deutlichkeit Gewalttaten gegen Asylbewerber und Sachbeschädigung an Asylbewerberheimen. Wir verwahren uns jedoch gleichzeitig dagegen, Gewalttäter und friedlich demonstrierende Bürger in einen Topf zu werfen und pauschal als „Pack“ zu bezeichnen.

(Valentin Lippmann, GRÜNE: Was ist mit denen, die klatschen, wenn einer Böller wirft?!)

So sieht ein von gegenseitiger Achtung geprägtes Miteinander aus unserer Sicht nicht aus. Wir bekennen uns auch klar zum Grundrecht auf Versammlungsfreiheit. Ich persönlich habe Verständnis für jeden Bürger, der dieses Recht wahrnimmt. Aus Sicht der AfD-Fraktion ist der Protest vor den Unterkünften der Asylbewerber jedoch an der falschen Stelle. Wichtiger wäre es, den Protest vor die Institutionen zu tragen, die die verfehlte Asylpolitik zu verantworten haben – so wie es die AfD mit ihrer Demonstration vor der Staatskanzlei getan hat. Das, meine Damen und Herren, rechtfertigt jedoch noch lange nicht, dass sich die Demonstranten beschimpfen lassen müssen.

Sie schreiben weiter von Solidarität zwischen den EU-Mitgliedsstaaten – ein sehr guter Vorschlag. Wenn Polen in einem Jahr etwa so viele Flüchtlinge aufnimmt wie die Landeshauptstadt Dresden monatlich, während in Heidenau derzeit mehr Flüchtlinge leben als in der gesamten Tschechischen Republik, kann aber von Solidarität zwischen den Staaten keine Rede mehr sein.

Hier muss auf europäischer Ebene – wie heute bereits mehrfach angesprochen – nachgebessert werden. Es ist der Bevölkerung nicht mehr zu vermitteln, dass Deutschland die Hauptlast in Europa trägt, während die Slowakei beispielsweise ablehnt, weitere islamische Asylbewerber aufzunehmen, und die sonstige Aufnahmekapazität auf insgesamt 200 beschränkt hat. Angesichts der Vorkommnisse in Suhl, als ein Afghane wegen seines Glaubens unter aller Allah akhbar-Rufen von Muslimen angegriffen wurde, ist es nicht weiter verwunderlich, dass die Skepsis in der Bevölkerung steigt.

Was passiert, meine Damen und Herren, wenn genau diese Asylbewerber dann die zentrale Erstaufnahmeeinrichtung verlassen und dezentral untergebracht werden? Werden dann in der Zukunft die Christen in Deutschland auch wegen ihres Glaubens verfolgt werden?

(Eva Jähnigen, GRÜNE: Jetzt reicht es aber! Wo leben Sie denn?)

Meine Damen und Herren! Was wir beim Asyl brauchen, ist eine offene Debatte, die strikte Umsetzung von Recht und Gesetz. Was wir nicht brauchen, sind Stigmatisierungen, Beschneidungen der Diskussionskultur und Anträge wie von den GRÜNEN und LINKEN.

(Zurufe von den LINKEN und den GRÜNEN)

Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Herr Lippmann spricht für die Fraktion GRÜNE, bitte.

Valentin Lippmann, GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich beginne meinen Redebeitrag zu den Sicherheitsaspekten mit einem Dank an Sie, Herr Innenminister, mit einem Dank dafür, dass Sie in Ihrer Erklärung vorhin das Willkommensfest und die friedlichen Demonstrationen am Wochenende ausdrücklich gelobt haben. Sie loben damit jene Organisatoren und Organisationen in Sachsen, die teilweise über Jahre hinweg kriminalisiert und verunglimpft wurden und nun das Willkommensfest und die Demo am Samstag ausgerichtet haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist ein deutliches Zeichen Ihrerseits, vielleicht ein Zeichen der späten Einsicht, aber auch ein Zeichen, wie groß die Herausforderungen sind, vor denen wir hier stehen. Herr Staatsminister, wenn ich Sie höre, ist mir klar, dass Sie derzeit mit Ihrem Ministerium mit dem Rücken zur Wand stehen. In Ihr Ressort fällt die große Aufgabe, Tausende von Flüchtlingen in Sachsen menschenwürdig unterzubringen und zu versorgen. Keiner ist der Meinung, dass das eine leichte Aufgabe ist. In Ihr Ressort fällt aber auch, sich um die Sicherheit der Flüchtlinge zu kümmern und diese zu gewährleisten. In diesem Punkt, Herr Minister, erleben wir allerdings ein umfassendes Versagen.

Die ureigenste Aufgabe des Staates und seine eigentliche Ordnungsbegründung ist der Schutz von Mensch und Eigentum. Ein Staat, der diese Aufgabe nicht mehr vollumfänglich erfüllen kann, versagt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir waren diesem Versagen in den letzten Wochen näher, als wir dachten.

Meine Damen und Herren! Wir befinden uns in Sachsen nach meiner Auffassung mittlerweile in einem Endspiel um das staatliche Gewaltmonopol. Das klingt hart, aber als nichts anderes lässt es sich beschreiben, wenn es nicht mehr gelingt, Ausschreitungen marodierender Neonazis sofort zu unterbinden, die Täter festzunehmen und zur Verantwortung zu ziehen, weil nicht ausreichend Polizeikräfte akquiriert werden konnten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Als nichts anderes lässt es sich beschreiben, wenn in Sachsen aufgrund unzureichender Polizeikräfte zum zweiten Mal innerhalb von nur sechs Monaten ein umfassendes Versammlungsverbot erlassen werden muss. Es gilt leider zu konstatieren: Durch den jahrelang fortgesetzten Stellenabbau bei der Polizei wurde nicht nur die Sicherheit im Freistaat Sachsen gefährdet, sondern faktisch auch der Rechtsstaat zu Tode gespart. Das ist die bittere Erkenntnis der letzten Wochen. An dieser Stelle, Herr Minister, hätte ich mir heute hier ein paar deutlichere Botschaften von Ihnen erwartet.

Unsere Kritik richtet sich nicht gegen einzelne Polizeibedienstete. Diese haben sich vorletzte Woche in Heidenau in deutlicher Unterzahl rechten Gewalttätern entgegengestellt und teils erhebliche Verletzungen davongetragen. Ihnen gilt mein ausdrücklicher Dank für ihren Einsatz und den Verletzten meine besten Genesungswünsche.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Kritik gilt einzig und allein Ihnen, Herr Innenminister, und der CDU, die eine solche Situation über Jahre hinweg erst herbeigeführt haben, durch den Stellenabbau bei der Polizei und durch ein falsch gemeintes Verständnis für vermeintlich besorgte Bürger, die dann eine Symbiose mit gewalttätigen Neonazis in Heidenau eingegangen sind. Herr Hartmann, ich widerspreche Ihnen dezidiert: Die Probleme sind hausgemacht. Das gilt es zu konstatieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Minister, ich finde es ein klein wenig unredlich, wenn Sie heute so tun, als wären Sie der weiße Ritter gewesen, der das Willkommensfest erst ermöglicht hat. Ihren persönlichen Einsatz in der Frage möchte ich nicht schmälern und ihm durchaus Respekt zollen. Die Grundlage des Verbotes war aber die Gefahrenprognose und die Erklärung eines Notstandes durch die sächsische Polizei, die meines Wissens immer noch Ihrem Haus untersteht. Ohne den polizeilichen Notstand hätte es keiner Rettung des Willkommensfestes bedurft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Versammlungsrecht ist kein Schönwettergrundrecht, liebe Kolleginnen und Kollegen, und mit der alleinigen Durchführung des Willkommensfestes ist diese Debatte für uns nicht erledigt. Hier ist es zu einer erneuten massiven Grundrechtseinschränkung im Freistaat gekommen, und der Skandal einer erneuten Deklaration eines polizeilichen Notstandes in Sachsen bedarf einer umfassenden Aufarbeitung. Die schon mehrfach angesprochene Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes war eine Blamage par excellence mit Ansage für den Freistaat.

Wir brauchen jetzt nach unserer Überzeugung eine dringende gemeinsame politische Diskussion über die Einsatzfähigkeit der Polizei, und ich meine wirklich eine politische, weshalb ich mich auch nicht mit erneuten Verweisen auf die Fachkommission abspeisen lasse. Dazu

gehört ebenso eine Diskussion über Prioritäten bei Einsatzlagen im Bundesgebiet, Stichwort: Fußball. Eine solche Diskussion zu führen, Herr Minister, dafür hätten Sie unsere vollste Unterstützung. Und so traurig dies in einem demokratischen Rechtsstaat klingen mag: Wir brauchen unverzüglich ein Konzept zum vollständigen Schutz der Versammlungsfreiheit in Sachsen.

Neben der Polizei gilt es, sich auch mit einer anderen Behörde im Wirkungsbereich des Staatsministeriums des Innern auseinanderzusetzen. Wo war eigentlich in den letzten Monaten das Landesamt für Verfassungsschutz?

(Beifall bei den GRÜNEN – Lachen bei der CDU)

Uns gern von der CDU als große Monstranz vor sich hertragend als Notwendigkeit eines Elements der wehrhaften Demokratie dargestellt, konnten wir es in den letzten Wochen faktisch nicht vernehmen. Oder können Sie mir erklären, wieso die Behörde, die ein Frühwarnsystem sein soll, offenbar erst aufwacht, wenn die Böllerwürfe von Heidenau selbst in der Neuländer Straße in Dresden nicht mehr zu überhören sein dürften? Diese Disfunktionalität hat die Behörde wieder einmal eindrucksvoll bewiesen.

Kommen wir zum Thema Sicherung der Unterkünfte: Unseren Antrag zur Sicherung von Flüchtlingsunterkünften haben Sie, wertere Koalition, im letzten Plenum abgebugelt und abgelehnt. Herr Minister, Sie sagten damals, wir sind auf alle Eventualitäten hier vorbereitet. Er wäre unnötig. Nur wenige Wochen später, nach Freital, nach den Ausschreitungen vor dem Zeltlager in Dresden und nach Heidenau, hoffe ich, dass so mancher Politiker in der Koalition seine Ablehnung von damals überdenkt. Wir bleiben dabei: Es braucht ein umfassendes Sicherheitskonzept für Flüchtlingsunterkünfte in Sachsen, vor allem unmittelbar im Zusammenhang mit der Eröffnung derselben. Das hat Heidenau noch einmal eindrucksvoll gezeigt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist jetzt an der Zeit, darüber gemeinsam in diesem Hohen Haus noch einmal nachzudenken.

Sie, wertere Koalition, schlagen nun die Wiedereinführung der Wachpolizei als mögliche Lösung vor. Immerhin ein Vorschlag, wenn auch aus unserer Sicht kein guter.

(Zuruf von der CDU: Warum?)

Denken Sie ernsthaft, dass es eine gute Idee ist, Polizisten mit einer dreimonatigen Ausbildung ohne nennenswerte Demonstrationserfahrung in dieser brenzigen Situation vor Flüchtlingsunterkünften zu stellen? Ich halte das für mehr als gewagt. Zudem wissen Sie selbst, dass der erste Wachpolizist in circa einem Jahr einsatzfähig sein dürfte, wenn ich das normale parlamentarische Verfahren unterstelle. Wir haben aber jetzt hier die Probleme, die es zu lösen gilt.

(Alexander Krauß, CDU: Alternativen, bitte!)

Für uns ist klar, wir brauchen jetzt Lösungen.

(Alexander Krauß, CDU: Welche?)

Wir brauchen jetzt, Herr Minister, eine deutschlandweite Verständigung unter den Innenministern, wie man zukünftig auch im Rahmen der Einsatzlagen imstande ist, Flüchtlingsunterkünfte und die Bewältigung des Versammlungsgeschehens in diesem Zusammenhang sicherzustellen. Wenn wir diese Diskussion führen, haben Sie dafür, das sagte ich schon, Herr Minister, meine volle Unterstützung.

(Christian Hartmann, CDU, steht am Mikrofon.)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gestatten Sie noch eine Zwischenfrage? – Bitte, Herr Kollege Hartmann.

Christian Hartmann, CDU: Herzlichen Dank, Frau Präsidentin. Herzlichen Dank, Herr Kollege. Für mich ergibt sich eine Fragestellung. Erstens. Nehmen Sie zur Kenntnis, dass wir in der Umsetzung der sächsischen Wachpolizei zwischen 2002 und 2006 schon praktische Erfahrungen gesammelt haben?

Zweitens. Sie haben die Staatsregierung und die Koalition hinsichtlich des kurzfristigen polizeilichen Kräfteinsatzes kritisiert. Ich wäre dankbar, von Ihnen jetzt die konstruktiven umsetzbaren Vorschläge zu hören, –

(Eva Jähnigen, GRÜNE: Eine Frage! Eine Frage!)

– die kurzfristig dazu notwendig sind.

Danke.

(Beifall bei der CDU)

Valentin Lippmann, GRÜNE: Herr Hartmann, hätten Sie mir zugehört, dann hätten Sie der Rede zwei Elemente, die wir momentan als Lösung sehen, entnehmen können.

(Alexander Krauß, CDU:
Fass doch mal zusammen!)

Wir brauchen eine bundesweite Debatte, und ich möchte, dass wir sie vor allen Dingen vonseiten des Freistaates Sachsen führen.

Ich bin ja bei Ihnen, dass wir momentan nicht Polizisten von der Straße rekrutieren und das Problem lösen können. Da bin ich bei Ihnen. Wir brauchen eine bundesweite Debatte über die Priorisierung von Einsatzlagen in Deutschland mit allen Bundesländern. Es ist damit zu rechnen, dass wir in Sachsen nicht die Einzigen sein werden, die mittelfristig dieses Problem haben werden.

Von daher bin ich bereit, dass wir gemeinsam hier eine solche Debatte führen, um zukünftig auch zu sagen: Es ist dann wieder leichter. Da muss man sich auch die Frage stellen: Womit ist die Bundespolizei momentan beschäftigt? Wie sind Kräfte aus anderen Bundesländern auch kurzfristig zu akquirieren? Ich halte das für die ehrlichere und schnellere Antwort, als jetzt auf Wachpolizisten zu setzen.

(Zuruf des Staatsministers Markus Ulbig)

– Das ist eine Diskussion, die relativ schnell gehen dürfte. Die Wachpolizei braucht ein Jahr, Herr Minister.

Lassen Sie mich zum Schluss deutlich sagen: Unser aller Ziel muss es sein, dass wir die Ereignisse wie in Heidenau vorletztes Wochenende, aber auch ein weiteres umfassendes Versammlungsverbot in Sachsen nicht wieder erleben müssen.

Vielen Dank

(Beifall bei den GRÜNEN
und vereinzelt bei den LINKEN)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Wir gehen in die nächste Runde. Es beginnt wieder die Linksfraktion, Herr Abg. Stange.

Enrico Stange, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich eingangs etwas sagen, was mir persönlich auf der Seele brennt.

(Oh!-Rufe von der CDU)

Wenn der Herr Urban von der AfD hier ein Bild zeichnet von syrischen Flüchtlingen, jungen Männern – wenn ich das mal übersetzen darf, was er gesagt hat –, dann handelt es sich überwiegend um jugendliche, spätpubertierende, klauende, Drogen vertickende, vergewaltigende Muselmänner.

(Uwe Wurlitzer, AfD: Das hat er nicht gesagt!)

Wenn man das übersetzt – können Sie zuhören? –,

(Uwe Wurlitzer, AfD: Dann ist
Ihre Übersetzung völlig daneben!)

wenn man das so übersetzt, dann werden Sie Ihrer Rolle, die Sie in der Gesellschaft einnehmen wollen, tatsächlich gerecht.

(Uwe Wurlitzer, AfD: Wer
ist denn jetzt der Hetzer?)

Sie sind keine Saubermänner der AfD, sondern Sie sind Brandstifter in Nadelstreifen,

(Uwe Wurlitzer, AfD: Wunderbar!)

die Demonstrationen fordern und sich gegen den Rechtsstaat, gegen Gewaltlosigkeit und gegen eine aufnahmefähige Gesellschaft richten.

(Beifall bei den LINKEN und den GRÜNEN –
Carsten Hütter, AfD: Kümmern Sie sich
mal um den verlängerten Arm Ihrer Partei!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Äußerte sich dieser Hass bis vor einem Jahr eher unter der Hand und nur in besonders radikalisierten Kreisen der extremen Rechten, so bricht sich in den letzten Tagen dieser Hass nahezu ungezügelt Bahn. Aber so neu ist das alles auch nicht. Lichtelläufe 2013 in Schneeberg, die BI „Heidenau hört zu“ im Herbst 2014, diese beiden Wegmarken zeigen,

dass es wesentlich früher Handlungsbedarf in dieser Gesellschaft und mithin in unserem Staat gegeben hätte.

Mit dem Entstehen von Pegida, Legida und Co. hat die Innenministerkonferenz vor einer Instrumentalisierung der Ängste der Bürger durch das rechtspopulistische und rechtsextremistische Spektrum gewarnt. Aber noch immer geht das Landesamt für Verfassungsschutz von falschen Tatsachen aus, bewusst oder unbewusst.

Lassen Sie uns heute, sehr geehrter Herr Ministerpräsident – vorhin war er noch da –, sehr geehrter Herr Staatsminister, zum zweiten Mal klare Worte sagen und Klarheit zu einem Umstand vereinbaren. Sprechen wir künftig bei jenen, die Asylsuchende und Geflüchtete der Menschenwürde durch Hetze und Gewalt zu berauben versuchen und sie vertreiben wollen, nicht von Asylkritikern und besorgten Bürgern, sondern von fremdenfeindlichen, rassistischen und extremistischen Menschen in diesem Land, denn das sind sie.

Herr Kupfer, lassen Sie mich eins ins Stammbuch schreiben.

(Oh!-Rufe von der CDU)

Wenn Sie von ganz normalen Menschen sprechen, dann sage ich, ohne die, die Sie meinen, stigmatisieren zu wollen: In den Jahren von 1933 bis 1945 und auch danach

(Frank Kupfer, CDU: Sehr schön!)

ist man gemeinhin überrascht gewesen, was ganz normale liebevolle Familienväter und -mütter in den Lagern der Holocaustmaschinerie angestellt haben.

(Zuruf von der CDU: Was hat denn das
jetzt damit zu tun? – Zurufe von der CDU)

Ich will es ganz klar sagen: Hüten wir uns davor, als ganz normale Bürger zu bezeichnen, wer dem rasenden Mob schreiend, johlend und applaudierend hinterherläuft. Auch das sei ganz klar und deutlich gesagt.

(Beifall bei den LINKEN –
Uwe Wurlitzer, AfD: Wer ist
jetzt hier der Brandstifter?)

Die Eskalation in Heidenau ging nicht auf das Konto von Linksautonomen. Es war doch wohl eindeutig, wer den Rechtsstaat herausgefordert hat. Da gibt es nichts zu deuteln.

Kommen wir zum Thema Polizei.

Sehr geehrter Herr Staatsminister, die Polizei ist eigentlich das Organ, das das Gewaltmonopol des Staates innehat. Sie haben gestern Abend bei „Fakt ist“ und heute hier gesagt, die Aufgaben der Polizei hätten sich geändert. Der Laie staunt, der Kenner wundert sich, denn die Aufgaben zur Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit – was Ordnung in diesem Zusammenhang auch immer sein soll – haben sich nicht geändert. Es sind weder die vielen Demos, Fußballspiele oder anderen Großereignisse noch die Asylsuchenden und Geflüchteten, die die Polizei bis zur Handlungsunfähigkeit getrie-

ben haben. Das scheint nur vordergründig so. Es ist der Stellen- und Personalabbau der letzten Jahre, den Sie bis heute nicht gestoppt haben. Wenn Sie gestern Abend in besagter Sendung „Fakt ist“ tatsächlich davon gesprochen haben, dass beim Personalabbau nunmehr ein Nullstand erreicht sei, dann war eher der Wunsch der Vater des Gedanken.

Kollege Hartmann, mit 2 000 Beamten mehr, also dem Stand vor dem Abbau, hätten wir ganz anders dagestanden als jetzt. Auch das gehört der Ehrlichkeit wegen dazu.

Sollten Sie den Einstellungskorridor für den Polizeivollzugsdienst nicht weiter öffnen, werden Sie den Personalbestand von jetzt knapp 10 900 Beamten im Vollzugsdienst über einen kleinen Bauch von 11 190 im Jahr 2020 bis 2025 auf 11 090 entwickeln. Das sind gerade einmal 200 mehr als jetzt. Innerhalb von zehn Jahren ist das eine richtig tolle Leistung.

Nach meiner Auffassung sollten Sie die Versuche beenden, in der Öffentlichkeit als Kenner und Köhner zu gelten. Sie haben mit dem Stellenabbau von 2 400 Stellen bei der Sächsischen Polizei diese in den Kollaps getrieben. Sie sind damit verantwortlich.

Sie können endlich den Ausweg nehmen. Sie müssen nicht auf das Ergebnis der Fachkommission warten. Mit der Schnapsidee, 300 Wachpolizisten in zwölf Wochen Ausbildung „schnellzubehohlen“ und danach hoheitlich einzusetzen, haben Sie auch nicht auf die Fachkommission gewartet, sondern auf Frank Kupfer. Für die Ausbildung dieser 300 Leute brauchen Sie Kapazitäten. Die schicken Sie schließlich nicht zur Volkshochschule zu Häkel- oder Deutschkursen. Bilden Sie doch gleich 300 wirkliche Polizisten aus. Das wäre die Antwort, die wir hier heute brauchen.

Wer davon ausgeht, dass wir diese 300 Polizisten nur kurzfristig brauchen, sie also befristet einstellen, der irrt. Sie werden beim Personalbestand, den Sie brauchen, wenn Sie nicht deutlich den Korridor nach oben öffnen, wie wir es seit einigen Monaten deutlich artikulieren, frühestens vielleicht nach 2025 dahin kommen, die nötige Zahl an Polizisten zu haben. Das ist aber Unsinn. Wir brauchen diese Lösung jetzt. Deshalb wäre es angebracht, den Korridor jetzt zu öffnen. Wenn Kollege Michel recht hat, brauchen wir dazu nicht einmal einen Nachtragshaushalt. Wir brauchen nur den politischen Willen und das Ja vom in sich ruhenden Finanzminister Unland, der fast alle Minister hier am langen Arm verhungern lässt.

Meine Damen und Herren! Noch einen Satz zu Heidenau. Wichtig wäre gewesen, dass man nach dem ersten Tag in Heidenau die Polizei nicht alleinlässt und in den zweiten Tag hineinragt, ohne ein sinnvolles Konzept zu haben. Wenn die Angabe stimmt, dass sogar die Technik da gewesen ist, dann frage ich mich, warum man sie nicht zum Einsatz gebracht hat. Das ist verantwortungslos. An dieser Stelle müssen Konsequenzen folgen, bin ich der Auffassung. Es kann nicht sein, dass die Polizei hier völlig alleingelassen wird und der Inspekteur die Kollegen völlig alleinlässt, zur allgemeinen Verfügung.

Ja, wenn sich Sachsen blamiert, dann – Kollege Bartl hat es mir einmal so gesagt –, tut es dies gleichmäßig über fast alle Gewalten hinweg, und man könnte, wenn man es wohlwollend verstehen will, ja sagen, das Oberverwaltungsgericht hat im Grunde so entschieden, um den Weg zum Bundesverfassungsgericht freizumachen. Das wäre ja noch eine Sichtweise der Ehrenrettung.

(Zuruf des Abg. Sebastian Scheel, DIE LINKE)

Fakt ist: Das Landratsamt Sächsische Schweiz-Osterzgebirge und das Oberverwaltungsgericht können in ihrem Eifer nach dem Sündenfall der Allgemeinverfügung zur Untersagung aller Versammlungen und Aufzüge am 19. Januar in Dresden nun die Grenzen weiter austesten und die Freiheit und Demokratie – so ihre Vorstellung –, die freiheitliche demokratische Grundordnung in Sachsen einzudämmen versuchen. Nur werden sie eben Gott sei Dank durch das höchste deutsche Gericht gestoppt. Nicht nur, dass das Landratsamt leichtfertig Hand an die Verfassung legt; offenbar sekundiert dabei auch gegen den erklärten Willen des Innenministers die Polizeispitze der Polizeidirektion Dresden. In der Anhörung des Verfassungs- und Rechtsausschusses zu Dresden räumte Polizeipräsident Kroll damals offenherzig ein, dass er jederzeit wieder so handeln würde.

(Sebastian Scheel, DIE LINKE: Guter Mann!)

Als der Ministerpräsident und der Innenminister gemeinsam grübelten, wie das Willkommensfest gesichert werden kann, arbeiteten Landratsamt und Polizeidirektion daran, die Allgemeinverfügung beim OVG durchzusetzen und inhaltlich zu unterfüttern. Deutlicher kann man der Landesspitze nicht in den Rücken fallen.

(Sebastian Scheel, DIE LINKE:

In der Sackgasse noch Gas geben!)

Dieser Befund wiegt schwer, auch wenn genau diese Landesspitze zugleich in den vergangenen Jahren alles getan hat, um die sächsische Polizei an den Rand der Handlungsfähigkeit zu treiben. Eine andere Vermutung, als dass man Ihnen in den Rücken gefallen ist, wäre skandalös, meine Damen und Herren, deshalb will ich sie auch gar nicht aussprechen.

(Sebastian Fischer, CDU: Oh!)

Wer Sicherheit für alle hier lebenden Menschen organisieren will, der darf eben nicht nur auf die Sicherheit durch das staatliche Gewaltmonopol setzen. Sicherheit braucht vor allem Freiheit und die freie Entfaltungsmöglichkeit für jeden. Freiheit ist die Voraussetzung für Sicherheit, und die gesellschaftliche Verständigung auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung ist ihre Grundlage.

2. Vizepräsident Horst Wehner: Bitte zum Schluss kommen.

Enrico Stange, DIE LINKE: Denn diese Grundlage besteht aus dem Konsens der Achtung der Menschenwürde und der Gewaltlosigkeit sowie in der Ausübung der

Grundrechte durch das Verbürgen der Grundrechte für jeden.

2. Vizepräsident Horst Wehner: Herr Abg. Stange, die Redezeit ist abgelaufen.

Enrico Stange, DIE LINKE: Ich beende an dieser Stelle. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den LINKEN)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Herr Urban.

Jörg Urban, AfD: Ich würde gern eine persönliche Erklärung abgeben. Ich wurde von Herrn Stange angesprochen.

(Sebastian Scheel, DIE LINKE: Nach Abschluss des Tagesordnungspunktes!)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Das können Sie zum Ende des Tagesordnungspunktes tun. Sie hätten jetzt die Gelegenheit, eine Kurzintervention zu geben.

Jörg Urban, AfD: Dann würde ich jetzt gern die Kurzintervention nutzen.

2. Vizepräsident Horst Wehner: Bitte.

Jörg Urban, AfD: Herr Stange, Sie haben versucht, meine Worte zu verdrehen. Sie haben mir mit diesem Versuch Rassismus und Fremdenfeindlichkeit unterstellt. Ich bin noch in der DDR zur Schule gegangen. Wir hatten das Fach Staatsbürgerkunde. Auch dort hatten wir Lehrer, die uns vorschreiben wollten, wie bestimmte Dinge angesprochen werden, und sie haben uns mit schlechten Noten und Direktorenbesuchen „geehrt“, wenn wir nicht mitgespielt haben. Die DDR war ein Staat, der seine Bürger eingesperrt und drangsaliert hat, wenn sie nicht den vorgegebenen Definitionen des kommunistischen Regimes gefolgt sind. Herr Stange, in der DDR wären Sie ein guter Staatsbürgerkundelehrer gewesen.

(Beifall bei der AfD –
Leichte Heiterkeit bei der CDU)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Das war die Kurzintervention des Abg. Urban. – Herr Stange, Sie möchten nicht erwidern. – Wir setzen die Aussprache fort. Herr Abg. Kiesewetter für die CDU-Fraktion.

Jörg Kiesewetter, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kaum ein anderes Thema bewegt die Menschen derzeit so wie die aktuelle Flüchtlingskrise und die Frage, wie wir Menschen, die in unserem Land Schutz suchen, aufnehmen, versorgen und integrieren. Allein in diesem Jahr hat der Freistaat Sachsen mit über 40 000 Asylbewerbern zu rechnen. Viele davon bleiben für längere Zeit oder sogar für immer, ob als anerkannte Asylberechtigte oder Geduldete. Bereits die Zahlen machen deutlich, dass Bund, Länder und Kommunen vor einer der größten Herausforderungen seit der Wiedervereinigung stehen. Unser

Bundesfinanzminister Dr. Schäuble hat es mit einem Satz auf den Punkt gebracht – Zitat –: „Die Art und Weise, wie wir diese Aufgabe meistern, wird unser Land für die Zukunft prägen.“

An dieser Stelle möchte ich es nicht versäumen, den zahlreichen Helfern, Hilfsdiensten, Initiativen, Kirchen, Vereinen und Verbänden, der Polizei sowie den Mitarbeitern der staatlichen und kommunalen Behörden für ihr tägliches Engagement und die bisher geleistete Arbeit Dank und Anerkennung auszusprechen.

(Beifall bei der CDU)

Die Herausforderungen, vor denen wir stehen, sind gewaltig. Nur gemeinsam können Bürgerschaft, öffentliche Verwaltung und Politik die Aufgaben lösen. Nötig sind Mut und Ausdauer, pragmatisches Denken und eine feste Entschlossenheit, die bereit ist, die Situation zu meistern. Gestatten Sie mir, dass ich mich bei meinen weiteren Ausführungen auf zwei ausgewählte Themen im Bereich Integration beschränke, die neben den bereits vielfach diskutierten wichtigen Fragen der Unterbringung, Sicherheit, Kommunikation und Finanzierung ebenfalls im Blick zu behalten sind.

Ein zentrales Integrationsthema ist für mich der Zugang zu Ausbildung und Beschäftigung. Die aktive Teilnahme am Arbeitsleben ermöglicht eine eigenständige, auskömmliche Lebensführung. Sie befreit aus der sozialen Isolation und fördert die Integration. Durch den Bundesgesetzgeber wurden bereits Ende 2014 arbeitsmarktzugangsrechtliche Beschränkungen für Asylbewerber und Geduldete gelockert. Darüber hinaus wurden mit dem zum 1. August 2015 in Kraft getretenen Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts weitere Verbesserungen erreicht. Es ist deshalb auch folgerichtig und konsequent, die schnelle berufliche Eingliederung von Asylbewerbern mit guten Bleibeperspektiven auch auf Landesebene voranzutreiben. Das SMWA prüft gegenwärtig Maßnahmen zur Förderung der Arbeitsmarktintegration und zur Existenzgründung. Frau Staatsministerin Köpping hat in ihren Ausführungen bereits auf entsprechende Aktivitäten hingewiesen.

Jedoch sind ohne Kenntnis der deutschen Sprache die Chancen von Flüchtlingen auf dem Arbeitsmarkt sehr gering, deshalb müssen wir alle Anstrengungen unternehmen, damit auch Asylbewerber und Geduldete mit einer Bleibeperspektive so zeitig wie möglich Anspruch auf einen Sprachkurs erhalten. Mit dem Bestreben nach einer eigenen, das Bundesrecht ergänzenden sächsischen Regelung zur Sprachförderung sehe ich uns im Bereich der Integration auf einem guten Weg; denn werden die für den Spracherwerb sinnvollen und notwendigen Grundinvestitionen nicht getätigt, droht ein Vielfaches an Folgekosten, wenn die Integration in den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft nicht gelingt.

Der zweite für mich wichtige Aspekt ist folgender: Integration ist keine Einbahnstraße. Hier sind alle Beteiligten gefordert, diesen Prozess aktiv gemeinsam zu gestalten.

ten. Ziel muss es sein, die Integration und gleichberechtigte Teilhabe aller Bereiche des Lebens zu verbessern und den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu stärken. Darüber hinaus sind die Landkreise und kreisfreien Städte bei aktuellen Herausforderungen in der Integrationsarbeit vor Ort zu stärken. Die neue Richtlinie „Integrative Maßnahmen“ greift genau diese Zielstellungen auf. Die erst kürzlich verabschiedete Richtlinie „Soziale Betreuung“ flankiert die Arbeit vor Ort.

Ich denke, wir sind mit den angeschobenen integrativen Maßnahmen auf einem richtigen Weg. Gleichwohl besteht fortlaufender Evaluierungs- und Handlungsbedarf. Wichtig ist und bleibt, dass bei der Umsetzung immer ein enger Schulterschluss mit der kommunalen Ebene geübt werden muss. Wir werden die Staatsregierung bei der Umsetzung und Weiterentwicklung ihres vorgelegten Maßnahmenkataloges umfassend begleiten und unterstützen. Das Thema Asyl ist und bleibt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Es geht bei Unterbringung, Sicherheit und Integration nur gemeinsam. Das ist das Gebot der Stunde.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Meine Damen und Herren, nun Frau Abg. Pfeil für die SPD-Fraktion. Sie haben das Wort.

Juliane Pfeil, SPD: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gerade in der momentanen Stimmungslage, in der Rassismus, Fremdenhass und Intoleranz Alltag im öffentlichen und im digitalen Leben sind, reicht es eben nicht nur, klar und deutlich diesen zu verurteilen. Heute müssen wir mehr denn je denjenigen, die Tag für Tag zeigen, dass Sachsen sehr wohl in der Lage ist, Flüchtlinge herzlich willkommen zu heißen, unsere Unterstützung zusagen, aber auch denjenigen, die Spenden sammeln, die Willkommenskaffees organisieren oder Babypartys veranstalten, und denjenigen, die Zivilcourage zeigen und sich Hass und Aggression entgegenstellen. Diesen Menschen müssen wir endlich die Unterstützung und die Achtung entgegenbringen, die sie verdienen.

So heißt Unterstützung zum Ersten, ausreichend Fördermittel bereitzustellen, Kollege Kiesewetter hat es eben angesprochen. Eine schnelle Anpassung an die neue Flüchtlingslage muss daher zügig erfolgen, und wir müssen auch die Kontinuität der Arbeit gewährleisten. Es bedarf einer dauerhaften und langfristigen Förderung der Projekte und Initiativen.

Dass das Ehrenamt kreativ ist, sehen wir jeden Tag. Wir finden es im Großen beim THW, beim DRK und auch im Kleinen in den Stadtteilen, in Patenschaften und in einfachen Gesten. Daher heißt Unterstützung auch Strukturen stärken und Vernetzungen schaffen, als Mittler fungieren.

So zeigt uns die aktuelle Lage, dass wir alle persönlich gefordert sind, über die Grenzen in unseren Köpfen hinwegzuschauen, seien es nun kulturelle, politische oder religiöse.

Unterstützung heißt weiterhin, Personal bereitzustellen, das Ehrenamt darf nicht alleingelassen werden. Es ist mit dem Hauptamt in Einklang zu bringen. Eine Koordinierung der strukturellen, der organisatorischen und der finanziellen Unterstützungen muss ermöglicht werden.

Unterstützung heißt auch, eine offene und aktive Kommunikationsstruktur zu gewährleisten. Das darf nicht nur die Kommunen betreffen, sondern auch die ehrenamtlichen Helfer, denn auch sie brauchen Zeit für Vorbereitung, zur Aufklärung und zur Sensibilisierung in unserer Gesellschaft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese Unterstützung ist nur ehrlich mit genügend Achtung; Achtung für die Zivilcourage, für die Offenheit, ja, auch für den Mut, sich Hass und Anfeindungen entgegenzustellen und uneigennützig den Menschen zu helfen, die bei uns Schutz, Hilfe und eine Perspektive suchen. Wir sind auf die vielen Ehrenamtlichen angewiesen. Nur mit ihnen kann Integration gelingen, nur mit ihnen können die Flüchtlinge in unseren Kommunen wirklich ankommen.

Sind wir doch mal ehrlich: Ohne dieses starke Ehrenamt wäre der braune Dunst über Sachsen noch viel undurchsichtiger.

Sie sind diejenigen, die Haltung zeigen, die selbstverständlich über Glauben, Nationalität, Fluchtgründe, Bleibedauer, Vorurteile und geschürte Ängste hinwegschauen. Ihnen gehört mehr als der heute oft genannte Dank, ihnen gehört auch unser Respekt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und
vereinzelt bei den GRÜNEN)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Meine Damen und Herren! Bis auf die CDU-Fraktion haben die Fraktionen ihre Redezeiten aufgebraucht. Möchte aus den Reihen der CDU-Fraktion noch jemand sprechen?

(Christian Piwarz, CDU:
Wie viel haben wir denn noch?)

– Noch 13 Minuten! – Nein, Herr Piwarz? – Vielen Dank. Dann erteile ich jetzt dem Sächsischen Ausländerbeauftragten Herrn Abg. Mackenroth das Wort. Bitte sehr, Herr Mackenroth.

Geert Mackenroth, Sächsischer Ausländerbeauftragter: Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe die heutige Debatte in weiten Teilen, besonders heute Vormittag, als wohltuend empfunden. Ich möchte nur kurz fünf kleine Punkte ergänzen.

Für die in Sachsen lebenden Ausländer wünsche ich mir ausdrücklich ein überparteiliches Handeln. Die aktuellen Angebote, die heute ausgesprochen worden sind, begrüße ich. Lassen Sie uns in diesen Punkten möglichst bald konkret werden.

Erster Punkt. Tatsache ist: Auch wir im Freistaat stehen vor einer menschlichen, wirtschaftlichen und kulturellen

Herausforderung von vielleicht historischer Dimension. Die Menschen, die hier sind, wollen und werden wir unabhängig von ihrem Asylstatus anständig behandeln. Das steht nicht nur Disposition.

Menschenwürde ist kein migrationspolitisches Instrument oder, wie unser neuer Landesbischof so schön formuliert hat: „Würde ist kein Konjunktiv!“ Wir werden diese Menschen schützen, ihre Sicherheit gewährleisten und sie gemessen versorgen.

Zweiter Punkt. Die Flüchtlingsströme werden unseren Freistaat verändern. Manchen macht das Angst. Manche instrumentalisieren gar die Furcht der Menschen. Ich habe keine Angst vor Veränderung, sondern erkenne die Chancen entsprechend dem wunderbaren Zitat: „Wenn wir denn wollen, dass alles so bleibt, wie es ist, dann müssen wir dafür sorgen, dass sich alles verändert.“

Dritter Punkt. Aber, meine Damen und Herren, wir radikalisieren uns nicht nur in der Sprache, aber auch in der Sprache. Das verbale Aufrüsten auch seitens einiger Politiker gefährdet den gesellschaftlichen Frieden. Ich finde dies wenig hilfreich. Herr Hartmann hat darauf hingewiesen. Nicht akzeptabel ist es, wenn unserem Innenminister der Zugang zu einem Willkommensfest verwehrt wird.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der AfD)

Meine Damen und Herren, rüsten jedenfalls wir ab, vielleicht, Herr Kollege Stange, auch hier im Parlament.

Nächster Punkt. Wir erleben in diesen Tagen unerträgliche menschenfeindliche Grenzüberschreitungen derjenigen, die unsere humanitären Grundsätze nicht teilen. Wo das mit Gewalt verbunden wird, ist das – das versteht sich von selbst – völlig inakzeptabel. Gewalt ist nie ein politisches Mittel, und sie wird auch nicht durch eine wie auch immer geartete moralische Erhöhung legitimiert. Straftäter werden wir mit aller Härte unseres wehrhaften Rechtsstaates verfolgen. Auch menschenfeindliche Äußerungen, die mittlerweile unseren Alltag durchziehen, können wir nicht tolerieren. Ich denke hierbei an das Internet, die Stadien, die Bürgerversammlungen – wir finden sie auf der Straße in Heidenau oder anderswo.

Nächster Punkt. Sorgfältig beobachten müssen wir wiederum die NPD, die sich derzeit neu zu erfinden versucht und über ihre regionalen Mandatsträger fremdenfeindliche Aktionen initiiert. Nach Informationen, die mir aus seriöser Quelle zugegangen sind, ist es so, dass der NPD in ihrem verzweiferten Kampf gegen den Fall in die Bedeutungslosigkeit jedes Mittel recht ist. Das ist das Problem: Sie heizen, wie in Heidenau, die Stimmung an, geben dort vorher Alkohol aus und sorgen dafür, dass sich auch Menschen mit kleinen Kindern zum sogenannten Abendspaziergang einfinden. Genau denen muss man nun sagen: Lasst das! Mitgegangen, mitgefangen, mitgehangen! Vorsicht, da sind Gewalttäter am Werk, die euch missbrauchen! Wer dort mitläuft und mitbrüllt, verlässt den Boden unseres Grundgesetzes und hat unser Verständnis verspielt.

(Beifall des Abg. Enrico Stange, DIE LINKE)

Nächster Punkt. Wer Daten und Fakten kennt, lässt sich nicht für Menschenfeindlichkeit missbrauchen. Wir müssen, meine Damen und Herren, mehr informieren. Das bedingt aber, dass man zuhört. Dialog ist keine Einbahnstraße. Wer, von welcher Seite auch immer, brüllt, der will nicht zuhören. Er kann jedenfalls mit meiner Zuwendung nicht mehr rechnen.

Kommunikation und Information sind eine Bringschuld der Politik, Entscheidungen müssen transparent und nachvollziehbar sein. Wo immer das möglich ist, soll sie unter frühzeitiger Bürgerbeteiligung erfolgen, und Kommunikation, meine Damen und Herren, ist Chefsache auf allen Ebenen. Die Zeiten, in denen sich Verwaltungsspitzen erfolgreich wegducken konnten, sind vorbei. Ich wünsche mir in allen unseren Kommunen und Landkreisen mutige Spitzen, mutige Landräte, mutige Bürgermeister, mutige Oberbürgermeister. Das ist für mich ein sehr wichtiger Punkt.

Berechtigte Fragen unserer Bürgerinnen und Bürger müssen wir beantworten. Nicht jeder besorgte Bürger ist ein Rechtsextremist und nicht jeder Asylkritiker ist ein Neonazi. Anlass zur Kritik gibt es genug. Wir müssen insgesamt in dieser Thematik besser werden und zeitnah Lösungen finden. Hausaufgaben – Kollege Hartmann hat es angesprochen – warten auf allen Ebenen: in Brüssel, im Bund, in Sachsen und in unseren Kommunen. Ich muss das nicht wiederholen.

Insgesamt ist es meine feste Überzeugung: Sachsen ist besser als sein Ruf. Gemeinsam wollen und können wir zeigen, dass unsere Gesellschaft im Herzen offen, tolerant, lernfähig und menschenfreundlich ist oder, wie es unsere Bundeskanzlerin gestern gesagt hat: „Wir werden das schaffen!“

Allen, die jetzt schon haupt- oder ehrenamtlich ihren Beitrag dazu leisten, gebührt aufrichtiger Dank, hohe Anerkennung. Allen, die jetzt vielleicht noch schweigen oder zögern, kann man nur zurufen: Bekennen wir uns! Setzen wir uns alle zusammen ein für ein anständiges, ein menschliches Sachsen!

Herzlichen Dank.

(Beifall bei allen Fraktionen)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Meine Damen und Herren! Die Aussprache zur Fachregierungserklärung sowie zum Antrag in Drucksache 6/2500 ist beendet.

Zur Fachregierungserklärung liegt ein Entschließungsantrag der Fraktionen CDU und SPD in Drucksache 6/2581 vor. Dieser liegt Ihnen vor. Wird hierzu Einbringung gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Möchte jemand dazu das Wort ergreifen? – Frau Abg. Nagel; bitte.

Juliane Nagel, DIE LINKE: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es wurde schon in dem kurzen Schlagabtausch angedeutet: Uns wäre es natürlich lieb gewesen, wenn wir zu einem

gemeinsamen Antrag gekommen wären. Das wäre auch möglich gewesen, wenn der Wille da gewesen wäre.

Ich möchte kurz etwas zu unserem Abstimmungsverhalten erklären. Punkt I ist unbenommen. Das ist auch das Resultat der heutigen Debatte. Aus fast keiner Fraktion kam eine Absage dafür, dass Rassismus zu ächten ist. Es ist auch wichtig, dass wir hier zusammenstehen. Dem werden wir zustimmen.

Ebenfalls unbenommen sind die Berichtspunkte in II. und III. Transparenz über die Maßnahmen, die eingeleitet wurden, wünschen wir uns sehr, und es wäre auch nötig, dass das ohne einen spezifischen Berichtsantrag regelmäßig geschehen würde. Aber wir freuen uns auf die Aussagen der Staatsregierung zu diesen Berichtsantragspunkten. Wie gesagt, die notwendige Transparenz kann damit hergestellt werden.

Beim Punkt IV werden wir uns allerdings enthalten. Hier sind Punkte enthalten, die wir politisch nicht mittragen können. Ich nenne nur kurz das Sachleistungsprinzip, auch wenn Sie hier den Prüfpassus in Anschlag bringen, ob das derzeit vom Bundesinnenminister und anderen Politikern ins Gespräch gebrachte Umsteuern hin zum Sachleistungsprinzip geprüft werden könnte. Dem geben wir eine klare Absage. Die Debatte hatten wir bereits hier im Landtag. Geldleistungen gehören für uns zu einer menschenwürdigen Behandlung von Asylsuchenden. Wir wollen in diesem Punkt auf keinen Fall einen Schritt zurückgehen.

Ebenso verhält es sich mit der Frage des Dublin-Systems; Sie beobachten das sicher über die Medien. In der letzten Woche hat die Bundesregierung zumindest Leitlinien erlassen, nachdem Dublin-Regelungen für Geflüchtete aus Syrien außer Kraft gesetzt werden. Das hat vielen Betroffenen, die auch hier harren, Erleichterung verschafft. Wir stellen das Dublin-System an sich infrage. Diese Debatte können und wollen wir jetzt hier nicht führen.

Ebenso ist es mit den Schengen-Regelungen, die Sie auch in Punkt IV ansprechen. Menschen werden sich ihre Fluchtwege immer suchen, und wir stehen für sichere Fluchtwege und nicht für die Abschottung und Hochrüstung von Grenzen.

Insofern wünschen wir eine punktweise Abstimmung und werden uns dem Punkt IV nicht anschließen können.

Vielen Dank.

(Beifall bei den LINKEN)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Vielen Dank, Frau Nagel. Gibt es weitere Wortmeldungen? – Frau Zais, bitte.

Petra Zais, GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident! Ich möchte das Abstimmungsverhalten unserer Fraktion kurz erklären. Wir sind der Auffassung, dass beide Anträge sinnvoll sind. Sie widersprechen sich nicht. Insofern beabsichtigt unsere Fraktion, dem Entschließungsantrag zuzustimmen. Sollte die punktweise Abstimmung durchgehen – darüber müssen wir ja noch abstimmen;

(Sebastian Scheel, DIE LINKE:
Auf Verlangen der Fraktion!)

auf Verlangen der Fraktion, danke, Herr Scheel –, dann würden wir uns ebenso wie DIE LINKE beim Punkt IV enthalten. Es gibt ähnliche Positionen zum Dublin-System. Insbesondere möchten wir darauf verweisen, dass dieser Antrag aus unserer Perspektive die deutliche Handschrift der SPD trägt. Der Antrag ist frei von den sonst üblichen Relativierungen. Insofern fällt es uns leicht, den gemeinsamen Weg mit den Parteien der Regierungskoalition zu gehen.

Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Vielen Dank, Frau Zais. Für die AfD-Fraktion Herr Abg. Wurlitzer; bitte.

Uwe Wurlitzer, AfD: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Frau Ministerin Köpping sprach vorhin von Scheindiskussionen. Die haben wir heute reichlich erlebt.

(Rico Gebhardt, DIE LINKE:
Scheinheilige Diskussion!)

Dazu passt auch dieser Antrag ganz gut ins Plenum. Es wäre schön, wenn die Regierung wirklich agieren würde, anstatt immer nur zu reagieren.

Dieser Antrag wird wieder nichts ändern. Es gibt wenig konkrete Vorschläge. Es gibt eine ganze Reihe von Anträgen anderer Parteien, die bereits abgelehnt wurden, und einige schwammige Aufträge an die Staatsregierung und ihre Kollegen.

Wo war denn die wehrhafte demokratische Gesellschaft, als linke Chaoten und aufgebrachte Asylsuchende unseren Innenminister vom Hof gejagt haben? Was ist das für ein Rechtsstaat, in dem ein Innenminister wie ein geprügelter Hund den Rückzug antreten muss? Die Hilfsbereitschaft und Gastfreundschaft des deutschen Staates darf nicht als Schwäche oder Feigheit ausgelegt werden. Wenn Sie Rassismus und Hetze verurteilen – wie wir es auch tun –, so müssen Sie auch die Taten von Linksextremisten verurteilen, die „Deutschland, verrecke!, Scheißdeutschland!“ skandieren und Brandanschläge verüben.

Die AfD wird diesem Antrag nicht zustimmen. Wir werden nicht legitimieren, dass das Asylrecht ausgehöhlt wird, und wir werden nicht unterstützen, dass Sie sich ein gutes Gewissen schaffen, ohne wirklich etwas zu bewegen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Meine Damen und Herren! Wir kommen zur Abstimmung über die Drucksache 6/2581. Frau Nagel, habe ich Sie richtig verstanden, dass ich über die Punkte I bis III en bloc abstimmen lassen darf und über Punkt IV gesondert? – Ja. Meine

Damen und Herren! Wer den Punkten I bis III der Drucksache 6/2581 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Danke sehr. Bei Stimmen dagegen ist den Punkten I bis III mit großer Mehrheit entsprochen worden.

Ich lasse abstimmen über den Punkt IV der Drucksache 6/2581. Wer seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Vielen Dank. Bei Stimmen dagegen und zahlreichen Stimmenthaltungen ist der Punkt IV mehrheitlich angenommen worden.

Meine Damen und Herren! Wir kommen zur Schlussabstimmung über die Drucksache 6/2581. Wer seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Danke sehr. Bei Stimmen dagegen und zahlreichen Stimmenthaltungen ist die Drucksache 6/2581 beschlossen.

Meine Damen und Herren! Das Schlusswort zum Antrag, Drucksache 6/2500, haben nun die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Soll das Schlusswort gehalten werden? – Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Drucksache 6/2500 abstimmen. Wer seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Bei Stimmen dafür und keinen Stimmenthaltungen ist die Drucksache 6/2500 nicht beschlossen und dieser Tagesordnungspunkt ist beendet.

Meine Damen und Herren! Die Tagesordnung der 18. Sitzung des 6. Sächsischen Landtages ist abgearbeitet. Das Präsidium hat den Termin für die 19. Sitzung auf Mittwoch, den 16. September 2015, 10 Uhr, festgelegt. Die Einladung und die Tagesordnung gehen Ihnen rechtzeitig zu.

Die 18. Sitzung des 6. Sächsischen Landtags ist damit geschlossen. Meine Damen und Herren, kommen Sie gut nach Hause. Bis demnächst!

(Schluss der Sitzung: 14:28 Uhr)